IMPRESSUM

Kreisverband
Bündnis 90/DIE GRÜNEN Darmstadt
Lauteschlägerstr. 38
64289 Darmstadt
Telefon 06151 – 61490
Telefax 06151 – 61401

kreisverband@gruene-darmstadt.de

V.i.S.d.P.: Hildegard Förster-Heldmann, Jürgen Deicke

VORWORT

Foto: Christian Grau

Darmstadt – weltoffen, sozial, modern

Auf Sie alle kommt es an!

Die GRÜNEN gehen voran.

Wir Darmstädterinnen und Darmstädter sind am 6. März dazu aufgerufen, die politischen Mehrheiten in unserer Stadt für die nächsten fünf Jahre zu bestimmen.
Wir Darmstädter GRÜNE haben in den vergangenen Jahren hart dafür gearbeitet, dass wieder Vertrauen zu der Stadtpolitik gewachsen ist. Vor fünf Jahren war unser Ziel: Darmstadt sollte bunter, weiblicher, gerechter und GRÜNER werden. Das haben wir erreicht. Die Menschen in unserer Stadt vertrauen auf die Rationalität, Lösungskompetenz und Handlungsfähigkeit unserer Kommunalpolitik und erkennen: Die GRÜNEN gehen gemeinsam mit den Mitbürgerinnen und Mitbürgern voran!
Wir haben mit neuen Konzepten Wege der verantwortlichen Gestaltung von Stadtpolitik aufgezeigt und längst notwendige Veränderungen herbeigeführt. Daran werden wir weiterarbeiten. Eine Herausforderung ist sicherlich die größte Aufgabe des Jahrzehnts: die Bewältigung der humanitären Unterstützung und die Integration der Menschen, die hilfesuchend zu uns gekommen sind. Denn Darmstadt bleibt weltoffen, und wir nutzen das als Chance in allen Bereichen des städtischen Lebens.

Perspektiven für ein weltoffenes, soziales und modernes Darmstadt
Auch in den nächsten Jahren werden die Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene erhebliche Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte haben. Wir sind jedoch davon überzeugt, mit unserem Programm Perspektiven für ein zukunftsstarkes und -fähiges Darmstadt zu bieten. Gemeinsam mit der Bürgerschaft sowie mit unseren politischen Partnerinnen und Partnern werden wir es auch weiter umsetzen können.

Trotz der eingeschränkten Finanzmittel konnten wir unser erklärtes Ziel von 2011 erreichen: 2016 wird erstmals ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt.
Darmstadt ist eine Stadt der Vielfalt und Toleranz. Eine Stadt mit großer wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit sowie Investitionskraft und einem enormen kreativen Potenzial. Darmstadt ist solidarisch, sozial, eine Stadt der Bildung und Teilhabe für alle. Wir GRÜNE werden alles dafür tun, diese Darmstädter Eigenschaften weiterhin sichtbar zu machen! Unsere Stadt soll für alle Darmstädterinnen und Darmstädter sowie alle Besucherinnen und Besucher ein gleichermaßen liebenswerter wie spannender, ruhiger wie aufregender, traditionsbewusster, zukunftsoffener und lebenswerter Ort sein.

Kommunale Demokratie – Bürgerbeteiligung stärken
Bei allen wichtigen Infrastrukturmaßnahmen haben wir im Vorfeld bürgerschaftliche Diskussionsforen angeboten, die auf der Grundlage fachlicher Vorbereitung eine frühzeitige Abwägung über Alternativen und Kosten möglich machten. Die Etablierung der Quartiersforen in Eberstadt und Arheilgen, die sowohl internetgestützt als auch in Quartiersbürgerversammlungen und Workshops stattfinden und Kritik, Anregungen und Forderungen direkt aufgreifen, sind ein gutes Beispiel für gelebte Bürgerbeteiligung, wie wir sie für Darmstadt gefordert haben.
Wir GRÜNE wissen, dass die Bürgerinnen und Bürger in den Stadtteilen ein gutes Gespür dafür haben, was für sie gut ist. Dort, vor Ort gilt es, verbindliche neue Wege zu beschreiten und die Kommunalpolitik aufnahmebereiter zu machen für die Belange der Bürgerschaft, für kleine Projektideen ebenso wie für Einzelvorschläge.
Wir haben es vermocht, einen lesbaren und verständlichen Bürgerhaushalt vorzulegen, der den Darmstädterinnen und Darmstädtern die kommunalen Aufgabenstellungen transparent darlegt und Entscheidungen nachvollziehbar macht. Auch dies werden wir weiterentwickeln.

Vertrauen durch überzeugende Konzepte!
Wir Darmstädter GRÜNE sind keine „Schönwetterpartei" und wir sind keine „Dagegenpartei", wir sind eine Konzeptpartei. Wir wissen, dass die Erweiterung der lokalen Demokratie einen langen Atem mit Standfestigkeit verlangt, aber neben Respekt auch klare Positionen! Wir sind in der Lage, Kompromisse zu schließen und für Lösungen einzustehen. Wir stehen zu gefundenen Koalitionen und halten stürmische politische Wetterlagen durch. Gerade in der Kommunalpolitik braucht es politische Glaubwürdigkeit und Erfahrung. Nur so wird es gelingen, das Vertrauen in kommunalpolitisches Handeln weiter zu bestärken.
Gerade weil wir der Überzeugung sind, dies den Bürgerinnen und Bürgern Darmstadts in den vergangenen Jahre deutlich gemacht zu haben, fordern wir sie auf, uns zu begleiten, mit uns weiterzugehen auf dem Weg zu einem lebenswerten, gewandelten und zukunftsfähigen Darmstadt!

Zentrale Projekte der GRÜNEN für die neue Wahlperiode sind:

Wohnungen für alle!
Bis 2020 werden wir 10.000 zusätzliche Wohnungen in unterschiedlichen Preissegmenten mit vielen Partnern ermöglichen. Wir brauchen in Darmstadt gleichermaßen Sozialwohnungen wie hochwertige Miet- und Eigentumswohnungen. Deshalb wollen wir bei allen größeren Bauprojekten mit mehr als 20 Wohneinheiten einen Mindestanteil von geförderten Wohnungen und Wohnungen mit „bezahlbaren" Mieten verbindlich festschreiben.

Großaufgabe humanitäre Notlage
Keiner kann heute abschließend einschätzen, wie sich die weitere Entwicklung der Migrations- und Fluchtbewegung gestaltet. Sicher ist, dass perspektivisch die Fluchtursachen beseitigt werden müssen, dass die Zuwanderung nach Europa nach humanitären Kriterien zu steuern ist und vor allem auch in Europa gerecht verteilt werden muss. Unser kommunales Handeln kann diese bundes- und europapolitischen Entscheidungen nur begrenzt beeinflussen. Umso mehr konzentrieren wir uns darauf, Darmstadts Internationalität und Vielfalt gemeinsam mit der Bürgerschaft und den Geflüchteten weiterzuentwickeln.

Kommunale Infrastrukur ausbauen und erhalten
Wir werden Sanierungsmaßnahmen und den Erhalt der kommunalen Infrastruktur auch in Zukunft vorantreiben und nach Erfordernis erweitern. Sportstätten und Schwimmbäder werden von uns nicht stillgelegt oder veräußert. Im Gegenteil: Wir sorgen dafür, dass sie nachhaltig modernisiert werden und den Darmstädterinnen und Darmstädtern erhalten bleiben. Was für das Nordbad, das Berufsschulzentrum Nord, die Bismarckstraße und das Stadion am Böllenfalltor gelungen ist, werden wir auch für andere Gebäude, Quartiere, Straßen und Freiräume in verantwortungsvoller Weise ermöglichen und transparent voranbringen.

Mobilität für alle
Wir haben die Initiative ergriffen, um den Verkehrsentwicklungsplan 2006 an die aktuellen Gegebenheiten und die zukünftigen Herausforderungen anzupassen und in Form eines „Mobilitätskonzeptes 2030" weiterzuentwickeln.
Wir werden Fuß- und Radverkehr weiterhin stärken und das Netzwerk des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) verbessern und ausbauen. Unser Konzept einer „Stadt der kurzen Wege" hat das Potenzial, immer häufiger auf das Auto zu verzichten, ohne sich in der Mobilität einzuschränken.

Kommunale Demokratie stärken
Die existenzielle Aufgabe der Haushaltskonsolidierung wird nur gelingen, wenn sie von den Menschen in unserer Stadt gewünscht und mitgetragen wird. Wir GRÜNE in

Darmstadt wollen gemeinsam mit der Bürgerschaft diskutieren, wie Darmstadt in Zukunft aussehen soll. Für uns ist Bürgerbeteiligung elementar für die Stadtentwicklung.

Das Vermächtnis der Moderne weiterführen – Raum für künstlerische Entwicklungen schaffen
Das kulturelle Selbstverständnis unserer Stadt zeigt sich bis heute in einer Vielzahl an öffentlichen und freien Kultureinrichtungen und -initiativen. Für uns GRÜNE steht die kulturelle Vielfalt in Darmstadt nicht zur Disposition. Wir kennen und schätzen dieses Potenzial und wollen auch weiterhin Raum für künstlerische Entwicklungen schaffen, sodass das Vermächtnis der Moderne weitergeführt werden kann.

Wir GRÜNE beschreiben in dem hier vorgelegten Wahlprogramm unsere Konzepte und Ziele, die wir in den nächsten fünf Jahren für Darmstadt realisieren wollen. Wir zeigen die Felder auf, in denen wir den größten Handlungsbedarf sehen, die aber auch die größten Potenziale für uns und unsere Stadt in sich tragen. Wir haben in der Vergangenheit in vielen Bereichen Verantwortung übernommen und große Erfolge für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt erzielt. Wir haben wichtige Projekte für ein nachhaltiges, solidarisches, vielfältiges, prosperierendes, kreatives Darmstadt initiiert.

Auch weiterhin haben wir GRÜNE für Darmstadt viel vor. Aber wir wissen, dies alles ist nur erreichbar im gemeinsamen Handeln der politischen Akteurinnen und Akteure mit der Stadtgesellschaft – und mit Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern.
Dann wird Darmstadt auch im Jahr 2021 tatsächlich eine ebenso liebenswerte wie spannende, ruhige wie aufregende, eine traditionsbewusste und zukunftsoffene Stadt sein. Eine Stadt mit einer selbstbewussten Bürgerschaft.

Ihr Jochen Partsch

STADTENTWICKLUNG UND MOBILITÄT

Für alle, die nicht gerne im Stau stehen und für die, die nicht über Autos reden wollen.

GRÜNE Konzepte für Stadtentwicklung und Mobilität

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt gehörte im letzten Jahrzehnt zu den Städten mit dem stärksten Bevölkerungswachstum in der Bundesrepublik. Auch die aktuellen Prognosen für die Zukunft gehen von einem überdurchschnittlichen Anstieg der Einwohnerzahl aus. Diese Entwicklung wird durch das große Interesse innovativer Unternehmen am Wirtschaftsstandort Darmstadt verstärkt.

Durch die Fluglärmzonen im Norden der Stadt sowie durch die Seveso-Richtlinien im Umfeld der Firma Merck unterliegt Darmstadts Siedlungsentwicklung gewissen Beschränkungen. Hinzu kommt, dass die Stadt nahezu vollständig von hochwertigen und schutzbedürftigen Waldflächen umgeben ist und insofern eine Stadtentwicklung durch Flächenausdehnung praktisch nicht möglich und aus ökologischen Gründen auch nicht sinnvoll ist.

Stadt der kurzen Wege

Im Sinne einer ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltigen Stadtentwicklung sowie im Interesse des Schutzes von Natur und Umwelt ist daher das Prinzip der Innenentwicklung ergänzt durch eine effektive und sparsame Baulandgewinnung das Leitmotiv unserer künftigen Stadtentwicklungs- und Mobilitätspolitik. Sie stärkt das Konzept der Stadt der kurzen Wege mit guter Infrastruktur, lebendiger Nachbarschaft und sozialem Miteinander, angemessener Nahversorgung sowie leistungsfähigem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Zudem eröffnet die Innenentwicklung verbesserte Möglichkeiten, auf das Auto zu verzichten, ohne die Mitbürgerinnen und Mitbürger in ihrer Mobilität einzuschränken.

Zukunftsfähige und moderne Mobilitätspolitik

Das anhaltend starke Wachstum unserer Stadt erfordert, dass wir unsere Anstrengungen für eine zukunftsfähige und moderne Mobilitätspolitik verstärken. Die Verkehrsflächen – sowohl für den fließenden Verkehr, insbesondere aber für den ruhenden Verkehr – werden nicht mehr ohne weiteres verfügbar sein. Es entstehen zunehmend Nutzungskonflikte zwischen Wohnungsbau, Grün- und Erholungsflächen einerseits und

Verkehrsflächen andererseits. Dies ist eine generelle Entwicklung in nahezu allen Städten und Ballungsräumen der Welt und wird auch in der Wissenschaftsstadt Darmstadt entschlossenes Handeln und einen klaren politischen Willen erfordern.

Aufenthaltsqualität

Die Aufenthaltsqualität innerhalb der Stadt – bedingt durch Frei- und Grünflächen, Bäume, Gewässer, attraktive Fuß- und Radwege – ist ebenso wichtig wie bezahlbarer Wohnraum, eine gute Infrastruktur und angemessene Nahversorgung. Alle Faktoren gemeinsam bilden die Voraussetzungen für ein lebenswertes soziales Miteinander.

Eine verantwortungsvolle Stadtentwicklung mit kurzen Wegen dient auch dem Schutz des Klimas und der Umwelt. ***> Umwelt*** Wir werden daher die Entwicklung unserer Stadt insbesondere an den leistungsfähigen Achsen des öffentlichen Nahverkehrs fördern. Einer nachhaltigen, ökologischen und flächensparenden Sicherstellung von Mobilität dienen auch die Förderung des Fuß- und Radverkehrs sowie die Ausweitung des Car- und Bike-Sharing-Konzeptes.

Förderung des Fuß- und Radverkehrs

Darmstadt hat das Potenzial für eine zukunftstaugliche, lebenswerte und soziale Stadt: Lebendigkeit, Weltoffenheit, Liberalität, bürgerschaftliche Vielfalt sowie sozialer und kultureller Austausch sind Voraussetzungen dafür, dass unsere Stadt dem Klimawandel standhält sowie der Veränderung von Lebensmodellen Raum und Zukunft gibt und damit ihre Attraktivität und den sozialen Frieden auch in Zukunft bewahrt.

Qualitätsvolle Architektur

Die Identität der Stadt soll durch weitsichtigen Städtebau und qualitätsvolle Architektur in ihrer Substanz und ihrer Wertigkeit gestärkt und weiterentwickelt werden.
Dafür brauchen wir alle Menschen – unabhängig von Alter, Geschlecht, Nationalität, Religion und Stellung in der Stadtgesellschaft. In diesem Sinne werden wir GRÜNE die Stärkung und Entwicklung unserer Stadt durch eine zukunftsorientierte, nachhaltige Stadtentwicklungs- und Mobilitätspolitik für alle weiter voranbringen.

Was wir schon erreicht haben:

Leitbild- und Masterplanprozess „Darmstadt 2030"
unter Beteiligung von Fachleuten und Zivilgesellschaft

Masterplan Darmstadt 2030

Um alle gegenwärtigen und künftigen Aktivitäten der Stadtentwicklung systematisch und zielgerichtet einzubinden und aufeinander abzustimmen haben wir den Leitbild- und Masterplanprozess „Darmstadt 2030" in die Wege geleitet. Ziel ist es, durch Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in unterschiedlichen Verfahrensschritten das Leitbild über die Zukunft unserer Stadt zu konkretisieren und durch die punktuelle Inanspruchnahme externer Expertisen handlungsrelevant zu schärfen. Um sicherzustellen, dass große und bedeutende Entwicklungen und Vorhaben in hoher Qualität umgesetzt werden, wird dabei bewusst externer Rat eingeholt. Deshalb wurde beispielsweise in Darmstadt der Gestaltungsbeirat zur Sicherung der Bau- und Prozesskultur als neues Forum geschaffen. Die große und positive Resonanz der Öffentlichkeit in den Sitzungen zeigt, dass die Stadt auf dem richtigen Weg ist. Bei großen und wichtigen Vorhaben führt sie konsequent Wettbewerbe durch. Die Öffentlichkeit ist jeweils eingeladen, mit zu diskutieren.

Gestaltungsbeirat

Verbesserung des Klimaschutzes

Klimaschutzkonzept

In der Legislaturperiode 2011-2016 hat die Stadt ein Klimaschutzkonzept mit über 145 Maßnahmen erarbeitet und verabschiedet, das Stadtentwicklung mit Mobilität, Energiemanagement und Prozesskultur verbindet. Außerdem steht die Stadt kurz vor Abschluss eines neuen Lärmvermeidungsplans und eines geschlossenen Luftreinhalteplans in Zusammenarbeit mit dem Regierungspräsidium Darmstadt und dem Land Hessen. Mit der Beschlussfassung über die Ausschreibung eines Klimagutachtens wurde die Voraussetzung dafür geschaffen, dass Darmstadt nicht nur durch sein Klimaschutzkonzept zum Klimaschutz beträgt, sondern dass darüber hinaus auch Wissen bereitgestellt wird, um auf den Klimawandel zu reagieren. ***> Umwelt*** Es trägt dazu bei, dass an den sogenannten „Hotspots" mit besonders belastendem Stadtklima angemessene Maßnahmen zur Klimaanpassung ergriffen werden können, die durch gezielte Verbesserung des lokalen Kleinklimas die Gesundheit schützen und auch dort Lebens- und Aufenthaltsqualität sicherstellen.

Lärmvermeidungsplan, Luftreinhalteplan

Energetische Stadtsanierung der Mollerstadt

Wir haben dafür gesorgt, dass die Mollerstadt zu einem vorbildlichen Pilotquartier für energetische Stadtsanierung gemacht wird. Die Sanierungsmaßnahmen tragen zu mehr Urbanität in der Stadtmitte bei. Dabei kommt der Grafenstraße besondere Bedeutung zu.

Entwicklung und Erschließung ehemaliger Kasernengelände

In enger Partnerschaft mit der bauverein AG hat unsere Koalition aus Bündnis 90/DIE GRÜNEN und CDU die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Lincoln-Siedlung geschaffen, damit diese sich zu einem modernen, durchmischten Wohnquartier mit hoher Raumqualität und sozialer Wohnstruktur entwickelt. ***> Wohnen***

Nach schwierigen Flächenerwerbsverhandlungen mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) ist es gelungen, den Weg für die Umwandlung der ehemals durch die US-Streitkräfte genutzten Gelände Nathan Hale, Kelley-Barracks sowie Jefferson- und Cambrai-Fritsch-Kaserne in Wohn- und Gewerbegebiete zu ebnen. Dadurch werden Flächen für neue Unternehmen und Arbeitsplätze bereitgestellt und dringend benötigter neuer Wohnraum geschaffen.

Neugestaltung des Friedensplatzes

Durch die Lösung der teilweise erheblichen technischen Probleme konnte im Stadtzentrum endlich mit der überfälligen Neugestaltung des Friedensplatzes begonnen werden.

Neue Denkmaltopographie und UNESCO-Welterbeverfahren Mathildenhöhe

Wir haben die vollständige Erfassung von Denkmälern im Stadtgebiet und die interdisziplinäre Arbeit zur Erreichung des Weltkulturerbe-Status für die Mathildenhöhe entscheidend vorangebracht. Hierbei gibt es konkrete Ergebnisse, wie beispielsweise die neue Denkmaltopographie, das Projekt zur energetischen Ertüchtigung der Mathil-

denhöhe und ein komplettes Strukturkonzept „UNESCO-Weltkulturerbe Mathildenhöhe".

Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt"
Im Rahmen der „Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt" haben wir uns als eine der treibenden Kräfte für die Fortführung des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt" eingesetzt. Wir konnten die Fortführung an den beiden Standorten in Darmstadt – Eberstadt-Süd und Kranichstein – sichern und das Pallaswiesen-/Mornewegviertel neu in das Städtebauförderprogramm einbringen. ***> Soziales***

Gründung einer kommunalen Stadtentwicklungsgesellschaft
Zur besseren Bündelung von Maßnahmen und zur effizienteren Umsetzung der weiteren Entwicklung unserer Stadt haben wir dafür Sorge getragen, dass eine kommunale Stadtentwicklungsgesellschaft gegründet wurde, in der strategisches Grundstückserwerbsmanagement, Erschließungsaufgaben und die Parkraumbewirtschaftung wirkungsvoll zusammengefasst werden.

Sanierungsoffensive im öffentlichen Raum
Durch die Rückabwicklung der unnötigen und stadtzerstörerischen Planung für die Nordostumgehung hat die Stadt wirtschaftlichen Spielraum für eine Sanierungsoffensive im öffentlichen Raum gewonnen. Dadurch konnte die Aufwertung und Revitalisierung von Plätzen und Freiflächen, die Reparatur und der Ausbau von Radwegen und Fahrradstraßen einschließlich deren systematischer Vernetzung, die Schaffung von 2.000 zusätzlichen Fahrrad-Abstellplätzen sowie eine umfassende Sanierung von Straßen inklusive der Verbesserung der Sicherheit an Kreuzungen in Angriff genommen werden.

Ausbau von Radwegen und Fahrradstraßen

Umfassende Sanierung von Straßen

Saniert wurden beispielsweise vielbefahrene Abschnitte im Haardt- und Cityring sowie in der Gräfenhäuser-, Rhein- und Bismarckstraße. Darüber hinaus wurden in einer ganzen Reihe weiterer Straßen mittlere und kleinere Sanierungsmaßnahmen umgesetzt. Diese Aktivitäten sind verbunden mit einer Schaffung von barrierefreien Fußwegen und dem Ziel, vitale alte Stadtbäume möglichst zu erhalten und durch neue standortgerechte Bäume zu ergänzen.

Aufwertung des Stadtgrüns und Vernetzung von Grün- und Freiflächen
Unsere Initiative zur Verbesserung der Lebensqualität durch die Aufwertung des Stadtgrüns sowie der Grün- und Parkanlagen fand auch ihren Ausdruck in der Bewerbung um die Landesgartenschau 2022 in Darmstadt. Das städtische Konzept reicht weit über das klassischer Landesgartenschauen vergangener Jahrzehnte hinaus. Während sich Letztere in erster Linie auf das Anlegen neuer Blumenbeete in bestehenden Parkanlagen beschränkten, sieht das Darmstädter Konzept die Vernetzung von städtischen Grün- und Freiflächen vor. Damit soll das Wohnumfeld verbessert und an einer flächendeckenden Grünqualität in Darmstadt weitergearbeitet werden. ***> Umwelt***

Vernetzung von städtischen Grün- und Freiflächen

Öffentliche Infrastruktur in ihrem Bestand gestärkt

Trotz der schwierigen Haushaltssituation in Darmstadt hat unsere Koalition aus Bündnis 90/DIE GRÜNEN und CDU den Mut gehabt, durch Neubau und Sanierung von über Jahre vernachlässigten Gebäuden und Liegenschaften die öffentliche Infrastruktur in ihrem Bestand zu sichern und zu stärken.

Nordbad, Berufsschulzentrum Nord, Stadion am Böllenfalltor

Für das Nordbad, das Berufsschulzentrum Nord, das Feuerwehrgebäude in Arheilgen, die Rheinstraßenbrücke und das Stadion am Böllenfalltor wurden die teilweise extrem aufwändigen Verfahren in Gang gesetzt, die nötig sind, um diese Großprojekte in verantwortungsvoller Weise zu ermöglichen und transparent voranzubringen. Wir haben dafür gesorgt, dass die erforderlichen Haushaltsmittel – obgleich großer Anstrengungen – dafür bereitgestellt wurden konnten.

Verdichtung und Modernisierung des ÖPNV-Netzes und Mobilitätskonzept 2030

Machbarkeitsstudien zu drei Straßenbahnlinien

Wir haben die Initiative ergriffen, um den Verkehrsentwicklungsplan 2006 an die aktuellen Gegebenheiten und die zukünftigen Herausforderungen anzupassen und in Form eines „Mobilitätskonzeptes 2030" weiterzuentwickeln. Hierfür wurden Schwerpunkte gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern herausgearbeitet und Machbarkeitsstudien zu drei Straßenbahnlinien als Verbindung zur Lichtwiese, zu den Kelley Barracks und zur Cambrai-Fritsch-Kaserne auf den Weg gebracht. Darüber hinaus haben wir uns dafür eingesetzt, dass für die Linie H größere und für die Linie L leisere Busse angeschafft wurden. Die Linie G verbessert die Anbindung der GSI und Wixhausens an Darmstadt. Auf unser Betreiben hin fährt ab Dezember 2015 der Airliner auch vom Luisenplatz zum Flughafen. Wir treiben Projekte zur E-Mobilität beim Busverkehr voran und planen, den Fuhrpark der Straßenbahnen zu erneuern. Die Bus- und Straßenbahnhaltestellen werden bedarfsgerecht und barrierefrei umgebaut. Der Nahverkehrsplan soll in Kürze neu fortgeschrieben werden.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Das Anforderungsprofil an unser Handeln in der neuen Legislaturperiode ist klar: Darmstadt wird weiter überdurchschnittlich wachsen.

Die alten Prognosen über einen Neubaubedarf von jährlich rund 600 zusätzlichen Wohnungen sind mittlerweile durch die Realität überholt. Nach den Daten der Abteilung für Statistik und Stadtforschung der Wissenschaftsstadt Darmstadt ist die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohnern von 136.238 im Jahr 2000 auf 154.002 im Jahr 2014 angestiegen. Somit sind seit 2000 pro Jahr im Durchschnitt rund 1.269 Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt neu dazugekommen. In den letzten fünf Jahren hat sich diese Situation weiter verschärft. Von 2009 (142.237 Einw.) bis Ende 2014 ist Darmstadt um 11.765 Personen auf 154.002 Einwohnerinnen und Einwohner gewachsen. Dies entspricht durchschnittlich 2.353 Neubürgerinnen und Neubürgern pro Jahr! Aktuell kommt noch die große Zahl an Flüchtlingen, die bei uns leben, lernen und arbeiten wollen, hinzu.

Diese Entwicklung hat erhebliche Auswirkungen auf die Stadtentwicklung sowie auf die soziale Wohnraumpolitik bzw. für die Bereitstellung preisgünstigen Wohnraums.

Flächen mobilisieren – preisdämpfend wirken

Der Mobilisierung von Flächen jeglicher Art und der Entwicklung von Potenzialen für zusätzlichen Wohnraum im bereits bestehenden Wohnungsbestand kommt besondere Bedeutung zu. Die Stadt mobilisiert – auch in teilweise sehr schwierigen und langwierigen Verhandlungen – Konversionsflächen, Brachflächen und Baulücken. Dies schließt explizit auch die Nutzung leer stehender Gebäude oder den Dachausbau vorhandener Häuser ein.

Flächenverbrauch für den ruhenden Verkehr minimieren

Durch die Nutzung bestehender guter Verkehrsverbindungen, die Schaffung von leistungsfähigen ÖPNV-Anbindungen sowie durch adäquate und kostendämpfende Stellplatzregelungen wollen wir den Flächenverbrauch für den ruhenden Verkehr minimieren.

Konzeptvergabe von Grundstücken

Bei der Flächenentwicklung bemühen wir uns um preisdämpfendes Verhalten. Wo immer möglich, machen wir uns dafür stark, dass nicht zum Höchstpreis, sondern im Rahmen einer sogenannten „Konzeptvergabe" Grundstücke an Interessentinnen und Interessenten oder Investorinnen und Investoren weitergegeben werden. Wir wollen, dass Planungen und Konzepten der Vorrang gegeben wird, die sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltig sind und inhaltlich den Zielen unserer Stadtentwicklungspolitik entsprechen.

Dabei ist die bauverein AG, als Unternehmen der Stadtwirtschaft, einer der wichtigsten Partner, der neben dem Anspruch auf preisdämpfendes Verhalten auch in vorbildlicher Weise soziale und ökologische Kriterien beim Bau und bei der Verwaltung von Wohnraum umsetzt.

Für die strategische Flächenentwicklung soll systematisch die neu gegründete Darmstädter Stadtentwicklung GmbH einsetzt werden. Zudem werden wir verstärkt die Kooperation mit Interessentinnen und Interessenten oder Investorinnen und Investoren suchen, die sich als verantwortungsbewusste Partner diesen Zielen verpflichtet fühlen. Mittels städtebaulicher Verträge muss die Stadt sie an diese Zielsetzungen binden und eine schnelle Umsetzung herbeiführen.

Die städtebaulichen Bebauungspläne und Verträge werden preisgünstigen und sozialen Wohnungsbau vorsehen. Städtische Grundstücke sollen mit der Verpflichtung zum anteiligen Bau von mindestens 30 % sozialen Wohnraums vergeben werden.

Eine verkehrsarme Erschließung und die Mehrfachnutzung von Räumen tragen zur Lebensqualität bei und heben das Flächenpotenzial. Bauprojekte und Initiativen, die durch soziale Konzepte und gemeinschaftliche Nutzungen zum sozialen sowie flächen- und kostensparenden Bauen und Wohnen beitragen, wollen wir besonders berücksichtigen. *> Wohnen*

Wir GRÜNE machen uns stark für

- die Mobilisierung von Flächen jeglicher Art sowie den verstärkten Dachausbau
- eine kostendämpfende Stellplatzregelung
- die vorrangige Vergabe von Flächen an Projekte, denen sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltig Konzepte zugrunde liegen
- eine Verpflichtung zum anteiligen Bau von mindestens 30 % sozialen Wohnraums

Identifikationspunkte in Darmstadt ausbauen, Innenstadt stärken

Die Darmstädterinnen und Darmstädter lieben ihre Stadt: Mathildenhöhe, Woog, Herrngarten, Rosenhöhe sowie viele weitere Parks und Gärten, die Plätze in der Innenstadt und im Quartier, das Schloss, das Oberfeld, der Ostparkweg, die Streuobstwiesen in Eberstadt und viele weitere Orte machen ihre Qualität aus. Diese wollen wir schützen und bewahren. So soll beispielsweise die Mathildenhöhe mit der Bewerbung um den UNESCO-Weltkulturerbe-Status gestärkt werden.

Friedensplatz

Wir sorgen dafür, dass die Aufenthaltsqualität des Friedensplatzes erhöht und er wieder zu einem zentralen Ort in der Stadtmitte gemacht wird. Die Planung wird in ein Konzept zur Entwicklung der zentralen Innenstadt eingebunden werden, das vom Luisenplatz über die obere Rheinstraße, den Friedensplatz, seine aktuell etwas lieblos erscheinende Verbindung zum Marktplatz, dem Marktplatz selbst bis hin zum Saladin-Eck als einer Art östliches Innenstadtportal reichen muss.

Vor allem der vom Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) stark dominierte Luisenplatz bedarf einer strukturgebenden Bearbeitung, die den Aufenthalt und die Überquerung insbesondere für Fußgängerinnen und Fußgänger, aber auch für Fahrräder angenehmer und sicherer macht.

Darmstadt ist nicht nur eine Stadt des Jugendstils, sondern verfügt auch über bemerkenswerte Bauten der 1950er Jahre, die die positive Aufbruchsstimmung dieser Zeit widerspiegeln. An der Rheinstraße liegen eine ganze Reihe Gebäude, die die architektonische Qualität und den Geist der Nachkriegszeit in sich tragen, aber in einer Art Dornröschenschlaf versunken scheinen.

Rheinstraße als vorzeigbares Entree der Stadt

Wir wollen die Rheinstraße unter Einbindung der Anrainer wieder zu einem vorzeigbaren Entree der Stadt machen und ihren durch die 1950er Jahre geprägten Charakter stärken, ohne dabei ihre Funktion als zentrale Verkehrsachse zu ignorieren. *> Kultur*

Der Pflege des Stadtbilds insgesamt gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Der Aufbau einer Beratungsstruktur, die auch privaten Eigentümern zur Seite steht, soll helfen, Gebäuden von besonderer städtebaulicher Bedeutung ein entsprechendes Erscheinungsbild zurückzugeben – beispielsweise bei ohnehin anstehenden Modernisierungen oder Sanierungen.

Das in die Jahre gekommene und lange vernachlässigte Stadion am Böllenfalltor wird unter Einbeziehung der Fangruppen, des Vereins und der Anwohnerschaft zu einer

Stadion am Böllenfalltor

modernen Arena umgebaut. *> Sport* Dabei widmen wir der Eigenheit des Ortes besondere Aufmerksamkeit, damit durch den Umbau nicht das besondere Flair und die dem „Bölle" eigene, mittlerweile in der gesamten Republik bekannte Identität verloren gehen.

Der Darmbach wird von der Kanalisation abgekoppelt und – wo ökonomisch vertretbar – an die Oberfläche geführt. Er wird den Herrngartenteich speisen und dessen teure und unsinnige jährliche Befüllung mit Trinkwasser ablösen. *> Umwelt* Entlang des Bachlaufs sollen Orte zum Verweilen entstehen und so zur Identifikation mit der Stadt und dem eigenen Wohnumfeld beitragen.

Wir GRÜNE machen uns stark für

- eine Entwicklung der zentralen Innenstadt
- die Rheinstraße als vorzeigbares Entree der Wissenschaftsstadt Darmstadt
- eine bewusste Herausarbeitung des 1950er Jahre Charmes der städtischen Architektur als Kontrapunkt zum Jugendstil
- den Umbau des Stadions am Böllenfalltor mit kontinuierlicher Einbeziehung der Fans, des Vereins und der Anwohnerschaft
- eine Freilegung des Darmbachs, wo immer möglich, und zur Speisung des Herrengartenteichs mit Darmbachwasser

Grün- und Freiräume stärken

Die Anziehungskraft einer Stadt wird bestimmt durch attraktive Lebensbedingungen, Chancen zur Verwirklichung eigener Lebensentwürfe und ein liberales Klima. Dabei spielt die Inbesitznahme von öffentlichen Räumen durch die Stadtbevölkerung eine wesentliche Rolle. Sie muss durch unterschiedlichste bauliche und nicht-bauliche Maßnahmen getragen werden.

Räume nicht nur dem Verkehr, der Werbung oder dem Kommerz überlassen

Die Basis für die hohe Lebensqualität in Darmstadt sind attraktive innerstädtische Freiräume als Ausgleich für die stetig wachsende Dichte der Bebauung. Wir wollen, dass diese Räume nicht nur dem Verkehr, der Werbung oder dem Kommerz überlassen werden. *> Kultur*

Städtisches Leben braucht Orte, an denen sich die Menschen aufhalten können und sich dabei wohl fühlen. Sie dienen alltäglich als Treff- und Kommunikationspunkt, als Weg, als Spiel- oder Zuschauerraum.

Wir setzen uns für die Aufwertung des öffentlichen Raums ein und werden den Bedarf an Reparaturen und geeigneten Oberflächenmaterialien genau analysieren. Dies gilt besonders für die innerstädtischen Achsen und die Straßen innerhalb der Mollerstadt. Die bereits angelaufenen Planungen für die Grafenstraße sind ein gutes Beispiel hierfür. Dieser Herausforderung werden wir uns auch weiterhin stellen und dabei auch Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer sowie Investorinnen und Investoren einbinden.

Für uns haben Grünräume eine doppelte Funktion: Sie sollen Aufenthaltsmöglichkeiten bieten, aber auch als attraktive Verbindungsachsen innerhalb der Stadt sowie ins

Umland dienen. Insbesondere das Leitmotiv der Landesgartenschau 2022 in Darmstadt ist auf diese Vernetzungsidee und Lebensraumverbesserung ausgerichtet.

Landesgartenschau 2022

Die Bewerbung soll dazu beitragen, dass die untereinander und in die Umgebung vernetzten Grünflächen weiterentwickelt werden und zu einem Qualitätsmerkmal unserer Stadt avancieren. Der durch eine Bürgerinitiative angeregte und von uns GRÜNEN aufgegriffene Ostparkweg ist ein gutes Beispiel dafür. Auch darüber hinaus ergeben sich wichtige Anregungen und realistische Möglichkeiten.
Die dem Antrag zu Grunde liegenden zentralen Maßnahmen sind weitgehend „Sowieso-Projekte", das heißt, sie hängen in ihrer Realisierung nicht zwingend von der Vergabe der Landesgartenschau an Darmstadt ab. Grundsätzlich wirkt die Bewerbung um die Landesgartenschau nachhaltig und sozial. ***> Umwelt***

Wir möchten die Bedeutung der Parks für den nicht organisierten Sport stärken. ***> Sport*** Darüber hinaus fördern wir kleine Quartierparks für Anwohnerinnen und Anwohner wie beispielsweise in der Schwambstraße und in der Albert-Schweizer-Anlage geschehen.

Darmstadt hat viele herausragende Gebäude-Ensembles, Grünanlagen und Quartiere. Diese in qualitätsvoller Weise zu verweben und den großen und kleinen Menschen zur individuellen Nutzung zur Verfügung zu stellen, ist ein wichtiges Ziel.
Dazu gehören der Blick ins Grüne genauso wie ein sicherer Schulweg oder ein sicheres Quartier, in denen die Menschen leben, sich erholen oder schnell zu Fuß und per Rad von A nach B kommen können. Eine dichter werdende Stadt braucht diese Qualitäten. Es ist unser Bestreben, dass mit jeder Investition auch eine Verbesserung der städtischen Infrastruktur erreicht wird.

Schnell zu Fuß und per Rad von A nach B

Ein wichtiger Schwerpunkt wird auch die Weiterentwicklung der Orangerie in Bessungen sein. Hier soll durch die Möglichkeit bürgerschaftlichen Gärtnerns ein Plus an Freiraum für das dicht besiedelte Quartier geschaffen werden. Gleichzeitig wird inklusiven Initiativen Raum für Betätigung gegeben. Auch die Tradition der Kerb und des Marktes werden berücksichtigt. Das Beispiel „Orangerie" zeigt, dass solche Entwicklungsprozesse nur durch Einbindung der Bürgerinnen und Bürger sowie der an Ort und Stelle vorhandenen Kompetenzen erreicht werden. Um die Lebensqualität im Quarier weiter zu steigern, wollen wir auf das vorhandene bürgerschaftliche Engagement aufbauen. ***> Umwelt***

Einbindung der Bürgerinnen und Bürger

Vor rund 120 Jahren war Darmstadt einmal die waldreichste Stadt Deutschlands. Noch heute können wir von dem alten Baumbestand profitieren, der die Achsen zwischen den einzelnen Quartieren prägnant kennzeichnet. Wir wollen die Bäume im öffentlichen Raum verstärkt schützen und – soweit möglich – ihren Bestand in der Stadt ausweiten. Basis dafür ist ein auf unser Betreiben hin eingeleitetes Gutachten, das Wege aufzeigt, wie dieses Ziel trotz des zunehmenden Drucks auf Straßen und Quartierränder erreicht werden kann.

Bäume im öffentlichen Raum schützen

Wir möchten, dass in der nächsten Legislaturperiode bei jedem Bauprojekt bestehende

Bäume – wo immer möglich – erhalten bleiben und zusätzlich mindestens 100 neue Bäume innerhalb der bebauten Stadt angepflanzt werden. ***> Umwelt***
Die von Grün und Großgrün durchmischte Stadt sowie die Waldgebiete um sie herum sind ein Qualitätsmerkmal von Darmstadt – und die Garantie für eine lebenswerte Zukunft. Wir GRÜNE stehen dafür, dass dies so bleibt und weiter gestärkt wird.

Wir GRÜNE machen uns stark für
- eine Aufwertung der Grünanlagen, um die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum zu verbessern
- eine Vernetzung der städtischen Grünräume
- die Durchführung der Landesgartenschau 2022 in Darmstadt mit nachhaltigen Ideen und Potenzialen für die Stadt
- ein bürgerschaftliches und inklusives Konzept für die Umgestaltung der Stadtgärtnerei in der Orangerie in Bessungen

Die Mischung macht's

Verbesserung der dezentralen Versorgung

Um eine Stadt der kurzen Wege zu schaffen, in denen vieles zu Fuß oder per Rad erledigt werden kann, benötigen wir gemischte Quartiere mit einer kleinräumigen Versorgungsstruktur von Dienstleistungen, Geschäften, Kindergärten und Schulen. Wir wollen mit kommunaler Flächenpolitik, durch städtebauliche Verträge mit Investorinnen und Investoren sowie durch Bauleitplanung den Rahmen für eine Verbesserung der dezentralen Versorgung schaffen. Der mit viel Anstrengung geschaffene neue Supermarkt in der Mitte von Arheilgen kann Vorbild für andere Stadtteile sein.

Außengastronomie stärkt die Attraktivität eines Viertels. Wir wollen die kleinen Zentren neben der Innenstadt bewahren und weiter entwickeln. So muss zum Beispiel das Einzelhandelskonzept der Stadt an den Strukturwandel im Verlagsviertel, in dem neuer Wohnraum entsteht, angepasst werden. Stadtweit wollen wir gemeinsam mit den Akteurinnen und Akteuren vor Ort hierfür Lösungen finden.

Einzelhandelskonzept für Südhessen

Zur Absicherung dieser Ziele gehört auch eine aktive Zusammenarbeit mit der Region. Wir setzen deshalb weiter auf das regionale Einzelhandelskonzept für Südhessen, das die Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel in den Außenbereichen und auf der „grünen Wiese" begrenzen soll.

Wir GRÜNE machen uns stark für
- eine kleinräumige Versorgungsstruktur in den Stadtteilen
- Bewahrung und Ausbau kleiner Stadtteilzentren

Platz für Kinder und Jugendliche, Raum fürs Altwerden

Nicht nur der Wohnraum, sondern auch das Wohnumfeld, den Freiraum wollen und sollen die Menschen mit ihren unterschiedlichen Wünschen und Bedürfnissen nutzen:

Kinder und Jugendliche, junge Erwachsene, Studierende, Familien, Alleinstehende, Alte, Menschen mit Behinderung sowie Migrantinnen und Migranten sollen sich in Darmstadt auch außerhalb ihrer Wohnung aufhalten und am städtischen Leben teilhaben können. Bei der Stadtteilentwicklung setzen wir auf lebenswerte, familiengerechte, sozial gemischte Wohnquartiere mit hoher Freiraumqualität, in denen sich die Bewohnerinnen und Bewohner entfalten können. Wir unterstützen ehrenamtliches Engagement im Wohnquartier, weil es – insbesondere für Menschen mit besonderen Bedürfnissen – bereichernd für das Alltagsleben und die Basis einer aktiven Stadtgesellschaft ist.

Baukultur und Prozessqualität stärken

Baukultur spiegelt sich wider in der Qualität des Gebauten, aber auch darin wie ein Projekt entwickelt und die Entstehung in der Stadtgesellschaft verankert wird.

Gestaltungsbeirat

Der Gestaltungsbeirat trifft in Darmstadt auf große Resonanz. In keiner anderen Stadt besuchen so viele Bürgerinnen und Bürger die Sitzungen eines Gestaltungsbeirats und reden mit. Das ist ein positives Zeichen für die Bereitschaft der Darmstädterinnen und Darmstädter über ihre Stadt, über das, was ihre Stadt ausmacht, über die Werte, Schönheit und Funktion oder über das, was Darmstadt braucht, zu diskutieren. Diese Prozesskultur würdigt sowohl die Fachkompetenz derer, die planen, als auch derer, die politische und planerische Rahmenbedingungen schaffen, als auch derer, die als Bürgerinnen und Bürger auf der Grundlage ihrer Lebenswirklichkeit ihre Wünsche und Vorstellungen einbringen.

Darmstadts Identität ist geprägt von großen Leistungen, aber auch von tiefgreifenden Einschnitten. Der Wandel von der Residenzstadt zur Bürgerstadt ist ein identitätsstiftendes Moment, von dem wir bis heute profitieren. Der Wiederaufbau nach dem zweiten Weltkrieg und das Erbe an bedeutenden historischen Gebäuden und Grünanlagen macht unsere Stadt vielfältig und vielschichtig. Diesen beiden Seiten müssen wir bei der zukünftigen Entwicklung Raum geben. Deswegen ist eine zielführenden Diskussions- und Beteiligungskultur wichtig. Genauso notwendig ist es aber auch, Wettbewerbe auszuloben, um an herausragenden Stellen durch fachliche Exzellenz die bauliche Qualität unserer Stadt zu befördern.

Konzepte zur besitzbaren Stadt (d. h. Sitzen und Verweilen ohne Zwang zum Konsumieren) *> Die GRÜNEN Alten*, zur bespielbaren Stadt *> Kultur* und zur essbaren Stadt *> Umwelt* werden wir nachdrücklich unterstützen und soweit möglich auch fördern.

Wir GRÜNE machen uns stark für

- eine Diskussions- und Beteiligungskultur bei Stadtentwicklungsprozessen
- die Auslobung von Wettbewerben bei der Entwicklung von Flächen und Gebäuden an exponierter Stelle

Darmstadt in der Metropolregion Rhein-Main

Darmstadt liegt an der Schnittstelle der Metropolregionen Rhein-Main und Rhein-Neckar. Auch wenn sie selbst eine prosperierende Stadt mit eigenem Profil ist, profitiert sie doch stark von der Region, in die sie eingebettet ist. Beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, des Kulturangebots, aber auch der sozialen Einrichtungen und des Wohnungsbaus wollen wir den gegenseitigen Austausch mit der Region verstärken.

Die Ansiedlung von Industrie bzw. Gewerbe, insbesondere von großflächigen Einzelhandelszentren mit ihren oft nachteiligen Auswirkungen auf die Innenstädte, muss ebenso gesteuert werden wie die Entwicklung der Freiflächen in der Region. Wir setzen uns deshalb für eine aktive Rolle Darmstadts in der Region ein und unterstützen eine wirkungsvolle Regionalplanung und -entwicklung.

Auch die Kooperation mit dem direkten Umfeld, dem Landkreis Darmstadt-Dieburg, muss über die bisherigen kleinteiligen Diskussionen um Autoverkehr hinausgehen und auf Bereiche wie Energiewende, Landschaftsschutz, umfassende Mobilitätskonzepte und Wohnungsbau ausgeweitet werden. Teilweise liegen die Gemeinden im Landkreis näher am Luisenplatz als Stadtteile von Darmstadt. Eine in die Zukunft weisende, nachhaltige Entwicklung geht nur gemeinsam mit der Region. ***> Wirtschaft und Finanzen***

Wir GRÜNE machen uns stark für

- eine aktive Rolle Darmstadts in der Region
- eine wirkungsvolle Regionalplanung

Mobilitätsoffensive für Fuß- und Radverkehr

Verstärkter Schutz für den Fußverkehr

Wir wollen die Menschen motivieren, zu Fuß zu gehen und mit dem Rad zu fahren. Alle Verkehrsteilnehmer sind gleichberechtigt, das gilt besonders für Fußgängerinnen und Fußgänger. Der Fußverkehr muss verstärktem Schutz unterliegen. Ein Augenmerk gilt dabei Menschen mit besonderen Bedürfnissen, beispielsweise älteren oder bewegungseingeschränkten Personen oder Kindern und Jugendlichen. Das Umfeld von Kitas und Schulen ist in diesem Zusammenhang genau zu betrachten. Für den Luisenplatz muss eine für alle Verkehrsteilnehmer annehmbare Lösung erarbeitet werden.

Fußgängerinnen und Fußgänger aller Altersgruppen sollen sich sowohl in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld als auch auf den Straßen und Plätzen der Innenstadt wohlfühlen. Dazu gehört die Beseitigung von Angsträumen ebenso wie der konsequente Schutz vor „stärkeren" Verkehrsteilnehmern sowie die unmissverständliche Zuweisung von sicheren Wegebeziehungen.

Für Fußwege gilt noch mehr als für Radwege: sie sollen nicht nur sicher, sondern sie müssen auch ansprechend sein. Bäume, Streckenführungen durch Grünzüge und Parks, Sitzgelegenheiten und Orte zum Verweilen und zur Kommunikation schaffen Attraktivität.

Gehwege müssen im Normalfall für Personen mit Mobilitätseinschränkung, Kinderwagen und zwei nebeneinander laufende Menschen genug Platz bieten. Begegnungen

dürfen nicht ein Ausweichen in den Autoverkehr erzwingen. Die Sicherung von historischem Gehwegpflaster – wie auf der Mathildenhöhe – soll fortgesetzt werden. Die Querung von nachrangigen Seitenstraßen muss erleichtert werden.
Gehwege sollen wieder BürgerInnensteige werden. Der „sachfremden Nutzung", z. B. durch parkende Autos, werden wir verstärkt entgegentreten.

Radverkehrsnetz

Ganz Darmstadt soll nach und nach mit einem sicheren und ausreichend dimensionierten Radverkehrsnetz durchzogen sein. Die nächsten Fahrradstraßen werden als bereits etablierter Bestandteil dieses Netzes ausgewiesen.

Straßensanierungen müssen – soweit irgend möglich – mit Verbesserungen für den Fuß- und Radverkehr verbunden werden; der schnelle Radverkehr gehört dabei auf die Fahrbahn. Fahrradabstellplätze an bzw. in Immobilien sollen hinsichtlich Erreichbarkeit und Komfort hohen Qualitätsstandards genügen.

Das Fahrradparkhaus im Hauptbahnhof wollen wir wieder zu einem Vorzeigeobjekt machen und dafür sorgen, dass vorhandene Schäden schnell beseitigt werden. Auch in der Innenstadt wollen wir GRÜNE der wachsenden Nachfrage nach Abstellmöglichkeiten – auch für hochwertige Elektro- oder sperrige Lastenfahrräder – gerecht werden. ***> Umwelt***
Wir wollen bis 2021 den Anteil des Radverkehrs am Mobilitätsverhalten (Modal Split) in Darmstadt von aktuell ca. 15 % auf mindestens 20 % steigern, ohne dass dies deutliche Verdrängungseffekte für den Fußgänger- und öffentlichen Personennahverkehr hat.

Radschnellweg nach Frankfurt am Main

Immer mehr Menschen fahren mit elektrischer Unterstützung Rad und können damit auch über längere Distanzen problemlos pendeln; dies wollen wir mit dem regionalen Radschnellweg nach Frankfurt am Main sowie durch lokale Radschnellwege nach Roßdorf, Weiterstadt und über Griesheim ins Ried unterstützen.

Mobiliätspunkte, an denen Busse und Bahnen, Fahrradverleih- und Carsharing-Systeme sowie Taxen koordiniert zur Verfügung stehen, helfen, zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln hin und her zu wechseln. Bis zum Ende der Legislaturperiode wollen wir ein sogenanntes Free-Floating-Carsharing-System in Darmstadt etablieren, das Ausleihe und Rückgabe von Leihwagen möglich macht, ohne an feste Stationen gebunden zu sein. Die Kapazität des Fahrradverleihsystems soll sich mindestens verdoppeln.

Tempo-30-Zonen

Solange es die Straßenverkehrsordnung der Stadt unmöglich macht, Tempo 30 innerorts zur Regelgeschwindigkeit zu machen, muss sich die Stadt – soweit möglich – mit der Ausweitung von Tempo-30-Zonen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und zur Verminderung von Lärm behelfen. ***> Umwelt***

Wir setzen uns dafür ein, dass der Fuß- und Radverkehr und die dafür benötigten Flächen systematisch ausgebaut werden. Alleine ein Autoabstellplatz nimmt den Platz

von zehn Fahrradabstellplätzen ein. Der Stellplatz für ein Carsharing-Fahrzeug macht bis zu zehn private Autoabstellplätze überflüssig. Immer mehr Menschen wollen die Stadt aktiv nutzen und nicht als bloßen Parkplatz verschwenden. Die Erkenntnisse der Bürgerbeteiligung und die Erfahrungen mit der Parkraumbewirtschaftung im Johannesviertel und im Woogsviertel muss die Stadt für weitere Anwohnerparkgebiete positiv nutzen.

Im Hinblick auf die großen Verkehrsachsen wie Rhein-, Frankfurter- und Heidelberger Landstraße setzen wir uns dafür ein, dass bessere Lösungen für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer geschaffen werden. So wurde beispielsweise in der Bleichstraße (Cityring) eine nicht benötigte Fahrspur in eine Fahrradspur umgewandelt.

Wir wollen, dass der öffentliche Raum in den Wohnquartieren belebt ist und nicht durch zu laute und zu schnelle Straßenachsen zerschnitten wird.
Wir möchten mehr sichere Fußgängerüberwege (Zebrastreifen) anstelle der Verampelung der Stadt. Dazu gehört auch, dass Fußgängerampeln vermehrt nur auf Anforderung aktiv werden (sogenanntes Dunkel-Dunkel-Schalten), damit sie Auto- und Radverkehr nicht unnötig behindern.

Dazu werden wir Konzepte erarbeiten und mit den betroffenen Menschen vor Ort diskutieren, um zu zeitnahen Lösungen zu kommen.

Wir GRÜNE machen uns stark für
- mehr Sicherheit, Attraktivität, Struktur und Raum im Fuß- und Radverkehr
- den Schutz von Rad- und Gehwegen vor sachfremder Nutzung
- ein Radverkehrsnetz
- mehr Fahrradabstellplätze
- die Durchführung notwendiger Reparaturen im Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof
- den Ausbau der Radschnellwege u.a. nach Frankfurt am Main
- mehr Tempo-30-Zonen

Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Stadt, Landkreis und Region

Das Angebot von Bussen und Bahnen muss regional vernetzt sein. Die Darmstadt-Dieburger-Nahverkehrsorganisation (DADINA) als Zweckverband, in dem Stadt und Landkreis gleichberechtigt vertreten sind, ist dafür ein zentrales Werkzeug. Die öffentlich tagende Verbandsversammlung, ein aktiver Fahrgastbeirat und ein öffentlicher Wirtschaftsplan sind im Zusammenspiel mit der HEAG mobilo ein Erfolgsmodell in Hinblick auf die kooperative Planung und Bereitstellung von ÖPNV. Dieses wollen wir auch in Zukunft fortsetzen.

Der gemeinsame Nahverkehrsplan ist die Basis für die in den nächsten Jahren anstehenden Maßnahmen. Dieser Plan besitzt nicht zuletzt dank GRÜNEM Engagement über die letzten Jahrzehnte bundesweiten Vorbildcharakter.

Nahverkehrsplan

Als zentrale Entwicklungsachse der Region streben wir weiterhin eine Straßenbahnverbindung zwischen Roßdorf und Weiterstadt an, die über Darmstadt führt. Bis dafür eine wirtschaftlich tragfähige Lösung gefunden ist, werden wir uns für leistungsfähige Übergangslösungen im ÖPNV stark machen.
Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Zeitkarten im ÖPNV zur intermodalen Zugangskarte weiterentwickeln werden. Im Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) plädieren wir für die Prüfung umlagefinanzierter Preismodelle für fahrscheinlosen ÖPNV. Die begonnene Verzahnung mit Carsharing-, aber auch mit Leihfahrradsystemen wollen wir fortsetzen.

Straßenbahnverbindung zwischen Roßdorf und Weiterstadt

Die mit der Verlängerung der Linie O nach Brandau bereits eingeleiteten Angebotsverbesserungen ins Modautal wollen wir mit der Einrichtung einer Busbeschleunigungsspur auf der B449 zwischen Darmstadt-Böllenfalltor und Traisa fortführen.
Gleichzeitig sehen wir mit großer Sorge auf die steigenden Kosten, die nicht mit der Entwicklung der Einnahmen mithalten. Die Fortschreibung der Regionalisierungsmittel auf der Höhe des derzeitigen Stands lindert den Druck nur minimal und sichert nicht hinreichend den Fortbestand des ÖPNV-Angebotes sowie die Finanzierung der anstehenden Infrastruktursanierungen.
Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um auch künftig ein attraktives ÖPNV-Angebot mit kurzen Taktzeiten zu vertretbaren Preisen sicherzustellen. Dafür kämpfen wir aktiv in allen Gremien – auch des RMV – und in den Städtetagsausschüssen in Land und Bund.

Wir GRÜNE machen uns stark für
- eine Straßenbahnverbindung zwischen Rossdorf und Weiterstadt
- eine intermodale Zugangskarte im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)
- eine Busbeschleunigungsspur für die Linie O zwischen Darmstadt-Böllenfalltor und Traisa

Klares Bekenntnis zum ICE-Halt
Die von der Bahn geplante Neubaustrecke zwischen Frankfurt und Mannheim ist ein wichtiger Lückenschluss im europäischen Hochgeschwindigkeitsverkehr. Sie ist gleichzeitig Voraussetzung dafür, die überlasteten Schienenstrecken zwischen Main und Neckar zu entlasten und damit die erforderlichen Verbesserungen im Schienenpersonennahverkehr überhaupt zu ermöglichen.
Die Vollanbindung des Darmstädter Hauptbahnhofs über eine der als raumverträglichsten vom Regierungspräsidium festgestellten Varianten ist in diesem Zusammenhang unverändert die einzige schlüssige Lösung. Alle anderen Varianten sichern die

Optionen zur Anbindung der Region nicht in erforderlichem Umfang. Sie sind mit erheblichen Nachteilen für die haltenden Züge verbunden und/oder erzeugen – wie der sich in Diskussion befindliche sogenannte Airport-Shuttle – Folgekosten für die Stadt, die weit jenseits des Leistbaren liegen.

Vollanbindung des Darmstädter Hauptbahnhofs

Wir werden uns daher auch weiterhin nachdrücklich und auf allen Ebenen für die Vollanbindung des Darmstädter Hauptbahnhofs einsetzen. Die sich aus der Neubaustrecke ergebenden Chancen wollen wir aktiv nutzen, z. B. für einen kombinierten Lärmschutz der Alt- und Neubaustrecke oder für städtebauliche Möglichkeiten durch eine gemeinsame Deckelung der Alt- und Neubaustrecke südlich des Darmstädter Hauptbahnhofs mit entsprechender Bebauung.
Nur ein wirkungsvoller Lärmschutz entlang der Altstrecke wird Darmstadt entlasten, da eine Verlagerung des gesamten Güterverkehrs auf die Neubaustrecke unrealistisch ist.

Wir GRÜNE machen uns stark für

- die Vollanbindung des Darmstädter Hauptbahnhof an die geplante Neubaustrecke

WOHNEN

Für alle, die mehr als ein Dach über dem Kopf wollen.

GRÜNE Konzepte für Wohnen in Darmstadt

Nach den Daten der amtlichen Statistik hatte Darmstadt Ende 2014 154.002 Einwohnerinnen und Einwohner, 79.691 Wohnungen in 22.939 Gebäuden sowie 83.678 Kraftfahrzeuge, davon 69.492 PKW. Die Einwohnerzahl ist in den letzten fünf Jahren jährlich um durchschnittlich rund 2.300 Personen gewachsen.
Doch nicht allein die quantitative Entwicklung der Einwohnerzahl stellt unsere Wohnungspolitik vor Herausforderungen. Vor dem Hintergrund der sich weiter ausdifferenzierenden ökonomischen, sozialen und kulturellen Lebensstile ergeben sich zusätzliche Anforderungen. Zur Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen der Bevölkerung müssen diese ebenfalls Berücksichtigung finden.

Wohnungsmarktrelevanz der Haushaltsstrukturverschiebungen
Im Vergleich zur Bevölkerungsentwicklung zeigen die sich verändernden Haushaltsstrukturen noch mehr Dynamik. Auch wenn die Erwartung mit einem höheren Prognoserisiko behaftet ist, gehen insgesamt alle Prognosemodelle davon aus, dass sich die Zahl der Ein- und Zwei-Personenhaushalte weiterhin überproportional entwickeln und sich die Vielfalt an – vor allem urbanen – Lebensentwürfen weiter verstärken und ausdifferenzieren wird. Beides führt unmittelbar dazu, dass die Nachfrage nach Wohnfläche und nach spezifischen Wohnraumangeboten schneller ansteigen wird als der Bevölkerungszuwachs.

Zahl der Ein- und Zwei-Personenhaushalte stark gestiegen

Wohnungsmarktrelevanz der Alterung
Der Zuwachs an kleinen Haushalten bedeutet nicht zwangsläufig auch mehr Nachfrage nach kleineren Wohnungen. Alterung ist häufig verbunden mit geringer Wohnungsmobilität. Alte Menschen zeigen in der Regel starke Beharrungstendenzen für die angestammten Wohnungen, auch wenn deren Größe auf frühere Familiengrößen zugeschnitten ist. Als Folge dieser Entwicklung steigt die Wohnflächennachfrage pro Kopf der Bevölkerung. Mit der Lebenserwartung steigt auch die Zahl der Wohnungen mit überproportional hohem Flächenverbrauch pro Kopf der Bevölkerung.

Höhere Wohnflächennachfrage pro Kopf

Seite 23

Städtebaulich, sozialpolitisch und wohnungswirtschaftlich ist der offensive und kreative Umgang mit den Anforderungsprofilen, die sich aus der zunehmende Alterung ergeben für uns ein Handlungsfeld, das zunehmend an Bedeutung gewinnt. Wir werden daher vielfältige Angebote für die zunehmend alternde Bevölkerung in unterschiedlichsten Wohnformen weiterentwickeln. ***> Soziales, Die GRÜNEN Alten*** Dabei kommt sowohl Wohneigentum als auch Mietwohnverhältnissen eine gleichermaßen große Bedeutung zu.

Wohnungsmarktrelevanz der Wirtschaftsentwicklung
Es besteht kein Zweifel daran, dass die Kaufkraft der Haushalte entscheidend für deren Handlungsspielraum am Wohnungsmarkt ist. Dies gilt in gleicher Weise für den Mietwohnungsmarkt wie auch für Wohneigentum. Obwohl die Wohnung relativ hoch in der Hierarchie der Wünsche und Bedürfnisse steht, wird zusätzliche Kaufkraft nicht unmittelbar zu stärkerer Nachfrage nach Wohnraum führen.
Geringe Einkommen wirken sich dagegen unmittelbarer auf die Haushaltsbudgets für Wohnen aus und führen dazu, dass sich betroffene Bürgerinnen und Bürger nicht aus eigener Kraft am Markt mit angemessenem Wohnraum versorgen können.

Wir GRÜNE werden daher verstärkt den sozialen Wohnungsbau fördern, aber auch Programme für Einkommen unmittelbar über den Grenzen für den sozialen Wohnungsbau weiterentwickeln und stärken. Ebenso achten wir darauf, dass die Nebenkosten für Wärme, Strom und Wasser durch energieeffizientes Bauen niedrig gehalten werden.

Was wir schon erreicht haben:

Steigerung des Bestands an kommunalen Immobilien
Der kommunale Bestand an Immobilien wurde jährlich um rund 1.000 neue Wohnungen erweitert.

Sicherung des Anteils an Sozialwohnungen
Allein das städtische Tochterunternehmen bauverein AG baut jährlich 100 neue Sozialwohnungen, das sind dreimal so viele wie noch 2011.
Darüber hinaus wurden Belegungsrechte für Menschen mit geringem Einkommen angekauft oder vertraglich gesichert.

Ökologischer Mietspiegel
Ein neuer ökologischer Mietspiegel mit Energiekomponente und der Bewertung von Fahrradabstellplätzen wurde geschaffen.

Lincoln-Siedlung: Ein neues Zuhause für 3.000 Menschen
In der Lincoln-Siedlung entsteht zurzeit ein neues Quartier mit viel Grün- und Freiflächen sowie einem innovativen Mobilitätskonzept, das 3.000 Menschen ein neues Zuhause bieten wird.

Raum für innovative Wohnprojekte
Genossenschaftliche und generationsübergreifende Wohnprojekte wurden gefördert und bei der Flächenvergabe besonders berücksichtigt.

Vorbildhaftes Beteiligungskonzept
Alle wichtigen Bauvorhaben wurden transparent und partizipativ umgesetzt. Darmstadt verfügt heute über ein deutschlandweit vorbildhaftes Beteiligungskonzept, dass auch bei wohnungs- und städtebaulichen Planungen Anwendung findet.

Vorbildhaftes Beteiligungskonzept

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Wohnungsbauprogramm 2020: Bis zu 10.000 neue Wohnungen
Wir werden nicht nur einzelne ambitionierte Programme für bezahlbare Baulandentwicklung und sozial gerechtes Wohnen weiterentwickeln, sondern die Programme zusammen mit dem geplanten „Masterplan Darmstadt 2030" *> Stadtentwicklung und Mobilität* so verknüpfen, dass ein Leitbild mit konkreten Handlungsfeldern für Darmstadt als wachsende Stadt entsteht.
Dabei wird strategischer Grunderwerb genauso betrieben, wie Überlegungen zum Generieren von Wohnbauflächen. Unser Denkprozess endet nicht beim vierten Geschoss: Dort, wo es im Umgang mit den Ressourcen Boden und Freiraum Behutsamkeit bedarf, muss auch über hohe Häuser nachgedacht werden. Deshalb ist das Wohnungsbauprogramm mit städtebaulichen Grundsatzüberlegungen verknüpft.

10.000 neue Wohnungen

Generieren von Wohnbauflächen

Bis 2020 wollen wir 10.000 zusätzliche Wohnungen in unterschiedlichen Preissegmenten ermöglichen.

Darmstadts Silhouette und das städtebaulich sehr schöne Weichbild sollen weiterentwickelt werden, ohne diese typische flächige Qualität zu verletzen. Dort, wo es möglich ist, an markanten Achsen sowie in sich wandelnden Quartieren wollen wir einer städtebaulichen Konzeption für ein Wachstum in die Höhe den Weg ebnen.

Bezahlbare Wohnungen
Wir GRÜNE achten darauf, dass die Wohnungen in Darmstadt auch weiterhin bezahlbar bleiben. Deshalb machen wir uns konsequent für die Nutzung von Städtebauförderprogrammen des Landes und des Bundes stark. Wir wollen, dass die Stadt so viele Mittel für die soziale Wohnraumförderung zur Verfügung stellt, wie nötig ist, um Landes- und Bundesmittel voll ausschöpfen zu können.

Soziale Wohnraumförderung

Der geförderte Wohnungsbau soll nicht allein in der Hand der bauverein AG liegen, sondern auch andere Wohnungsunternehmen müssen dafür gewonnen werden.
Um Energiearmut zu verhindern, sollen auch preiswerte Wohnungen weiterhin energetisch fit gemacht werden.

Zukünftig sollen die städtischen Tochterunternehmen bauverein AG und ENTEGA gemeinsam für die Wärme- und Strom-Versorgung in den kommunalen Immobilen zuständig sein und die Mieterschaft damit versorgen.

Unverzichtbar: das kommunale Wohnungsunternehmen
Die bauverein AG gehört zu Darmstadt. Mit uns GRÜNEN wird dies auch in Zukunft so bleiben. Wir werden das kommunale Tochterunternehmen nicht verkaufen. Dennoch soll kleinteilige Eigentumsbildung und Mieterprivatisierung möglich sein. Das Kerngeschäft der bauverein AG ist und bleibt der Wohnungsbau, besonders der Bau von Sozialwohnungen, die Bestandssicherung und Bestandserweiterung.
Die bauverein AG trägt mit bezahlbaren Mieten und moderaten Mieterhöhungen dazu bei, dass Mieterinnen und Mieter in ihren Quartieren bleiben und die soziale Infrastruktur und der soziale Zusammenhalt fortbestehen können.

Bezahlbare Mieten

Bezahlbare Mieten und die damit verbundene Aufrechterhaltung sozialer Strukturen hat bei der Verwendung des Unternehmenskapitals und der Gewinne oberste Priorität. Darüber hinaus erwirtschaftete Überschüsse sollen als Dividende in den städtischen Haushalt fließen.

Lebenswerte, familiengerechte, sozial gemischte Wohnquartiere
Wohnraum und Wohnumfeld müssen vielen unterschiedlichen Bewohnerinnen und Bewohnern gerecht werden. Bei der Stadtteilentwicklung setzen wir auf lebenswerte, familiengerechte, sozial gemischte Wohnquartiere, in denen sich die Menschen entfalten und partizipativ einbringen können. ***> Stadtentwicklung und Mobilität***

Eine ausgewogene Mischung
Wir brauchen in Darmstadt gleichermaßen Sozialwohnungen wie hochwertige Miet- und Eigentumswohnungen. Auch Eigentumsförderung für junge Familien gilt es zu beachten.

Deshalb wollen wir bei allen größeren Bauprojekten mit mehr als 20 Wohneinheiten einen Mindestanteil (15 bis 30 %) von geförderten Wohnungen mit Mieten von 6,00 € bis 8.00 €/qm und Wohnungen mit „bezahlbaren" Mieten von 8,00 € bis 11,00 €/qm verbindlich machen. Das Angebot muss allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt gerecht werden.

Eine Verdichtung des innerstädtischen Wohnraums ist unverzichtbar. Dennoch muss die Lebensqualität in den Quartieren erhalten bleiben. Wir setzen deshalb beim

Wohnungsbau auf Qualität. Aufenthaltsflächen für die Menschen, Frei- und Grünflächen, Fuß- und Radwege gehören dazu. *> Stadtentwicklung und Mobilität*
Wenn die Stadt kommunale Grundstücke im Erbbaurecht vergibt oder verkauft, soll sie energieeffiziente Häuser mit regenerativer Energieversorgung verbindlich machen.

Lebensqualität erhalten

Zukunftsaufgabe: Wohnungsversorgung der Flüchtlinge
In den vergangenen Monaten ist eine große Zahl an Geflüchteten zu uns nach Darmstadt gekommen. Viele von ihnen werden bleiben. Sie brauchen Unterstützung und ein Dach über dem Kopf.

Wir wollen unsere Flächen- und Gebäudereserven in Darmstadt erfassen und prüfen lassen, welche zeitnah als zusätzlicher Wohnraum geeignet sind. Auch Bundes- und Landes-Immobilien sollen geprüft werden. Wir machen uns für eine kreative und unbürokratische Nutzung stark.

Bei den Darmstädter Bürgerinnen und Bürgern werden wir aktiv dafür werben, freie Wohnungen oder Zimmer zu vermieten. Die Hilfsbereitschaft der Darmstädterinnen und Darmstädter ist phantastisch. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, verlangen wir eine dauerhafte finanzielle Beteiligung des Bundes und des Landes Hessen sowie die Öffnung ihrer freien Immobilien. *> Die Herausforderung des Jahrzehnts*

Lincoln zeigt: Aus Modellen kann Normalität werden
Im Süden von Darmstadt auf dem ehemaligen amerikanischen Kasernen-Gelände der Lincoln Village entsteht ein neues Wohnquartier in dem alle Wohnformen Raum finden: generationenübergreifend, sozial gemischt und barrierearm.
Es wird Häuser für Wohngruppen, Geschosswohnungen und Eigentumswohnungen geben. Ein neues Mobilitätskonzept mit vielen Freiflächen, Fuß- und Radwegen wird ausprobiert. Ein GRÜNES Novum ist die Stellplatzeinschränkungssatzung mit Parkgaragen am Rande des Quartiers. Trotz der hohen Qualität, die dieses Quartier auszeichnet, achten wir darauf, dass bei der Grundstücksvergabe die Preise nicht in die Höhe getrieben werden.

Parkgaragen am Rande des Quartiers

Cambrai Fritsch Kaserne und Klinikgelände Eberstadt
Für die Schaffung von noch mehr Wohnraum in allen Preissegmenten nehmen wir die Cambrai Fritsch Kaserne in Bessungen und das Eberstädter Klinikgelände ins Visier. *> Stadtentwicklung und Mobilität*

„Soziale Stadt" Pallaswiesen-/Mornewegviertel
Innerhalb des Städtebauförderprogramms „Soziale Stadt" können im Pallaswiesen-/Mornewegviertel neue „Wohninseln" entstehen, indem Flächen mobilisiert und gewerbe- und wohnverträglich entwickelt werden. *> Soziales, > Kultur*

Inklusion
Inklusion soll beim Thema „Wohnen" noch stärker als bisher ins Blickfeld gerückt werden. Zusammen mit der Interessensvertretung für ältere Menschen wollen wir GRÜNE einen Maßnahmenkatalog erarbeiten, in dem festgeschrieben wird, was Wohnraum braucht, um für alte Menschen, mobilitätseingeschränkte Personen mit Rollstuhl oder Rollator sowie für (junge) Menschen mit Kinderwagen dauerhaft geeignet zu sein.
> Soziales, > Die GRÜNEN Alten

An der Stadt teilhaben und teilnehmen

Wir wollen nicht für die Bürgerinnen und Bürger, sondern gemeinsam mit ihnen unsere Stadt entwickeln und bewahren.

Deshalb gibt es seit 2014 in Darmstadt ein von uns GRÜNEN initiiertes Beteiligungskonzept für die wichtigsten Fragen der Stadtentwicklung. Dabei achten wir auf fairen Ausgleich zwischen denen, die schon in einem Quartier ansässig sind, und denen, für die neuer Wohnraum geschaffen werden soll. Die Bewohnerschaft steht für uns im Mittelpunkt. In schwierigen Fällen setzen wir auch weiterhin auf Sozialmanagement und die Kooperation mit der Neuen Wohnraumhilfe gGmbH.

Nach wie vor gilt: Gemeinsam sind wir stark!

Know-How bündeln und Synergien schaffen

Auch beim Thema „Wohnen" sind uns GRÜNEN Kooperation und Partizipation wichtig. Wir sind der Überzeugung, dass man durch Netzwerke Know-How bündeln und Synergien schaffen kann. In Darmstadt gibt es viele Akteurinnen und Akteure: unser städtisches Wohnungsunternehmen, Fachleute aus Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, die Verwaltung, die Verbraucherberatung, das Agenda Büro, die Bürgerschaft und vor allem die Wohn-Initiativen.
Ihr gesammeltes Erfahrungswissen wollen wir sichern. Beratung und Vermittlung für Interessierte bei der Verwirklichung innovativer Wohnprojekte soll angeboten werden. Dafür soll die Stadt eine Anlaufstelle finanziell unterstützen (z. B. die WIR-Agentur).

UMWELT

Für alle, die auch morgen noch saubere Luft atmen wollen. Für die, die wollen, dass Bäume und Wiesen zu einer lebenswerten Stadt gehören.

GRÜNE Konzepte für den Schutz des Lebensraums

Kernaufgabe städtischer Daseinsfürsorge

Für uns GRÜNE ist der Schutz unseres gesamten Lebensraums, der Umweltschutz ebenso wie der Natur- und Artenschutz, die Kernaufgabe städtischer Daseinsfürsorge. Umweltpolitik besitzt Querverbindungen in alle anderen Politikfelder, deshalb muss sie personell wie finanziell nachhaltig abgesichert sein und konzeptionell noch stärker verankert werden. Auch in wirtschaftlich und gesellschaftlich schwierigen Zeiten sind Umwelt-, Natur- und Artenschutz unverzichtbar, denn die Umweltsünden von heute sind die Kosten von morgen.
Unser Umwelt- und Naturschutzprogramm steht für ein ökologisches, zukunftsfähiges und vor allem lebenswertes Darmstadt und wird unserer Verantwortung gegenüber der Natur ebenso gerecht wie den nachfolgenden Generationen.

Gesamtkonzept für Naturschutz, Landschaftspflege und Naherholung

Mit dem Landschaftsplan der Wissenschaftsstadt Darmstadt steht seit 2004 ein Gesamtkonzept für Naturschutz, Landschaftspflege und Naherholung für das gesamte Stadtgebiet zur Verfügung. Benannt werden all diejenigen Räume, die aus Sicht des Naturschutzes vorrangig zu bewahren sind: So zum Beispiel wertvolle Naherholungsräume und Waldflächen, schützenswerte Biotope, aber auch Klimaschutzflächen und fruchtbare landwirtschaftliche Böden. Auch den Stadtraum selbst gilt es zu schützen. Die im Landschaftsplan festgelegten nachhaltigen Entwicklungsziele wollen wir GRÜNE Schritt für Schritt umsetzen.

Was wir schon erreicht haben:

Ein Gürtel aus Landschafts- und Naturschutzgebieten
Seit der Umstellung des Hofguts Oberfeld von konventioneller auf biologische Anbauweise ist Darmstadt von einem Gürtel aus Landschafts- und Naturschutzgebieten umgeben: Im Westen wurde für den Waldgürtel der Bannwald-Status beantragt, der August-Euler-Flugplatz und die südwestlichen Eberstädter Dünen sind Naturschutzgebiet. Die Eberstädter Streuobstwiesen mit der Kennzeichnung von „Important Bird Areas" genießen besonderen Schutz. Der gesamte Süd-Osten ist Landschaftsschutzgebiet.

Die Nordostumgehung wurde verhindert
Wir GRÜNE haben die Nordostumgehung gemeinsam mit unserem Koalitionspartner verhindert und die Herausnahme aus dem Raumordnungsplan, dem Flächennutzungsplan, dem Landschaftsplan und dem Bundesverkehrswegeplan beantragt.

Umweltfreundliche verkehrsmindere Maßnahmen umgesetzt
Wir haben uns für eine zügige Umsetzung der – auch vom Dialogforum Nordostumgehung – vorgeschlagenen umweltfreundlichen verkehrsmindernden Maßnahmen eingesetzt und ein Straßensanierungsprogramm aufgelegt, Machbarkeitsstudien und Vorlagen zum Ausbau des Straßenbahnnetzes eingebracht, Radverkehrsmaßnahmen eingeleitet, den Luftreinhalteplan erfüllt, den Ausbau von Car- und Bike-Sharing unterstützt sowie die Einrichtung von Tempo-30-Zonen und der Umweltzone für das gesamte Stadtgebiet realisiert.
Nicht zuletzt wurde ein Straßensanierungsprogramm über 20 Mio. Euro aufgelegt. Die Entwicklung eines Verkehrs- und Mobilitätskonzeptes im Rahmen des „Masterplans 2030" wurde vorangetrieben und dabei Bürgerbeteiligung ausdrücklich mit vorgesehen. *> Stadtentwicklung und Mobilität*

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Ämterübergreifende und quervernetzende Koordination des Umwelt- und Naturschutzes
Die Dringlichkeit der Umsetzung umweltrelevanter Themen erfordert in den kommenden Jahren verstärkte Anstrengungen. Damit die Ziele der Nachhaltigkeit, der Umweltpolitik und des Natur- und Artenschutzes noch konsequenter als bisher umgesetzt werden können, ist die Aufgabe einer fachkompetenten, ämterübergreifenden und quervernetzenden verantwortlichen Koordinierung des Umwelt- und Naturschutzes innerhalb des zuständigen Dezernats fest zu verankern.

1. STADTKLIMA, BODEN UND LUFT

Der Schutz der Menschen vor gesundheitsschädlichen Umweltbelastungen gehört zu den Kernaufgaben städtischer Daseinsvorsorge. Lärm, Feinstaub, Bodenbelastungen

und vor allem Stickoxide sind kritische Faktoren, die das Wohlbefinden und die Gesundheit der Menschen bedrohen. Die Bekämpfung dieser Gefahren muss höchste Priorität haben. Der Schutz vor Schadstoffen in unserer Umgebung ist die zentrale Aufgabe jeder Umweltpolitik. Industrie, Gewerbe, Haushalte und Verkehr dürfen den Menschen nicht krank machen.

Schutz vor Schadstoffen

Daher wollen wir die bestehenden Lärmaktionspläne und den Luftreinhalteplan der Stadt Darmstadt konsequent umsetzen und weiterentwickeln.

Fluglärm

Zur besseren Koordination unserer Strategien zur Vermeidung bzw. Minderung von Fluglärm haben wir GRÜNE uns dafür eingesetzt, dass in der Stadtverwaltung die Position eines Fluglärmbeauftragten geschaffen wurde, der die Interessen der Stadt in der Fluglärmkommission vertritt. Wir werden auch künftig im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger auf den Betreiber des Rhein-Main-Flughafens und auf die Landesregierung einwirken, um die Auswirkungen des Flugbetriebs im Norden unserer Stadt für unsere Bürgerschaft erträglicher zu machen bzw. so weit wie nur möglich zu vermeiden. Unser Ziel ist die Einführung von Lärmobergrenzen für den Flugverkehr und die lärmmäßige Optimierung der Flugroute über Darmstadts Norden.

Fluglärmbeauftragter

Einführung von Lärmobergrenzen

Der anhaltende Anstieg der Einwohnerzahlen und die damit verbundene Nachverdichtung stellt Darmstadt vor große Herausforderungen. *> Stadtentwicklung und Mobilität* Der Klimawandel ist bereits in vollem Gange und seine Auswirkungen zeigen sich weltweit in extremen Wettersituationen; beispielsweise in Form von Starkregen, in der Zunahme von Stürmen sowie in extremen Temperaturausschlägen. Auch die Wissenschaftsstadt Darmstadt ist hiervon nicht ausgenommen. Daher haben wir GRÜNE uns 2014 dafür eingesetzt, dass Haushaltsmittel bereitgestellt werden, um ein Klimagutachten für Darmstadt zu erstellen. Es wird uns erlauben, mit spezifischen Klimaanpassungsstrategien im Stadtgebiet bestmöglich auf negative Auswirkungen des Klimawandels zu reagieren und das Mikroklima unserer Stadt aktiv positiv zu beeinflussen, zum Beispiel durch Erweiterungen und Neuanlagen von Grünflächen, wo immer möglich. Diese Notwendigkeit soll auch im Hinblick auf den „Masterplan 2030" und die Bewerbung zur Landesgartenschau 2022 deutlich werden.

Klimagutachten für Darmstadt

Folgende Maßnahmen sind dazu geeignet:

1.1. Bäume in unserer Stadt

Bäume im Stadtgebiet sind ein wertvolles Gut, deshalb müssen sie geschützt werden. Daher ist es wichtig, die Ausrichtung des Grünflächenamtes so zu gestalten, dass unseren Stadtbäumen in Zukunft eine größere Wertschätzung zu Teil wird. Da eine Neupflanzung einen ausgewachsenen Baum nur bedingt ersetzen kann, dürfen Bäume auf öffentlichen Flächen nur unter Wahrung der Rechtsgültigkeit und Berücksichtigung sämtlicher möglicher Alternativen gefällt werden.

Wir GRÜNE

- haben die Kartierung des gesamten städtischen Baumbestandes erreicht und setzen uns für eine verbesserte Pflege der Stadtbäume und eine stärkere Kontrolle von beauftragten privaten Dienstleistern ein.
- halten für den Baumbestand auf privaten Flächen an der Darmstädter Baumschutzsatzung fest.
- wollen, dass für jeden gefällten Baum auf städtischen Flächen Ausgleichspflanzungen an gleichwertiger Stelle innerhalb des jeweiligen Stadtquartiers erfolgen.

Um einen qualitativen Ausgleich zu erreichen, sollen für jeden gefällten Baum zwei junge Bäume gepflanzt werden und zusätzlich z. B. bei Bauvorhaben eine Fassaden- und/oder Dachbegrünung vorgeschrieben werden. Eine Handlungsanweisung für Umbaumaßnahmen bei Straßen und Wegen soll künftig für weniger Baumverlust sorgen.

1.2. „Vertikale Stadtparks"

Darmstadt ist eine lebendige und pulsierende Stadt, die sich in einer baulichen Nachverdichtungsphase befindet. In diesem Zusammenhang ist die Erhaltung und Neuschaffung von Grünflächen, wo immer möglich, unabdingbar.

Dach- und Fassadenbegrünung

Dach- und Fassadenbegrünungen sind vor allem in sehr eng bebauten Stadtvierteln geeignete Möglichkeiten, um im Gebäudebestand die „grüne Lunge" zu stärken.
Eine umfassende Dach- und Fassadenbegrünung kann als „vertikaler Stadtpark" auf kleinster Grundfläche gesehen werden, der mit relativ geringen Kosten und einem hervorragenden Kosten/Nutzen-Verhältnis verbunden ist.
Langjährige wissenschaftliche Untersuchungen von Fassadenbegrünung belegen die positiven Auswirkungen: Verringerung von Schadstoffkonzentrationen in der Stadtluft (insbesondere von Feinstaub), Schalldämmung, Regenwasserrückhaltung und somit die Regulation von Temperatur und Luftfeuchtigkeit.
Einzelne exemplarische Vorhaben, wie die Begrünung der Citytunnelwand an der Hügelstraße, wurden in Darmstadt bereits umgesetzt und erfreuen sich großer Wertschätzung durch die Bürgerinnen und Bürger.

Wir GRÜNE

- setzen uns für die Auflage eines Dach- und Fassadenbegrünungsprogramms ein. Die Verwaltung der Stadt Darmstadt soll eine Vorreiter-Rolle einnehmen und prüfen, bei welchen stadteigenen Gebäuden im Bestand eine Dach- und Fassadenbegrünung möglich ist und diese realisieren. Desweiteren soll die Stadt Dach- und Fassadenbegrünung in der Planung von neu zu errichtenden Gebäuden berücksichtigen.

Private Haushalte und Gewerbe, deren Eigentümer bereit sind, ihre Fassade oder ihr Dach zu begrünen, sollen beraten und gefördert werden. Wir setzen uns dafür ein,

dass für Öffentlichkeitsarbeit und kostenlose Beratung ein „Fördertopf" eingerichtet wird, aus dem auch Mittel zur direkten finanziellen Unterstützung bereit gestellt werden können.
Das Dach- und Fassadenbegrünungsprogramm der Stadt Hannover ist ein gutes Beispiel dafür, wie eine solche Förderung aus Erlösen einer Umweltlotterie finanziert und die kostenfreie Beratung in Zusammenarbeit mit Naturschutzverbänden realisiert werden kann. Nicht zuletzt kann ein solches umfassendes Dach- und Fassadenbegrünungsprogramm einen wertvollen Beitrag zur Biodiversität in Darmstadt leisten.

Die Einhaltung der in den Bebauungsplänen vorgeschriebenen Ausgleichsmaßnahmen wird überwacht und evaluiert werden.

1.3. Freihaltung der Frischluftleitbahnen
Für die Versorgung unserer Stadt mit Frischluft sind nach dem Landschaftsplan der Wissenschaftsstadt Darmstadt fünf Leitbahnen von großer Wichtigkeit. Eine von diesen führt von Südosten über das Naherholungsgebiet Lichtwiese bis in die Innenstadt und sorgt so für die Abkühlung und Durchlüftung dicht bebauter Quartiere. Bei Planungen zum Ausbau des Campus TU Lichtwiese muss dies bedacht und der zugrunde liegende Bebauungsplan diesbezüglich geprüft werden. Wie bei jedem Bauvorhaben soll vor allem bei Gebieten in den Frischluftleitbahnen der Stadt die Prüfung von Alternativen, eine Minimierung der stadtklimatischen Beeinträchtigung und ein Ausgleich der Umweltauswirkungen vorgenommen werden.

1.4. Begrenzung der Bodenversiegelung
Bodenversiegelung durch Überbauung oder Abdeckung mit dichten Materialien (Asphalt, Beton, Pflaster) verbraucht die begrenzte Ressource Boden, vermindert die biologische Vielfalt sowie das Wasser- und Schadstoffrückhaltevermögen und erhöht die Hitzebelastung der Stadt.
Unvermeidbare Neuversiegelungen müssen künftig durch Entsiegelungen oder anderweitige Verbesserungen an anderer Stelle kompensiert werden. Als Mittel zu diesem Zweck kann die stadtteilspezifische, ambitionierte Festlegung von Biotopflächenfaktoren nach Berliner Vorbild dienen.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, die Bodenversiegelung in Darmstadt verbindlich zu begrenzen und die Netto-Neuversiegelung mittelfristig auf null zu bringen. Grundsätzlich wollen wir GRÜNE, wo immer es möglich ist, nicht benötigte versiegelte Straßenabschnitte und Plätze entsiegeln.

1.5. Synergien mit anderen Handlungsfeldern
Auch Maßnahmen anderer kommunalpolitischer Handlungsfelder können positive Auswirkungen auf das Klima der Stadt haben. Energieeinsparung und Fassadenbegrünung tragen beispielsweise zur Verbesserung der Luftqualität bei, Verkehrsberuhigung und die Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie des Fahrrad- und

Fußverkehrs führen zu Schadstoffreduktion und Lärmminderung. Eine naturnahe Gestaltung von städtischen Grünanlagen, die Neuanlage von Grünflächen, der Schutz unseres Stadtwaldes, die Einführung eines Biotopflächenfaktors aber auch Dach- und Fassadenbegrünungen tragen zur Erhöhung der biologischen Vielfalt in unserer Stadt bei. Unsere Ziele sind bessere Luft, weniger Lärm und mehr Biodiversität.

Was wir schon erreicht haben:

- Wir haben im Koalitionsvertrag eine durchgrünte Bebauung der Konversionsflächen im Bereich Lincoln-Siedlung beschlossen, die den vorhandenen Baumbestand und die Freiflächen mit Trockenrasen, wie er natürlich im Gebiet vorhanden ist, respektiert.
- Wir haben die Erneuerung und Modernisierung der wohnumfeldnahen Grünanlagen und des Straßenbegleitgrüns in Angriff genommen und durch Grünzüge wie den Carl-Schenk-Ring erweitert.
- Wir haben den Denkmalschutz mit Freiraumentwicklung verbunden, wie beispielsweise am Paulusplatz und in der Orangerie.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Wir GRÜNE wollen

- unsere Stadtbäume schützen und pflegen, Stadtbäume sind ein wertvolles Gut

Vertikale Stadtparks

- die Errichtung von „vertikalen Stadtparks", also Dach- und Fassadenbegrünung fördern und an städtischen Gebäuden Vorbildfunktion einnehmen
- neue wohnumfeldnahe Grünanlagen und Parks, wo immer möglich schaffen
- Ausgleichspflanzungen für gefällte Bäume vorschreiben und kontrollieren
- einen Bebauungsplan für die Lichtwiese aufstellen, der den Erfordernissen des Stadtklimas und der Erholungsnutzung Rechnung trägt
- den Luftreinhalteplan Schritt für Schritt umsetzen
- Lärmprobleme lösen. Hierfür wurden bereits mehrere Lärmaktionspläne beschlossen und umgesetzt, weitere sollen folgen.

LKW-Durchfahrverbot

- die Umweltzone in Darmstadt konsequent umsetzen und das LKW-Durchfahrverbot für die Innenstadt streng überwachen lassen
- Tempo 30 auch in der Innenstadt einführen und den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel, insbesondere weiterer Straßenbahnlinien fördern
- nach der bereits erfolgten Umstellung der Straßenbahnen auf Ökostrom und der Ausstattung aller in der Innenstadt verkehrenden HEAG-Busse mit Rußfiltern, den Einsatz von Elektrobussen erproben
- dass für Straßenbahnen, wo immer möglich „Rasengleise", also begrünte Gleise, bestenfalls sogenannte „Sedumgleise", eingerichtet werden
- den Ausbau von Radwegen mit Unterstützung des „Runden Tisches Radverkehr" vorantreiben *> Stadtentwicklung und Mobilität*

- den Bau von Fahrradparkhäusern in der Innenstadt prüfen und weitere Fahrradboxen zur Vermietung an Bahnhöfen, Haltestellen und Quartiersplätzen aufstellen *> Stadtentwicklung und Mobilität*
- Flächenrecycling durch verstärkte Umnutzung von brachliegenden Gewerbe- und militärischen Flächen auch weiterhin praktizieren

2. ENERGIEERZEUGUNG UND CO_2-EINSPARUNGEN

Wir GRÜNE lehnen Atomkraft grundsätzlich ab und haben uns – nicht erst seit den Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima – für die Abschaltung des Atomkraftwerks in Biblis und anderswo eingesetzt. Die wiederholten Erdstöße der letzten Zeit im Rhein-Main-Gebiet bestätigen unsere Bedenken gegen das AKW Biblis.

Wir wollen das integrierte Klimaschutzkonzept der Stadt von 2013 umsetzen und so den CO_2-Ausstoß gegenüber 1990 bis 2020 um mindestens 40 % reduzieren. Eine CO_2-neutrale Energieerzeugung innerhalb der nächsten Jahre sehen wir als realistisches Ziel für Darmstadt an. Neubauten sollen möglichst als Passivhäuser gebaut werden. GRÜNE Vision ist das Energie-Plus-Haus, ein Haus, das mehr Energie gewinnt als es verbraucht. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft bauverein AG soll diesbezüglich eine Vorreiter-Rolle einnehmen.

CO_2-Ausstoß um mindestens 40 % reduzieren

Energie-Plus-Haus

Wir setzen aber auch auf andere Vermieterinnen und Vermieter, denen mit dem ökologischen Mietspiegel Investitionen in Energiesparmaßnahmen ermöglicht werden. Um mehr Investitionen in Darmstadt zu erreichen, wollen wir die Vernetzung der zahlreichen unabhängigen Beratungsangebote entsprechender Institutionen in den Hochschulen, des Landes (Hessenenergie) und der Stadt (Agendabüro), des Instituts für Wohnen und Umwelt, des Öko-Instituts, des Passivhaus-Instituts und der Verbraucherberatung fördern. Die Darmstädter Sparkasse bietet hierzu neben der Vermittlung günstiger KfW-Kredite auch eigene attraktive Finanzierungs-Produkte an.

Was wir schon erreicht haben:

Wir GRÜNE haben den Eigenbetrieb für kommunale Aufgaben und Dienstleistungen (EAD) zu einem vorbildlichen Entsorgungs- und Verwertungsbetrieb umgebaut und bei der Umsiedlung auf das „Knell"-Gelände den Passiv-Haus-Standard bei den Bürogebäuden verwirklicht.

Passiv-Haus-Standard

Ein Solarpotenzial-Dachkataster wurde erstellt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Weiterhin wurde eine kostenlose Beratung durch die Verbraucherzentrale eingerichtet. Hierdurch können Hausbesitzerinnen und -besitzer das Potenzial ihrer Dachflächen einschätzen und dabei unterstützt werden, eine Solar- bzw. Fotovoltaikanlage an ihrem Haus zu installieren.

Die Nutzung von Ökostrom in allen städtischen Einrichtungen ist in Darmstadt längst eine Selbstverständlichkeit.

In Anlehnung an das Klimakonzept der Wissenschaftsstadt Darmstadt wollen wir nicht

Ökologischer Fußabdruck

nur die stadteigenen Gesellschaften, sondern alle Firmen in der Stadt dabei unterstützen, eine Klimabilanz zu erstellen, um daraus abgeleitet die Emissionen zu reduzieren und den ökologischen Fußabdruck anzupassen.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Wir GRÜNE wollen

- uns für den umgehenden und sicheren Rückbau des AKW Biblis und die ernsthafte, ergebnisoffene Suche nach einer Endlagerstätte einsetzen
- durch weitere Energiesparinvestitionen im öffentlichen Raum, durch Nutzung von Sonne, Wind und Geothermie eine Verringerung der CO_2-Emissionen erreichen
- weiterhin das städtische Personal durch entsprechende Schulungen zur Energieeinsparung befähigen und konsequent auf die Beschaffung von Produkten, Dienstleistungen und Gütern aus umweltfreundlicher und fairer Herstellung achten
- die ENTEGA weiterhin dabei unterstützen, hochwertigen und zertifizierten Ökostrom anzubieten und die eigene Produktion von elektrischer Energie aus regenerativen Quellen auszubauen
- dass neben der Weiterentwicklung der Fernwärmenetze die Stromerzeugung in Darmstadt aus Kraft-Wärme-Kopplung, Fotovoltaik und Blockheizkraftwerken weiter ausgebaut wird und hier auf die Beratung der Bürgerinnen und Bürger durch die Verbraucherzentrale setzen
- nach dem Vorbild der Stadt Tübingen, die Auflage eines Förder- und Finanzierungsprogramms zur Anschaffung energieeffizienter Heizungs-Wärmepumpen und Haushaltsgeräte
- im Gebäudebestand einen über die Energieeinsparverordnung (EnEV) hinausgehenden Standard anstreben
- uns für Stromtankstellen für Autos und Fahrräder einsetzen und dafür, dass mit Hilfe der ENTEGA weitere Bürgersolaranlagen errichtet werden
- dass alle Darmstädter Unternehmen ihre Emissionen reduzieren oder – wenn nicht reduzierbar – durch geeignete Maßnahmen, wie beispielsweise Wiederaufforstungsprojekte, kompensieren
- weitere Energiesparinvestitionen im öffentlichen Raum (Schulen, Kindergärten etc.) durch Nutzung von Sonne, Wind, Wasserkraft und Biomasse erreichen, sodass die Stadt Darmstadt nach dem Leitbild der CO_2-Neutralität maßgeblich zur Verringerung der CO_2-Emission beiträgt
- den CO_2-Ausstoß gegenüber 1990 bis 2020 um mindestens 40 % reduzieren. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde die Stromversorgung aller städtischen Gebäude bereits vollständig auf regenerative Energien umgestellt

3. SCHUTZ DER BIOLOGISCHEN VIELFALT IN DARMSTADT

Biologische Vielfalt bedeutet immer auch Lebensqualität für die Menschen

In Zeiten des rapiden Verlustes an Pflanzen- und Tierarten und der großflächigen Zerstörung von Lebensräumen durch den Menschen ist es unabdingbar, einen praktischen Beitrag zum Natur- und Artenschutz zu leisten, gerade auch auf kommunaler Ebene. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass der praktische Naturschutz in Darmstadt vorangetrieben wird. Als praktischen Naturschutz definieren wir alle Maßnahmen, die einen direkten positiven Einfluss auf unsere Umwelt und die darin lebenden Tiere und Pflanzen haben. Er dient der Erhaltung von Arten und Lebensräumen und damit der biologischen Vielfalt („Biodiversität") in unserer Stadt. Biologische Vielfalt bedeutet immer auch Lebensqualität für die Menschen.

Was wir schon erreicht haben:

25 Schritte zur biologischen Vielfalt in Darmstadt

Vom Naturschutzbeirat der Stadt Darmstadt wurde das Maßnahmenprogramm „25 Schritte zur biologischen Vielfalt in Darmstadt" entworfen und 2014 von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet. Dieses muss nun zügig und umfassend umgesetzt werden, hierzu wurde bereits ein Arbeitskreis gegründet.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Wir GRÜNE wollen

- die umfassende Durchsetzung des bereits beschlossenen Maßnahmenprogramms „25 Schritte zur biologischen Vielfalt in Darmstadt" in der kommenden Legislaturperiode erreichen
- Zur Umsetzung dieser Maßnahmen ist die Aufgabe einer fachkompetenten, ämterübergreifenden und quervernetzenden verantwortlichen Koordinierung des Umwelt- und Naturschutz innerhalb des zuständigen Dezernats fest zu verankern.

3.1. Städtische Grünflächen

Wildblumenwiese statt Einheitsrasen

Praktischer Natur- und Artenschutz kann sich in sehr vielen kleinen, aber wirksamen Aktionen zeigen, wie beispielsweise in der naturnahen Pflege von städtischen Grünanlagen – eine Wildblütenwiese an Stelle eines Einheitsrasens bedeutet lebendige Natur inmitten der Stadt.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Wir GRÜNE wollen

- die Artenvielfalt in Darmstadt stärken
- städtische Grünflächen sollen bewusst angelegt und gepflegt werden, um artenreiche Wildpflanzenwiesen aus regionalem Saatgut oder heimische Gehölze/Hecken zu ermöglichen. Auch Straßenbegleitgrün soll entsprechend angelegt und gepflegt werden.
- Insekten-Nistmöglichkeiten nahe dieser Wildpflanzenwiesen schaffen. Die Anbringung von Vogel- und Fledermausnistkästen in allen städtischen Grünanlagen und Wäldern soll folgen.

Eine weitere Maßnahme soll die schrittweise und kontinuierliche Umgestaltung städtischer Flächen wie Parkanlagen, Spielplätze, Schulhöfe und Außenanlagen von öffentlichen Gebäuden in naturnahe Bereiche mit hoher biologischer Vielfalt sein.
Ein wichtiges Anliegen ist die Stärkung des Naturschutzes bei der Bauleitplanung. Hier machen wir uns dafür stark, – über die gesetzlichen Mindestvorgaben hinaus – die biologische Vielfalt stärker zu berücksichtigen und Auflagen zu kontrollieren.
Nicht zuletzt hat eine Stadt wie Darmstadt, die Mitglied im Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt" werden möchte, eine große Verantwortung und Selbstverpflichtung. Sie kann Vorbildfunktion übernehmen und mit der Entwicklung der biologischen Vielfalt im Hinblick auf die Bewerbung zur Landesgartenschau 2022 einen neuen Schwerpunkt setzen.

3.2. Arten- und Biotopschutz

Um für Darmstadt typische, insbesondere aber gefährdete Arten und Lebensräume zu schützen, sollen gezielte Programme aufgestellt und durchgeführt werden. Dies können Hilfsprogramme für einzelne Arten sein, aber auch Programme für bestimmte Biotoptypen und Wildnisflächen auch in der Stadt. Darüber hinaus soll geprüft werden, in wie weit sich vorhandene Biotope zu Biotopverbünden zusammenschließen lassen.

Was wir schon erreicht haben:

- Wir haben bei dem bereits beschlossenen Ausbau und der energetischen Sanierung des Vivariums darauf geachtet, dass die Europäischen Zoorichtlinien eingehalten werden.
- und dass das Beschaffungswesen der Stadt wie bereits sichergestellt, die Belange des Tier- und Artenschutzes beachtet.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Wir GRÜNE wollen

- alle Maßnahmen, die der Erhaltung der Artenvielfalt dienen, unterstützen. So wurden bereits z. B. die Kartierung des Fledermausbestandes beschlossen und die Errichtung von Krötentunneln, Schutzzäunen sowie eines Amphibienteichs im Westwald durchgeführt.
- gefährdete Arten und Lebensräume schützen und Artenhilfsprogramme einführen

3.3. Nachhaltige Nutzung von städtischen Flächen

Auch auf den zur Produktion genutzten städtischen Flächen sollen die Kriterien der Nachhaltigkeit und Förderung der biologischen Vielfalt verstärkt berücksichtigt werden.

Naturland-Richtlinien zur ökologischen Waldnutzung

Der Ostwald ist einer der größten, geschlossenen Waldgürtel in Hessen. Er soll nach strengen Kriterien zertifiziert werden – möglichst nach den Naturland-Richtlinien zur ökologischen Waldnutzung – und somit eine Vorbildfunktion im Naturschutz übernehmen. Grundsätzlich sind Bäume die preiswerteste und ästhetischste Art, um die CO_2-Belastung zu verringern.

Wir GRÜNE haben den Erhalt des Hofgutes Oberfeld und die Umstellung der Bewirtschaftung auf ökologischen Anbau ermöglicht. Auch andere Landwirtschaftsbetriebe mit städtischen Ackerflächen wollen wir durch Erlass der Pachtgebühren während der Umstellungszeit unterstützen.

Wir GRÜNE werden uns auch weiterhin für die Beibehaltung einer gentechnikfreien Zone Darmstadt einsetzen und ökologischen Anbau weiter fördern, z. B. durch den bestehenden Pachterlass. Wir setzen uns auch im konventionellen Landbau für die Förderung von Ackerrandstreifen mit blühenden Ackerwildkräutern und die Schaffung von Lerchenfenstern zur Förderung der biologischen Vielfalt ein.

Wir sind stolz auf die bis zu 25 Jahre bestehenden Bauernmärkte in den verschiedenen Stadtteilen, die den Vertrieb regionaler Produkte auf kurzem Weg ermöglichen.

Urban Gardening Darmstadt

Das Urban Gardening Darmstadt ist mittlerweile fester Bestandteil unserer Stadt. Als Urban Gardening bezeichnet man Bürgerinitiativen, die eine gärtnerische, ernährungspolitische, ökonomische, soziale, künstlerische und stadtverändernde Gestaltung zum Ziel haben.

Wir GRÜNE befürworten und fördern die Urban-Gardening-Bewegung. Wir unterstützen die Initiative bei ihrer Suche nach geeigneten Standorten und bei ihrer Vernetzung mit anderen bürgerschaftlichen Initiativen.

Darüber hinaus ist es denkbar, dass die Bürgerinitiative Urban Gardening von der Stadt Darmstadt mit materiellen Hilfen (wie Erde, Baumaterial für Kübel, usw.) unterstützt wird.

3.4. Umweltbildung und Kooperation

Die Vereinten Nationen haben den Zeitraum 2011-2020 zur UN-Dekade „Biologische Vielfalt" ausgerufen. Ziel ist es, mehr Menschen als bisher für den Erhalt der biologischen Vielfalt zu sensibilisieren und damit das gesellschaftliche Bewusstsein für deren Wert und die Verantwortung für deren Schutz zu fördern. Besonders wichtig ist die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt in die Zielsetzungen und Umsetzungsmaßnahmen des Naturschutzes. Hierfür müssen sie umfassend informiert werden. Das Einbinden von Naturschutzverbänden, Initiativen, des botanischen Gartens sowie der Hochschule und der TU Darmstadt sowie weiterer Institutionen kann dabei helfen. Durch die Einbeziehung von Schulen soll auch Kindern und Jugendlichen praktischer Naturschutz über die bereits geleisteten Maßnahmen hinaus nahe gebracht werden. Hier wollen wir durch Aufklärung einen Bildungsbeitrag leisten. Auch Bürgerinnen und Bürger sowie Firmen der Stadt Darmstadt sollen sich an dieser Initiative zum praktischen Natur- und Artenschutz beteiligen können. Hier möchten wir werben und informieren. Denkbar und wünschenswert wäre die ehrenamtliche Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an den praktischen Maßnahmen der Stadt, bei der Grünpflege oder durch Baumpatenschaften.

Die Zusammenarbeit mit Naturschutzverbänden soll ausgebaut werden.

Umweltdiplom

Gerade das „Umweltdiplom" stellt ein gutes Beispiel gelungener Zusammenarbeit von Stadt, Institutionen und Verbänden dar und leistet einen wichtigen Beitrag zur Bewusstseinsbildung von Kindern und Jugendlichen. Wir wollen das Umweltdiplom beibehalten und stärker unterstützen. *> Bildung*

Das Gelände der ehemaligen Stadtgärtnerei in der Orangerie soll ein innerstädtischer Ort für Inklusion und Ökologie werden

Teile eines der vorliegenden Konzepte für die ehemalige Stadtgärtnerei in der Orangerie sind eine ökologisch ausgerichtete Gärtnerei, ein Naturerlebnis- und Lernort, der Betrieb des Pflegestützpunktes vom Grünflächenamt und eine Multifunktionsfläche für Kerb und Bauernmarkt. Weiterhin sind Büro-, Seminar- und Werkstatträume vorgesehen, die das innerstädtische Natur- und Umweltzentrum für Bürgerinnen und Bürger sowie Schulen und Vorschulgruppen bei der Bewusstseinsbildung im Sinne des kommunalen Maßnahmenprogramms „25 Schritte zur biologischen Vielfalt in Darmstadt" unterstützen. Weitere Gruppen, insbesondere auch zur Umweltbewusstseinsbildung bei neuen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, sind willkommen. Wir wollen das

Konzept unterstützen und mögliche Fördermittel in der UN-Dekade „Biologische Vielfalt“ nutzen. *> Stadtentwicklung und Mobilität*

3.5. Umsetzungs- und Erfolgskontrolle

Umsetzungs- und Erfolgskontrollen sind für jedes Maßnahmenprogramm entscheidend. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, nicht nur einzelne Aktionen durchzuführen, sondern die biologische Vielfalt in Darmstadt nachhaltig zu sichern und zu fördern. Deswegen soll ein Indikatorensystem für den Naturschutz entwickelt werden. Ziel ist es, dass Darmstadt am Ende der nächsten Wahlperiode messbare Erfolge in dieser Hinsicht aufzeigen kann.

Indikatoren-system für den Naturschutz

Praktischen Natur- und Artenschutz wird es sicherlich nicht zum Nulltarif geben, aber er ist unermesslich wertvoll.
Diese Überzeugung muss sich auch in einer ausreichenden Finanzierung von Umsetzung, Erhalt und Weiterentwicklung des Maßnahmenprogramms niederschlagen.
Daher ist es zwingend notwendig, in der kommenden Legislaturperiode ein festes Budget in sechsstelliger Höhe pro Jahr im Haushalt für die Umsetzung des praktischen Natur- und Artenschutzes einzustellen.
Ebenso wichtig wie diese Sachmittel ist die Personalausstattung. Die Koordination der Umsetzung des Maßnahmenprogramms soll im Umweltamt angesiedelt werden. Hier muss es eine feste Finanzierung für Personalkosten geben.

- Die Stelle einer Biologin/eines Biologen bzw. einer vergleichbaren naturwissenschaftlichen Ausbildung beim Umweltamt muss erhalten bleiben und auch im Hinblick auf den praktischer Naturschutz kompetent besetzt sein.
- Für die umfassende Umsetzung dieses Maßnahmenprogramms, ist die Aufgabe einer fachkompetenten, ämterübergreifenden und quervernetzenden verantwortlichen Koordinierung des Umwelt- und Naturschutzes innerhalb des zuständigen Dezernats fest zu verankern.

Gleichzeitig ist es aber auch wichtig, in den anderen städtischen Ämtern (insbesondere Grünflächen- und Stadtplanungsamt) für ausreichende Personalkapazitäten im Hinblick auf die Umsetzung des Maßnahmenprogramms zu sorgen. Auch im Hinblick auf die Bewerbung zur Landesgartenschau 2022 ist es zwingend erforderlich, die personelle Ausstattung dieser Ämter zu überprüfen.

Wir Grüne setzen uns dafür ein, die Förderung der biologischen Vielfalt zu einem zentralen Thema der Stadtpolitik zu machen, das sich wie ein GRÜNER Faden durch die politischen und administrativen Entscheidungen zieht.

Wir regen daher an, dass grundsätzlich alle Entscheidungen im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die biologische Vielfalt geprüft werden. Sollte eine Maßnahme sich negativ auswirken, soll dies an anderer Stelle mindestens ausgeglichen werden.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Wir GRÜNE wollen

- den praktischen Natur- und Artenschutz stärken und uns als Stadt daran beteiligen
- dass der Ausbau und die ökologische Pflege von Grünanlagen als Daseinsfürsorge der Stadt begriffen wird
- eine ausreichende Finanzierung des Umwelt- u. Grünflächenamtes
- Umsetzungs- und Erfolgskontrollen für das Maßnahmenprogramms „25 Schritte zur biologischen Vielfalt in Darmstadt"
- uns dem „Bündnis Kommunen für biologische Vielfalt" anschließen
- haben ein Fütterungsverbot von Wildvögeln eingeführt und unterstützen und begleiten die Errichtung von Taubenschlägen, um Stadttaubenpopulation überwachen zu können
- achten vor allem bei städtischen Arbeiten auf umweltfreundliche Wirtschaftsweise

4. WASSER

Was wir schon erreicht haben:

- Mit der Wiederaufforstung des Westwaldes aus Mitteln der Entschädigungszahlungen wurde begonnen.
- Wir befinden uns im Prozess einer abschnittsweisen Renaturierung und teilweisen Offenlegung des Darmbachs, aktuell im Bereich von Grünanlagen und Parks.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Herrngartenteich mit Darmbachwasser speisen

Aufspiegelung des Grundwassers

Wir GRÜNE wollen

- Durch die Herausnahme des Darmbachs aus der Kläranlage sind jährliche Einsparungen in Höhe von bis zu 3 Mio. Euro möglich, die den städtischen Haushalt entlasten sollen. So soll der Herrngartenteich langfristig mit Darmbachwasser gespeist und wertvolles Trinkwasser eingespart werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass alle Verursacher der Grundwasserabsenkung eine angemessene Entschädigung für die Waldschäden im Westwald entrichten, auch um die Aufspiegelung des Grundwassers weiter voranzutreiben
- Wir setzen uns für die Einhaltung der städtischen Abwassersatzung und die Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie ein, die das Einleiten von

Fremdwasser in die Kläranlage untersagt und Verbesserungen unserer Bäche und Seen für Fische und andere Lebewesen vorsieht.
- Wir wollen erreichen, dass auch das Wasser des Meiereibachs – nach einer Verbesserung der Wasserqualität durch naturverträgliche Maßnahmen wie das Anlegen von Schilfbeeten – wieder dem Woog zu Gute kommt und ein Trockenfallen des Darmbachs in heißen Sommern verhindert wird.

5. BEWERBUNG ZUR LANDESGARTENSCHAU 2022

Wir setzen uns dafür ein, dass die Bewerbung der Stadt Darmstadt für die Landesgartenschau 2022 und ihre Durchführung ein Gewinn für alle Bürgerinnen und Bürger wird.

Andernacher Modell der essbaren Stadt

Wir GRÜNE unterstützen die Stadt dabei, das sogenannte „Andernacher Modell der essbaren Stadt" während der Umsetzungsphase zum Vorbild zu nehmen. Dies bedeutet, dass öffentliche Parks und Grünanlagen, die für die Landesgartenschau genutzt werden, in Teilen mit Gemüse und Kräutern bepflanzt werden und die Bürgerinnen und Bürger an der Pflege dieser Nutzpflanzen sowie an der Ernte beteiligt sind. Die Aktion „Essbare Stadt" soll die Wertschätzung für gesunde und regionale Lebensmittel stärken, der Prinz-Georg-Garten ist herfür ein gutes, 200 Jahre altes Beispiel. *> Stadtentwicklung und Mobilität*

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Wir GRÜNE
- setzen neue nachhaltige Schwerpunkte für die biologische Vielfalt und für das Erlebnis „Essbare Stadt".
- schaffen schon im Vorfeld der Landesgartenschau eine ökologisch und inklusiv orientierte Nutzung der Fläche der ehemaligen Stadtgärtnerei in der Orangerie für die Umweltbildung (Grünes Klassenzimmer), das Naturerleben und Gärtnern in der Stadt in Kooperation mit BUND und Mission Leben – Jugend und Behindertenhilfe gGmbH Behinderteneinrichtung Aumühle.
- unterstützen die Bewerbung der Wissenschaftsstadt Darmstadt für die Landesgartenschau 2022 unter Setzung eines neuen Schwerpunktes der Biodiversität und Nachhaltigkeit.
- werben für einen Verbund von Institutionen aus Forschung, Bildung und Naturschutz, um ihre Erfahrung und ihr Wissen gemeinsam für die Erhaltung der biologischen Vielfalt einzusetzen und das öffentliche Bewusstsein für ihre Bedeutung zu stärken.
- werden zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern, Verbänden und Institutionen erlebbare Lehrpfade entwickeln, beispielsweise zu Themen wie „Energie" und „Naturräumliche Besonderheiten unserer heimischen Tiere und Pflanzen".

SOZIALES

Für alle, die teilhaben wollen.

GRÜNE Konzepte für ein gerechtes Darmstadt

Sozialpolitik als Basis für Teilhabegerechtigkeit

Sozialpolitik wird in Darmstadt seit Jahren GRÜN gestaltet und weiterentwickelt. Wir wollen die gute und innovative Sozialpolitik der letzten Jahre fortsetzen.
Verlässliche – mit den freien Trägern abgestimmte und gemeinsam konzipierte – Sozialpolitik ist die Basis für Teilhabegerechtigkeit.
Beteiligung verschiedenster Bevölkerungsgruppen an der sozialpolitischen Entwicklung unserer Stadt ist GRÜNES Grundprinzip und wird seit vielen Jahren – nicht nur in den Soziale-Stadt-Gebieten – in Kooperation mit funktionierender Gemeinwesenarbeit praktiziert.

Prävention – Partizipation – Sozialraumorientierung sind Leitlinien für emanzipatorische Sozialpolitik und wirken vorbeugend und kleinräumig.

Integration und Inklusion sind aufeinander abgestimmte Prozesse, die wir in Darmstadt vorantreiben. Wir verfolgen das Ziel, soziale Inklusion in Darmstadt zu verwirklichen, damit jeder Mensch in seiner Individualität von der Gesellschaft akzeptiert wird und die Möglichkeit hat, in vollem Umfang an ihr teilzuhaben. Inklusion im umfassenden Sinne bildet die Grundlage für Chancengerechtigkeit und sozialen Frieden in Darmstadt.

Exklusionseffekte erkennen und vermeiden

Um Darmstadt zu einer inklusiven Stadt weiterzuentwickeln, werden wir weiterhin kontinuierlich Exklusionseffekte – also Formen sozialer Ausgrenzung – analysieren und gegensteuern. Es gilt, immer einen Schritt vor der Problemlage zu sein.

1. INKLUSIVES DARMSTADT
TEILHABECHANCEN VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNG STÄRKEN

Inklusion ist für uns ein Querschnittsthema, das im Kommunalwahlprogramm an verschiedenen Stellen beschrieben ist und zu entsprechenden Handlungsschritten führt.

Seite 45

Die Schlüsselbegriffe der UN-Behindertenrechtskonvention – Würde, Inklusion, Teilhabe, Selbstbestimmung, Mitwirkungsmöglichkeit, Chancengleichheit und Barrierefreiheit – sind für uns Leitlinien in der Arbeit gemeinsam mit Verbänden, Vereinen und Menschen mit Behinderung.

Inklusion in allen gesellschaftlichen Bereichen

Unsere Politik setzt in allen gesellschaftlichen Bereichen auf Inklusion. Beteiligung ist in diesem Kontext von besonderer Bedeutung.
Unter Beteiligung der „Projektgruppe zur Stärkung der Teilhabe für Menschen mit Behinderung" werden die unterschiedlichsten Bereiche gesellschaftlichen Lebens auf inklusive Strukturen untersucht und verbessert.

Was wir schon erreicht haben:

Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
Entsprechend den in der UN-Behindertenrechtskonvention aufgezählten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens arbeitet die Stadt an der Erstellung und Umsetzung eines umfassenden kommunalen Aktionsplans zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung in unserer Stadt.
Der Aktionsplan beschreibt bereits entwickelte Projekte und Maßnahmen der Stadtverwaltung unter Beteiligung und in Kooperation verschiedenster Träger und Vereine. Er ist ein systematischer und kontinuierlich zu erweiternder Katalog zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung.

Inklusives Martinsviertel – ein Erfolgsprojekt
Das Projekt „Inklusives Martinsviertel" hat in hervorragender Weise verdeutlicht, wie im Zusammenwirken von Bürgerinnen und Bürgern, Trägern und Vereinen aus dem Quartier, der Verwaltung und Politik das Thema „Inklusion" praxisnah und zielgerichtet in das Bewusstsein der Bevölkerung gebracht werden kann und konkrete Projekte zur Umsetzung kommen können.

Eine Koordinationsstelle für inklusive Projekte wurde eingerichtet
In der Stadtverwaltung wurde eine Koordinationsstelle für inklusive Projekte eingerichtet, die die Umsetzung von inklusiven Projekten verbindlich organisiert. In Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeauftragten für Mobilität und bauliche Maßnahmen, dem Club der Behinderten und ihrer Freunde (CBF), konnten bereits gute Erfolge erzielt werden.

Leichte Sprache

Mit dem Leseclub im Eigenbetrieb Darmstädter Werkstätten und Wohneinrichtungen wurde die Grundlage für das Verständnis für „Leichte Sprache" gelegt. Wir wollen, dass alle Menschen verstehen, was in der Stadt passiert.

Inklusion muss im Arbeitsleben ankommen
Die Stadtverwaltung Darmstadt geht bei der Umsetzung von Inklusion im Arbeitsleben vorbildhaft voran. Die gesetzlich festgelegte Quote zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderung wurde überschritten. Gleichzeitig wurden verschiedene inklusive Be-

schäftigungsmodelle mit dem Eigenbetrieb Darmstädter Werkstätten und Wohneinrichtungen umgesetzt. In jedem Dezernat wurde zusätzlich eine Stelle für „unterstützte/begleitete Beschäftigung" für Menschen mit Behinderung eingerichtet.

Inklusive Beschäftigungsmodelle

Inklusion von Anfang an: Kindertagestätten und Schulen
Eine Veränderung des Betreuungs- und Bildungssystems in Richtung Inklusion ist ein wesentlicher Schritt zu einer Gesellschaft, in der tatsächlich alle einbezogen sind und teilhaben. Für die Verwirklichung der Inklusion von Menschen mit Behinderung spielen Kindertagesstätten und Schulen eine entscheidende Rolle.
Durch die Rahmenbedingungen in den Darmstädter Kindertagesstätten kann inklusive Arbeit gewährleistet und umgesetzt werden.
Das Thema „Inklusive Schule" ist im Aktionsplan durch Artikel 14 enthalten.
Inklusiver Unterricht braucht qualitativ hohe Standards. Kooperative Projekte zwischen Jugendhilfe und staatlichem Schulamt werden die Lernbedingungen für die Kinder verbessern.
Eine vom Staatlichen Schulamt für die Stadt Darmstadt und den Landkreis Darmstadt-Dieburg sowie dem städtischen Schulamt begleitete Arbeitsgruppe widmet sich inklusivem Lernen in den Darmstädter Schulen. Eine Kooperation mit der Jugendhilfe ist im Aufbau.

In der Mühltalschule/Ludwig-Schwamb-Schule ist es exemplarisch gelungen, das Thema „Inklusive Schule" auch baulich umzusetzen. Ebenso wird es in der Lincoln-Siedlung eine inklusive, gebundene Ganztagsschule geben.

Selbstbestimmtes Wohnen ist wichtiger Bestandteil von Inklusion
Dezentrales Wohnen in Wohngruppen oder in eigenem Wohnraum für Menschen mit Behinderung ist für selbstbestimmtes inklusives Leben zentral. Mit der Dezentralisierung der städtischen Kurt-Jahn-Anlage zeigt die Stadt Wege für inklusives Wohnen auf.
Mit der Verdreifachung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus geht auch die Ausweitung von barrierefreiem Wohnraum im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus einher. *> Wohnen*

Dezentralisierung der Kurt-Jahn-Anlage

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Inklusion – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe
Inklusion ist ein dauerhaftes Ziel, an dem die gesamte Stadtgesellschaft arbeite. Wir GRÜNE werden dieses Ziel weiter voranbringen und intensiv begleiten und unseren Beitrag – auch im Rahmen der Umsetzung des Aktionsplans – leisten.

Umsetzung des kommunalen Aktionsplans
Die Umsetzung des kommunalen Aktionsplans der UN-Behindertenrechtskonvention wird in den kommenden Jahren die Messlatte für Inklusion in Darmstadt sein.
Wir setzen uns dafür ein, dass dieser Plan weiterentwickelt und die Teilhabemöglich-

keiten ausgebaut werden. Die Zusammenarbeit mit Vereinen, Verbänden und Menschen mit Behinderung soll intensiviert und koordiniert werden.
Der Aktionsplan ist kontinuierlich zu evaluieren – die Entwicklungen sollen der Bevölkerung und der Politik vorgestellt und regelmäßig diskutiert werden. Die Maßnahmen sind mit adäquaten finanziellen Mitteln zu hinterlegen.

Inklusion als Querschnittsaufgabe
Inklusion wird in allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens in Darmstadt Querschnittsaufgabe sein. Erfahrungen aus so innovativen Projekten wie dem „Inklusiven Martinsviertel" fließen in die Arbeit in anderen Stadtteilen ein.

Selbsthilfe und Selbstorganisation stärken
Selbsthilfe und Selbstorganisation von Menschen mit Behinderung soll gestärkt und unterstützt werden. Wir wollen mit Hilfe des Aktionsplans und der Projektgruppen die Beteiligung von Menschen mit Behinderung stärken und ausbauen, Teilhabe gewährleisten und gemäß den aktuellen Anforderungen weiterentwickeln.

Inklusive Wohnmöglichkeiten
Den Prozess der Selbstbestimmung und Autonomie bei gleichzeitig bestmöglicher Unterstützung und, falls nötig, Betreuung von Menschen mit Behinderung wollen wir vorantreiben. Dabei kommt es auch auf ausreichende inklusive Wohnmöglichkeiten an. Deshalb ist Inklusion bei der Stadtentwicklung und in der Wohnungsbaupolitik auch künftig von zentraler Bedeutung. *> Wohnen*

Koordinationsstelle für inklusive Projekte ausweiten
Um hauptamtliche Begleitung und Koordination der Projekte leisten zu können, wollen wir die Koordinationsstelle für inklusive Projekte ausweiten und mit anderen Planungs- und Projektebenen im Sinne einer funktionierenden Querschnittsarbeit verzahnen und stärken.

Inklusion als Schwerpunktthema im regionalen Bildungsbeirat

Inklusive Bildungsstrukturen kommen allen Menschen zugute

Die dezernatsübergreifende Zusammenarbeit zur inklusiven Bildung/inklusiven Schule wollen wir weiterhin stärken. Im regionalen Bildungsbeirat soll Inklusion als Schwerpunktthema aufgegriffen werden. Inklusive Bildungsstrukturen sind nicht nur aus rechtlichen Gründen umzusetzen, sondern kommen allen Menschen in Bildungsprozessen zugute. Wir regen an, dass die Eingliederungshilfe systemisch in den Schulklassen platziert wird.
Zur Stärkung inklusiver Angebote in der schulischen und außerschulischen Bildungs-, sowie in der Kinder- und Jugendarbeit soll die Kooperation von Jugendhilfe und Schule intensiviert werden.

Im kommunalen Aktionsplan müssen in den kommenden Jahren alle relevanten Themenbereiche aufgegriffen, diskutiert, bewertet, priorisiert und umgesetzt werden.

Unsere wichtigsten Ziele für die Zukunft:

- Die Umsetzung des kommunalen Aktionsplans der UN-Behindertenrechtskonvention wird in den kommenden Jahren die Messlatte für Inklusion in Darmstadt sein.
- Inklusion wird in allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens in Darmstadt Querschnittsaufgabe sein.
- Selbsthilfe und Selbstorganisation von Menschen mit Behinderungen soll gestärkt und unterstützt werden.
- Um selbstbestimmtes Wohnen zu ermöglichen, ist Inklusion bei der Stadtentwicklung und in der Wohnungsbaupolitik auch künftig von zentraler Bedeutung.
- Im regionalen Bildungsbeirat soll Inklusion als Schwerpunktthema aufgegriffen werden.

2. SELBST BESTIMMT ÄLTER WERDEN IN DARMSTADT

Darmstadt wächst – und mit der Stadt vergrößert sich auch die Anzahl der älteren Mitbürgerinnen und -bürger. Die Lebensentwürfe und Lebenssituationen der älteren Menschen sind sehr unterschiedlich und benötigen eine differenzierte Betrachtung. Politik mit und für Seniorinnen und Senioren ist ein Schwerpunkt in der Sozialpolitik. Die Bandbreite reicht von aktiver Teilhabe älterer Menschen an den Entwicklungen und Entscheidungen der Altenhilfe bis zur existenzsichernden Unterstützung durch Transferleistungen oder auch die Verhinderung von sozialer Isolation im Alter. ***> Die GRÜNEN Alten***

Was wir schon erreicht haben:

Altenhilfe- und Pflegebedarfsplan

Der durch die städtische Altenhilfeplanung erstellte Altenhilfe- und Pflegebedarfsplan analysiert detailliert die Anforderungen an eine passgenaue Bedarfsplanung. Die Altenhilfeplanung wird in Kooperation mit der Fachkonferenz Altenhilfe und unter Beteiligung interessierter Seniorinnen und Senioren durchgeführt.
Sie nimmt die Entwicklungen und Ergebnisse der „Runden Tische" „Gepflegt leben im Stadtteil – gut umsorgt in ..." in die Bedarfsanalysen auf. Die „Runden Tische" werden gut angenommen und sukzessive auf alle Stadtteile ausgeweitet. Dabei steht die Hilfe zur Selbsthilfe im Vordergrund, Nachbarschaftshilfen wurden bereits etabliert.

Durch die hervorragende Kooperation innerhalb der Fachkonferenz „Altenhilfe", die als Zusammenschluss von allen an der Altenhilfe beteiligten Institutionen regelmäßig tagt, können altenhilfepolitische Themen zeitnah und zielgerichtet aufgegriffen und bearbeitet werden. Themen, die nicht kommunal steuerbar sind, aber auf die Kom-

mune wirken, wie zum Beispiel gesetzliche Regelungen in der Pflegeversicherung, werden an die entsprechenden Ebenen weitergeleitet.

Darmstadt ist in der ambulanten und stationären Pflege ausgewogen und gut aufgestellt. Durch die Erhaltung einer stationären Pflegeeinrichtung in Eberstadt ist die Bedarfslage auch gut organisiert.

Teilhabe gewährleisten

Immer mehr ältere Menschen in Darmstadt können ihren Lebensunterhalt nicht von der eigenen Rente bestreiten und beziehen Grundsicherung (oder andere Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern wie „Hilfe zur Pflege", „Hilfe zur Gesundheit" usw.).
Da diese Leistungen am Existenzminimum orientiert sind, ist es notwendig, flankierende Unterstützung zur Teilhabe zu gewährleisten.
Mit der Umwandlung der Seniorencard in die Teilhabecard für Ältere sind die sozialen und kulturellen Angebote für einkommensschwache Seniorinnen und Senioren stark ausgebaut worden.

Interessenvertretung für ältere Menschen

Ältere Menschen als Expertinnen und Experten in eigener Sache

Grundsatz unserer politischen Arbeit ist es, ältere Menschen als Expertinnen und Experten in eigener Sache in die Entwicklung und Gestaltung der SeniorInnenpolitik einzubeziehen.
In vielen Beteiligungsprojekten wurde bereits deutlich, dass die Erfahrungen von älteren Menschen unverzichtbar und sehr wertvoll sind, zum Beispiel wenn es um die spezifischen Belange in den jeweiligen Stadtteilen geht. Die Einrichtung der „Runden Tische" vor Ort zeigt bereits jetzt gute Erfolge. Neben der wichtigen Sozialraumorientierung gilt es, den Blick auf die gesamte Altenhilfepolitik in der Stadt zu lenken.
Es ist uns gelungen, in einem ausführlichen Beteiligungsprozess und in Dialog-Runden, eine Interessenvertretung für ältere Menschen in Darmstadt zu etablieren.
Durch Briefwahl wurden 18 Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Parteien, Vereine, Verbände und Initiativen in die Vollversammlung der Interessenvertretung gewählt. Diese hat ihre Arbeit im November 2015 aufgenommen. Sie wird sich verschiedenster Themen annehmen und Vorschläge für Maßnahmen entwickeln.
Unterstützt wird die Interessenvertretung, die einem Beirat nach § 8 c der Hessischen Gemeindeordnung gleichkommt, durch die Verwaltung und das Sozialdezernat.
Wichtig an dieser Stelle ist, dass durch das Delegationsprinzip sichergestellt wird, dass auch die Interessen benachteiligter Personengruppen einfließen und wahrgenommen werden.
Die GRÜNEN Alten haben einen gewählten Sitz in der Interessenvertretung und werden die Arbeit aktiv mitgestalten. ***> Die GRÜNEN Alten***

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Stärkung der Interessenvertretung für ältere Menschen
Die Arbeit der Interessenvertretung für ältere Menschen muss begleitet, unterstützt und gestärkt werden. In der Praxis wird die Wirksamkeit dieses Gremiums vor allem davon abhängen, welche Möglichkeit der Einflussnahme tatsächlich gegeben ist. Beteiligung ist von daher in diesem Bereich von besonderer Bedeutung. Dabei wollen wir für Diskussionsprozesse zur Verfügung stehen und ansprechbar sein für die Belange älterer Menschen in unserer Stadt – sei es in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung oder durch regelmäßige Gesprächsforen mit den gewählten und delegierten Mitgliedern der Interessenvertretung.

Generationenübergreifendes Wohnen
Wir unterstützen weiterhin sozialraumorientierte Partizipationsprojekte, die Seniorinnen und Senioren befähigen, Bedarfe zu benennen und selbst aktiv zu werden.
Neben sozialen und kulturellen Angeboten, die als präventive Maßnahmen gegen Vereinsamung und Isolation wirken, müssen ebenfalls soziale Unterstützungsangebote und pflegerische Versorgung analysiert und ausgebaut werden. Altersgerechtes, generationenübergreifendes Wohnen wird in den nächsten Jahrzehnten eine immer größere Nachfrage erfahren. Dies wird auch für die Wohnungsbaugesellschaften eine wichtige Aufgabe sein, insbesondere die Frage, wie eine barrierefreie/barrierearme Wohnraumanpassung mit kreativen Konzepten und Finanzierungsmodellen gelingen kann.
Bei städtebaulichen Entwicklungen müssen auch künftig, ähnlich wie in der Lincoln-Siedlung, generationenübergreifende Anforderungen an gemeinschaftliches Wohnen und Leben einfließen. ***> Wohnen***

Gemeinschaftliches Wohnen

Pflege braucht Wahlfreiheit
Mit der Einrichtung des Pflegestützpunktes und des Fachdienstes „Pflege" in der Verwaltung hat Darmstadt bereits einen wichtigen Schritt zu einer bedarfsgerechten Beratung rund um das Thema „Pflege" getan. Der Pflegestützpunkt feierte 2015 sein fünfjähriges Jubiläum und ist als Fach- und Beratungsstelle höchst anerkannt. Wir wollen die Angebote des Pflegestützpunktes vermehrt in die Stadtteile tragen und sozialraumorientiert ausrichten.
Wir unterstützen die Wahlfreiheit von älteren Menschen hinsichtlich der Frage, ob sie in stationären Einrichtungen oder ambulant pflegerisch betreut werden möchten. Deshalb brauchen wir eine umfassende Infrastruktur.
Um die Leitlinie der Darmstädter Altenhilfeplanung, „so lange wie möglich – so selbstständig wie möglich", zu realisieren, brauchen wir unterschiedliche Ansätze in der ambulanten pflegerischen Versorgung. Dies reicht von Tagespflege über Demenz-Wohngemeinschaften bis hin zu betreuten Wohnangeboten oder integrierten Pflege- und Unterstützungsangeboten in Wohnanlagen. Beratungsangebote, wie sie das Demenzforum anbietet, werden wir stärken.

„So lange wie möglich – so selbstständig wie möglich"

Projekte wie Hiergeblieben e.V. zeigen, dass eine gute Infrastruktur für Ältere insbesondere auch durch ehrenamtliches Engagement unterstützt werden kann. Dieses und ähnliche Projekte wollen wir nachhaltig fördern.

Erreichbare Infrastruktur für Seniorinnen und Senioren kommt allen zugute!
Gute Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr, erreichbare Einkaufsmöglichkeiten und kulturelle Angebote spielen für ältere Menschen eine besondere Rolle. Hier gilt es, Stadt- und Verkehrsentwicklung altersgerecht auszurichten. Das städtische Seniorenprogramm und Initiativen von freien Trägern bieten älteren Menschen gute Beteiligungsmöglichkeiten. Diese müssen erhalten und bedarfsgerecht angepasst werden.

Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe
Politik für und mit Seniorinnen und Senioren muss auch die Belange von Migrantinnen und Migranten aufgreifen. Gemeinsam mit MigrantInnenselbstorganisationen und Facheinrichtungen werden wir an der interkulturellen Öffnung der Altenhilfe weiter arbeiten und dabei Begegnung, Kommunikation und Miteinander fördern, wobei insbesondere eine kultursensible Altenpflege zu entwickeln ist.

Kultursensible Altenpflege

Eine Koordinationsstelle für die interkulturelle Öffnung der Altenhilfe – etwa über das WIR-Programm des Landes – halten wir GRÜNE für sinnvoll.

Unsere wichtigsten Ziele für die Zukunft:
- Die Arbeit der Interessenvertretung für ältere Menschen muss begleitet, unterstützt und gestärkt werden.
- Wir unterstützen weiterhin sozialraumorientierte Partizipationsprojekte, die Seniorinnen und Senioren befähigen, Bedarfe zu benennen und selbst aktiv zu werden.
- Wir unterstützen die Wahlfreiheit von älteren Menschen hinsichtlich der Frage, ob sie in stationären Einrichtungen oder ambulant pflegerisch betreut werden möchten. Deshalb brauchen wir eine umfassende Infrastruktur und verschiedene Modelle.
- Die Stadt- und Verkehrsentwicklung ist altersgerecht auszurichten.
- Gemeinsam mit MigrantInnenselbstorganisationen und Facheinrichtungen werden wir an der interkulturellen Öffnung der Altenhilfe weiterarbeiten.

3. GESUNDHEIT, BERATUNG, UNTERSTÜTZUNG – WENN MENSCHEN HILFE BRAUCHEN

Gesundheit ist das höchste menschliche Gut. Gesundheitliche Versorgung im Rahmen kommunaler Daseinsvorsorge ist für uns GRÜNE von besonderer Bedeutung und bestimmt unser Handeln in allen gesundheitspolitischen Themenbereichen. Der Zugang zu Gesundheitsvorsorge, Behandlung und präventiven Angeboten ist existentiell und muss für alle Menschen möglich sein, sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich. Daran arbeiten wir auch weiterhin mit guten und bedarfsorientierten politischen Konzepten.

Was wir schon erreicht haben:

Klinikum Darmstadt GmbH – Stärkung des Gesundheitsstandortes Darmstadt

Verlässliches Gesundheitssystem

Damit bei gesundheitlichen Einschränkungen und Krankheiten ein umfassendes und verlässliches Gesundheitssystem gewährleistet ist, haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Klinikum Darmstadt GmbH als Krankenhaus der Maximalversorgung gestärkt und fachlich ausgeweitet wird. Bis 2020 werden ca. 160 Mio. Euro für den zentralen Neubau investiert und damit das medizinische Leistungsangebot für zukünftige Herausforderungen tauglich gemacht. Mit dem Kauf des Marienhospitals und des St. Rochus Krankenhauses hat die Stadt den Gesundheitsstandort Darmstadt gefestigt und für eine effektive Kooperation dieser drei zuvor konkurrierenden Krankenhäuser gesorgt.

Hohe Qualität der medizinischen und pflegerischen Versorgung

Mit diesen Maßnahmen und weiteren Kooperationsüberlegungen gelingt es dem Klinikum Darmstadt, eine hohe Qualität der medizinischen und pflegerischen Versorgung vorzuhalten.

Der Markt im Gesundheitssektor wird auch durch private Anbieter und Fachkliniken bestimmt, wo Renditeerwartungen häufig die einzige Entscheidungsgrundlage darstellen. Eine solche ausschließlich kapitalorientierte Ausrichtung geht aber weitgehend am Bedarf der Bevölkerung vorbei.

Mit dem politischen Verständnis, Gesundheitsangebote als einen wichtigen Beitrag für das gesellschaftliche Miteinander zu definieren und den politischen Einfluss darauf zu erhalten, stehen wir GRÜNE für die kommunale Trägerschaft des Klinikums.

Während andere Kommunen ihre Krankenhäuser verkaufen müssen, hat Darmstadt den Standort gestärkt. Es ist ein starker Arbeitgeber entstanden und die über 2.500 Arbeitsplätze sind nachhaltig gesichert.

Psychische Gesundheit

Mit der Psychiatrie-Enquette gab es im Gesundheitssystem in Deutschland und auch in Darmstadt einen Paradigmenwechsel in der Versorgung psychisch kranker Menschen.

Gemeindepsychiatrie, Tagesstätten, Werkstätten, Beratungsangebote, Beschäftigungsprojekte, integrierte Versorgung, sozialpsychiatrische Dienste, betreutes Wohnen und viele Angebote mehr haben zum Ziel, Menschen mit psychischer Erkrankung zu unterstützen und zu begleiten.

Der psychosoziale Beirat ist eines der Vernetzungsgremien zur Evaluation von Angebot und Nachfrage.

Betriebliche Gesundheitsvorsorge

Gesundheit im Arbeitsleben spielt eine immer größere Rolle. Verschiedene Statistiken der Krankenkassen zeigen, dass Fehltage aufgrund von Krankheiten zunehmen. Mit einem betrieblichen Gesundheitsmanagement setzt die Stadtverwaltung als Arbeitgeberin deshalb Projekte um, die Gesundheit und Wohlbefinden der Beschäftigten stärken sollen, so zum Beispiel Gesundheitstage, Sozialberatung, gesundheitsorientierte Fortbildungen, Präventionsuntersuchungen und Massage.

Das Gesundheitsmanagement ist verknüpft mit Maßnahmen des Arbeitsschutzes. So wurde beispielsweise in städtischen Kindertagesstätten eine Befragung der Beschäftigten zur Arbeitssituation durchgeführt. Die Ergebnisse führen zu umfangreichen Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsplätze; das Kindertagesstätten-Sanierungsprogramm setzt an diesem Punkt an.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Inklusive Gesundheitsversorgung
Wir wollen alle Angebote der Gesundheitsversorgung inklusiv gestalten. Mit der Bewerbung als Modellregion „Inklusive Gesundheitsversorgung" wollen wir Teilhabe im Gesundheitssystem gewährleisten.

Psychosoziale Versorgung weiterentwickeln
Die psychosoziale Versorgung von Menschen in Darmstadt muss weiterentwickelt werden. Im Rahmen der „Darmstädter Tage der seelischen Gesundheit" wurde mehrfach auf die angespannte Situation in der ambulanten psychiatrischen und nervenärztlichen Versorgung hingewiesen. Hier werden wir uns weiter auf landes- und bundespolitischer Ebene für die Menschen in Darmstadt einsetzen.

Gemeindepsychiatrische Zentren

Wohnortnahe Angebote in der Gemeindepsychiatrie – also gemeindepsychiatrische Zentren – werden von uns gestärkt und unterstützt.

Psychosoziale Beratungsstelle für und von Migrantinnen und Migranten
Bei der psychosozialen Versorgung wollen wir einen spezifischen Blick auf Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund legen. Die Einrichtung einer psychosozialen Beratungsstelle für und von Migrantinnen und Migranten wollen wir auf den Weg bringen.

Palliativ- und Hospizdienste
Palliativ- und Hospizdienste leisten einen unschätzbaren Beitrag bei der Unterstützung und Begleitung schwerkranker und sterbender Menschen. Bis zuletzt in einer guten und schmerzfreien Atmosphäre zu leben, ist das Bestreben. Insbesondere die ehrenamtlich Aktiven in der Hospizarbeit haben höchsten Respekt verdient. Die Arbeit der Palliativ- und Hospizdienste wollen wir auch weiterhin unterstützen und fördern.

Geburtshilfe
In der Geburtshilfe wollen wir die Vielfalt der Entbindungsmöglichkeiten erhalten. In einem „Runden Tisch" sollen die Rahmenbedingungen für die Arbeit freier Hebammen in Darmstadt erörtert werden.

4. DARMSTADT – SOZIALE STADT – STADT DER TEILHABE

Darmstadt ist eine wirtschaftlich prosperierende Großstadt mit einem stabilen

Arbeitsmarkt – insbesondere für gut- und hochqualifizierte Beschäftigte. Gleichzeitig wohnen in Darmstadt immer mehr Menschen, die teilweise – trotz Vollzeiterwerbstätigkeit – auf SGB II oder XII-Leistungen angewiesen sind. (Hartz IV oder Sozialhilfe). Jedes fünfte Kind in Darmstadt lebt in einer Familie mit Leistungstransfer und ist damit von Armut betroffen oder bedroht. Die entscheidende Herausforderung für die Darmstädter Sozialpolitik wird es auch künftig sein, Armut und soziale Ausgrenzung zu verhindern und die Menschen, die bereits davon betroffen sind, in die Mitte der Gesellschaft zurückzuholen.
Diese Aufgabe leistet das Sozialdezernat in sehr guter Kooperation mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege, den Vereinen, Verbänden und Initiativen. Die soziale Infrastruktur ist gut ausgebaut und finanziell gesichert.

Was wir schon erreicht haben:

Sozialpolitik braucht Kontinuität und Wandel zugleich
Durch die sich verändernde Gesellschaft muss Sozialpolitik flexibel und schnell auf Anforderungen der Bevölkerung reagieren können. Sozialpolitik ist keine Solitärpolitik, sondern baut auf die enge Verknüpfung mit Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik. Um Maßnahmen strategisch und gezielt planen und umsetzen zu können, haben wir dazu beigetragen, dass die Sozial-, Jugendhilfe- und Altenhilfeplanung der Wissenschaftsstadt Darmstadt gestärkt und personell ausgebaut werden.

Für alle Zielgruppen wird Teilhabe gesichert

Teilhabecard

Mit der Einführung der Teilhabecard wurde ein umfassendes Angebote für Menschen mit geringem Einkommen etabliert. Von der kostenlosen Nutzung Darmstädter Schwimmbäder, kostenlosem Musikunterricht an der Akademie für Tonkunst bis hin zu Ermäßigungen beim Eintritt zu kulturellen Einrichtungen bietet die Teilhabecard eine Fülle von sozialen, sportlichen und kulturellen Teilhabemöglichkeiten. Die Teilhabecard garantiert einen selbstbestimmten Zugang zu den Angeboten, der nicht an zufällig vorhandene „Restkarten" gebunden ist. Dieses Vorzeigemodell, in den auch das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder und Jugendliche einfließt, wird sehr gut angenommen.

„Soziale Stadt" nachhaltig sichern – Gemeinwesen stärken
Die Erfahrungen aus den Soziale-Stadt-Projekten haben gezeigt, dass die Beteiligung der Bevölkerung der Schlüssel zum Erfolg für die Entwicklung der Quartiere ist. Gemeinwesenarbeit setzt auf emanzipatorische, stärkende Sozialarbeit in den Quartieren und damit auf Selbstbestimmung und Politisierung insbesondere von benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Im Kern geht es darum, dass sich Menschen für ihre Bedarfe und Lebensbedingungen selbst einsetzen, sich am politischen Geschehen beteiligen und damit erkennen, dass Beteiligung wirkungsvoll sein kann.
Gerade in benachteiligten oder von Benachteiligung bedrohten Quartieren ist Ge-

meinwesenarbeit das zentrale Instrument gegen Armut und soziale Ausgrenzung.

Es ist uns GRÜNEN gelungen, nach Beendigung des Programms „Soziale Stadt" im Stadtteil Eberstadt-Süd die Arbeit der Stadtteilwerkstatt nachhaltig zu sichern. Auch für Kranichstein werden finanzielle Mittel (nach Auslaufen des Programms) zur nachhaltigen Fortführung der Stadtteilwerkstatt zur Verfügung stehen.

Auf der Basis der kommunalen Sozialberichterstattung werden Sozialräume sozio-ökonomisch erfasst und Maßnahmen entwickelt. Eine Konsequenz ist die Bewerbung um die Aufnahme des Pallaswiesen-/Mornewegviertels in das Soziale-Stadt-Programm. Die Aufnahme wurde bereits bewilligt. Die notwendigen finanziellen Mittel (Drittelfinanzierung Bund/Land/Kommune) sind im Haushalt bereitgestellt.

Pallaswiesen-/ Mornewegviertel

Wohnraum und Existenz sichern

Der Ausbau präventiver Angebote und eine Krisenunterstützung, beispielsweise in der städtischen Schuldnerberatung, sind von großer Bedeutung im Hilfesystem für besonders benachteiligte Menschen. Durch das hessische Sozialbudget konnten hier weitere finanzielle Mittel zur Schaffung einer Stelle eingesetzt werden.

Durch die Verschränkung der Arbeit der Schuldnerberatungs- und Wohnungssicherungsstelle konnten nachweisliche Synergien hergestellt werden. Eine starke kommunale Wohnungssicherungsstelle vermeidet Obdachlosigkeit.

Obdachlosigkeit vermeiden

In einem Ehrenamt-Projekt wurde unter professioneller Anleitung ein umfassendes Angebot zur vorbereitenden Schuldnerberatung etabliert. Dieses ersetzt die hauptamtliche Struktur nicht, sondern unterstützt über ehrenamtliches Engagement die Hilfesuchenden zusätzlich.

Mit der Übertragung der städtischen Wohnungen an die bauverein AG wurde eine Sozialcharta verabschiedet, die der Stadt die weiteren Belegungsrechte für diese Wohnungen besonders für von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen sichert. Die Rechte der Mieterinnen und Mieter wurden umfassend gestärkt.

Im Rahmen der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes wurde die Energieversorgung für einkommensschwache Haushalte in einem Teilprojekt aufgegriffen. Dabei konnten u. a. Vereinbarungen zwischen der ENTEGA AG und den Beratungsstellen zur Sicherung der Stromlieferung für überschuldete Haushalte besser abgestimmt werden.
> Wohnen

Versorgung in der Wohnungslosenhilfe

Mit der Umsetzung des zielgruppenspezifisch orientierten Konzeptes zur Wohnungslosenhilfe in der Wissenschaftsstadt Darmstadt wurde eine gute Grundlage für die Versorgung obdachloser Menschen geschaffen. In enger Zusammenarbeit von Verwaltung und freien Trägern werden die Menschen adäquat untergebracht und ihren Potenzialen entsprechend gefördert.

Für besondere Zielgruppen unter den Wohnungslosen wurden Projekte eingerichtet, etwa ein Angebot für ältere Wohnungslose und eine Clearingstelle zum Thema „Sucht und Drogenhilfe" als fachliche Unterstützung für die in der Obdachlosenhilfe tätigen

Beschäftigten. Das Projekt für psychisch kranke Wohnungslose greift und wird weiterhin gefördert.

Zielgruppenspezifische Maßnahmen
Zielgruppenspezifische Maßnahmen, wie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Aufbau von Ausstiegshilfen für Prostituierte im Mornewegviertel, sind nach einem Projektstatus in die Regelfinanzierung überführt und dadurch abgesichert worden.

Sucht- und Drogenhilfe
In der Fortschreibung des Sucht- und Drogenhilfekonzeptes der Wissenschaftsstadt Darmstadt legen wir einen Schwerpunkt auf die konzeptionelle Ausgestaltung der Drogenberatung zu einem Suchthilfezentrum, das den veränderten, erweiterten Problemlagen Rechnung trägt.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Teilhabecard ausbauen und weiterentwickeln
Zur Teilhabe gehört auch Mobilität. Dazu sollen verschiedene Förder- und Zuschussmöglichkeiten geprüft und gesucht werden.

Sicherung von Beteiligung und Entwicklung in den Quartieren durch Gemeinwesenarbeit
Gemeinwesenarbeit als Strategie gegen Armut und soziale Ausgrenzung werden wir ausweiten und auch in neuen Quartieren etablieren. Bei der Entwicklung der Lincoln-Siedlung, im Hinblick auf besondere integrationspolitische Herausforderungen durch Migration und aufgrund sozio-ökonomischer Veränderungen in der Stadtgesellschaft, kommt der Gemeinwesenarbeit eine zentrale, vernetzende, intervenierende Rolle zu. Als direkte Sozialarbeit begleitet und stärkt sie gleichzeitig vor Ort die Menschen.
Hilfe zur Selbsthilfe und Aktivierung von freiwilligem Engagement werden durch Gemeinwesenarbeit gestärkt. Wir setzen uns auch weiterhin für eine finanzielle Unterstützung dieser nachhaltigen und präventiven Projekte ein.

Finanzielle Absicherung der Träger
Dass Sozialpolitik im subsidiären System auch die finanzielle Absicherung der Träger und Vereine gewährleisten muss, versteht sich für uns von selbst. Daher haben wir darauf geachtet, dass im Rahmen der Haushaltsberatungen und der Einführung des Schutzschirmes die Mittel für die soziale Infrastruktur nicht gekürzt werden.
Vielmehr wollen wir auch weiterhin an entsprechend identifizierten Stellen die Finanzmittel ausweiten und damit die sozialen Einrichtungen stärken.

Sucht- und Drogenhilfe
In der GRÜNEN Drogenpolitik gilt die Prämisse, dass der Konsum legaler und illegaler

System aus Prävention, Beratung/ Therapie und niedrigschwelligen Hilfen

Drogen differenziert betrachtet werden muss: nach Ursachen und Wirkungen, Alters- und Zielgruppen, risikoarmem und riskantem Konsum und der Hilfsbedürftigkeit der/des Einzelnen. Entsprechend wollen wir deshalb in der Drogenpolitik auf ein abgestimmtes und differenziertes System aus Prävention, Beratung/Therapie und niedrigschwelligen Hilfen setzen, zu denen die Repression in einer vernünftigen Balance stehen muss. Die Grenzen zwischen legalen und illegalen Drogen verschwimmen immer mehr und für Konsumierende spielt es oft keine Rolle, ob eine Substanz legal oder illegal ist. Deshalb geht auch die traditionelle suchtpolitische Gliederung nach Substanzen an der gesellschaftlichen Realität vorbei. Entsprechend stehen wir für eine integrative Drogenpolitik, die alle psychoaktiven Substanzen berücksichtigt und auf dieser Grundlage in sich stimmige Strategien entwickelt.

Cannabis ist die meistkonsumierte illegale Droge, die starre Restriktionspolitik ihr gegenüber ist gescheitert. Cannabis hat oft den Reiz des Verbotenen, der aus reiner Neugierde zu Konsum führt. Ebenso ist der Kontakt mit Dealern, die meist auch „harte" Drogen verkaufen, ein Risiko. Der Erwerb auf dem Schwarzmarkt führt zu einer Kriminalisierung. Unsere Gesellschaft braucht einen reflektierten Umgang mit Cannabis, der eine medizinische Nutzung für kranke Menschen erlaubt und ermöglicht und die Abgabe von Cannabis als Genussmittel für Erwachsene reguliert.

Wir GRÜNE wollen mutig mit kommunalen Projekten vorangehen und rechtliche und gesundheitspolitische Räume im Hinblick auf die kontrollierte und regulierte Cannabis-Freigabe ausloten**.**

Die Qualität der auf dem Schwarzmarkt angebotenen illegalen (und legalen) Substanzen ist hochproblematisch. Ihr Konsum ist aus unterschiedlichen Gründen mit hohen Risiken behaftet. Beimengungen und unterschiedliche Wirkstoffkonzentrationen beinhalten für die Drogenkonsumentinnen und -konsumenten unkalkulierbare Gesundheitsrisiken, die sich aufgrund des zunehmenden Mischkonsums potenzieren können. Zum Schutz wollen wir das vom Land Hessen derzeit entwickelte Projekt für ein „Drug Checking" auch in Darmstadt umsetzen.

Wir setzten uns für ein „Drug Checking Angebot" in Darmstadt ein.

Angebote für Süchtige von privaten und karitativen Einrichtungen, wie das „Scentral" am Herrngarten, soll die Stadt fördern und durch städtische Angebote beispielsweise im Bereich von Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und tagesstrukturierenden Maßnahmen ergänzen.

Sozial- und Gesundheitszentrum am Standort „Scentral"

An der Idee eines Sozial- und Gesundheitszentrums am jetzigen Standort des „Scentrals" halten wir fest. Damit soll eine Verbesserung der Angebote für drogenabhängige Menschen mit präventiven und passgenauen Beratungsangeboten einhergehen und der heruntergekommene Eingangsbereich des Herrngartens aufgewertet werden. Durch die Umgestaltung des Willy-Brandt-Platzes in der Verlängerung der Bismarckstraße wird es hier ohnehin zu baulichen Maßnahmen kommen.

Der bedarfsgerechte Ausbau der Sucht- und Drogenhilfe mit dem Suchthilfezentrum ist Teil des drogenpolitischen Konzeptes der Stadt, das kontinuierlich weiterentwickelt wird.

Herausforderungen stellen sich uns auch im Bereich der nicht stoffgebundenen Süchte wie Glücksspiel, Mediennutzung und Computerspiel. Mit Prävention und Frühintervention sollen vor allem jene erreicht werden, deren Konsumverhalten öffentlich unauffällig stattfindet, aber dennoch riskant ist.
Wir setzen uns dafür ein, dass Mittel aus der Spielapparatesteuer auch weiterhin für Präventions- und Beratungsarbeit in der Sucht- und Drogenhilfe eingesetzt werden. Auch erweiterte Angebote etwa gegen Internet- oder Spielsucht sollen damit unterstützt werden.
Die Stärkung der Selbsthilfe ist ein wichtiger Faktor, den wir fördern wollen.

5. FAMILIENPOLITIK – MIT UND FÜR FAMILIEN IN DARMSTADT

Familienpolitik ist zentraler Kern einer umfassenden Sozialpolitik. Familienbilder ändern sich ständig. Heute ist Familienleben vielfältiger denn je. Es findet in den unterschiedlichsten Konstellationen statt – dazu gehören gleichgeschlechtliche Partnerschaften/Ehen, Patchworkfamilien, Mehrgenerationenhaushalte, Wohngemeinschaften, binationale Familien, Alleinerziehende, Mutter-Vater-Kind-Beziehungen, Eltern mit Pflege- oder Adoptionskindern und vieles mehr. An der breiten Palette unterschiedlicher Lebensentwürfe müssen sich die Angebote für Familien in unserer Stadt orientieren.

Kindgerechte Verhältnisse

Alle Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf kindgerechte Verhältnisse: Freiräume zum Toben und sich Treffen, gesunde Ernährung, gute Bildung, bestmögliche Förderung und gleiche Chancen. Um Kindern ein gutes Leben zu bieten, brauchen Eltern gute familienfreundliche Wohnverhältnisse, flexible Arbeitszeiten, ein breites Angebot an Teilzeitstellen, eine flächendeckende Kinderbetreuung – für alle Altersstufen –, hochwertige Beratungs-, Unterstützungs- und Bildungsangebote sowie eine vielfältige Kulturlandschaft.
Familienpolitik muss sich den wachsenden Herausforderungen des demografischen Wandels stellen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege, das Miteinander von Jung und Alt sowie intergenerative Konzepte in allen Bereichen des gemeinsamen Lebens in unserer Stadt müssen dabei Berücksichtigung finden.

Was wir schon erreicht haben:

5.1. Kinderbetreuung – Quantität und Qualität sind gleichermaßen gefragt

Kinderbetreuung im Sinne der Eltern und Kinder
Seite 59

Für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und eine gute Förderung der Kleinen ist Kinderbetreuung zwingend notwendig. Wir GRÜNE in Darmstadt haben die Anliegen der Darmstädter Eltern 2011 ernst genommen und handeln seither im Bereich der Kinderbetreuung im Sinne der Eltern und Kinder.

Qualität und Quantität – also nicht nur Masse, sondern auch Klasse – sind die Leitlinien der Darmstädter Kinderbetreuung.

Vom Protest der Eltern zur Bedarfsdeckung für die Familien
Ausbauoffensive

Mit dem 5-Mio.-Euro Sofortprogramm für den Ausbau der U3- und Ü3-Betreuung hat unsere Koalition aus Bündnis 90/DIE GRÜNEN und CDU 2011 auf die enormen Defizite in der Kinderbetreuung reagiert und einen ersten wichtigen Akzent gesetzt. Seither konnten über 1.000 Kinderbetreuungsplätze für Unter-Dreijährige und Kindergartenkinder geschaffen werden. Dieser enorme Ausbau fand bundesweit Beachtung und sorgt nun für eine sehr entspannte und vielfältige Kinderbetreuungslandschaft.

Entspannte und vielfältige Kinderbetreuungslandschaft

Die aktuellen Versorgungsquoten liegen im U3-Bereich bei 44,3 %, im Kindergarten-Segment bei 101,2 %. Der Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ist in jedem Fall gewährleistet.

Das Ausbauprogramm ist nahezu abgeschlossen. Einige neue Projekte werden derzeit realisiert, mit dem Ziel, weitere ca. 430 Betreuungsplätze zu sichern. Damit werden die angestrebten Versorgungsquoten von 106 % im Kindergarten und ca. 50 % in der U3-Betreuung erreicht.

Die Betreuungsinfrastruktur wurde in Kooperation mit freien Trägern aber auch in städtischer Trägerschaft entwickelt. Mit mehreren Neubauten wurden beispielsweise in Eberstadt, Wixhausen, Arheilgen, Kranichstein oder in Darmstadt-Mitte baulich, inhaltlich und konzeptionell hervorragende Angebote erstellt.

Als gute und anerkannte Betreuungsmöglichkeit mit einem Anteil an 30 % im U3-Bereich gehört die Tagespflege ebenfalls in das Ausbauprogramm. Durch die Änderung der Tageseltern-Satzung wurden die Angebote der Tagespflege an die Rahmenbedingungen in städtischen Kitas angepasst. Damit sind sie für Eltern nochmals attraktiver geworden. Mit dem Qualifizierungsprogramm für Tagespflegepersonen werden die Qualitätsstandards in der Tagesspflege kontinuierlich erweitert.

Qualitätsoffensive

Mit dem „Darmstädter Standard" in der Kinderbetreuung hat die Stadt die im Hessischen Kinderförderungsgesetz festgelegten Rahmenbedingungen qualitativ überschritten. Auch darüber hinaus wurden weitergehende Standards gesetzt.

Aufstockung der Betriebskostenzuschüsse

Mit der Aufstockung der Betriebskostenzuschüsse auf eine 100 %-Förderung für alle Träger – also auch für die kleinen freien Träger, die bislang mit 75 % der Förderung auskommen mussten – wurde die Kinderbetreuung auf breiter Basis abgesichert.

Mit der Qualitätsoffensive konnten die Förderungsmöglichkeiten für die Kinder sowie die Arbeitsbedingungen für die Erzieherinnen und Erzieher verbessert werden.

Die Gruppengrößen in den Einrichtungen liegen unterhalb des hessenweiten Kifög-Standards, das bedeutet: es ist mehr Zeit für die Kinder vorhanden und eine bessere Zuwendung für die Kleinen möglich! Zudem wurden durch die Qualitätsoffensive Fachberatungsstellen geschaffen, Fortbildungsmittel erhöht, Weichen für die Nachwuchsförderung gestellt und vieles mehr.

Sanierungsoffensive
Mit dem 14 Mio. Euro umfassenden Kita-Sanierungsprogramm werden sowohl die räumlichen Bedingungen für die Betreuung der Kinder als auch die Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen und Erzieher verbessert. Das Programm beschreibt die Sanierungsschritte der nächsten Jahre und gibt damit einen transparenten Überblick über die anstehenden Sanierungsmaßnahmen in städtischen Kindertagesstätten und Kitas in städtischen Liegenschaften.

Niedrige Elternbeiträge trotz enorm gestiegener Kosten

Elternbeiträge nicht explizit erhöht

Die Elternbeiträge für die Betreuung in den Darmstädter Kindertagesstätten wurden trotz der Aufstockung der jährlichen Betriebskostenzuschüsse um 30 Mio. auf nun über 60 Mio. Euro nicht explizit erhöht.
Während rings um Darmstadt die Entgelte für Kinderbetreuung stark angestiegen sind, wollen wir die Belastung der Eltern auf dem bisherigen geringen Niveau halten!
Durch die 100%-Finanzierung der freien Träger wird sich auch hier perspektivisch die Anpassung an das einheitlich niedrige Elternentgelt entwickeln.

Kindertagesstätten-Datenbank – Anmeldung aus einem Guss
Mit der online-Anmeldemöglichkeit für Kinderbetreuungsplätze wurde eine übersichtliche und informative Datenbank geschaffen, die den Eltern einen guten Überblick über die Betreuungslandschaft bietet und die Anmeldung vereinfacht. Ziel ist es, Doppelanmeldungen zu vermeiden und damit die Platzvergabe für die Träger zu erleichtern. Auch für die Stadt ergeben sich Vorteile: Sie kann im Rahmen der Jugendhilfeplanung die Anzahl der freien zur Verfügung stehenden Plätze leichter erfassen. Die Datenbank wird gut angenommen und sehr intensiv genutzt.

Schulkindbetreuung

Betreuende Grundschule ausgeweitet

Die Zahl junger Familien in Darmstadt steigt konstant, deshalb muss die Grundschulkindbetreuung weiter ausgebaut werden. In den letzten Jahren wurde bereits die Betreuung am Ort der Schule enorm ausgeweitet.
Die Verzahnung mit Ganztagsschulprogrammen und dem „Pakt für den Nachmittag" unterstützen wir ausdrücklich. Die Kooperation von Jugendhilfe und Schule wird in diesem Zusammenhang gestärkt. Die Einbindung von Vereinen in den Ganztag an der Schule ist bereits im Gange. Auch in diesem Bereich steht die Qualität der Betreuung im Mittelpunkt.
Mit der aktuellen Ausbauoffensive werden die räumlichen Rahmenbedingungen an den Schulen für Schulkindbetreuung verbessert.
Kooperationsprojekte wie das Kinder- und Jugendzentrum im Martinsviertel, das sich aktuell im Bau befindet, sind zukunftsweisende Modelle, um Kindern und Jugendlichen unter einem Dach Raum und Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten. Dabei werden auch Betreuungsplätze in Kooperation mit der Schillerschule entstehen.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Wir werden den bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung weiterhin über den Versorgungsbericht „Kinderbetreuung" im Blick behalten und bei weiterem Anstieg der Bevölkerung dafür sorgen, dass die Anzahl der Betreuungsplätze entsprechend zeitnah durch neue Projekte angepasst wird.

Kinderbetreuung ist frühe Bildung

So wie schulische Bildung beitragsfrei ist, muss auch die vorschulische Kinderbetreuung beitragsfrei gestaltet sein. Wir GRÜNE verstehen dies als gesellschaftlichen Auftrag, der sich aus den Kinderrechten ableitet. Für die Umsetzung dieser Idee suchen wir auf Landesebene Bündnispartnerinnen und -partner.

Frühe Sprachförderung

Im Hinblick auf die Internationalität Darmstadts halten wir es für wichtig, auch künftig den Fokus auf frühe Sprachförderung zu legen. Wir unterstützen daher die Bewerbungsinitiativen für Sprachförderprojekte und setzen uns für eine Co-Finanzierung ein.

Betreuung für Schulkinder

Die Betreuung für Schulkinder wollen wir weiterhin ausbauen und mit den bestehenden Angeboten an den Schulen wie „Familienfreundliche Schule" oder „Pakt für den Nachmittag" verzahnen. Das Ausbauprogramm soll mit dem Schulbausanierungsprogramm verknüpft werden, damit künftig bei Neu- und Sanierungsmaßnahmen die Schulkindbetreuung baulich adäquat eingebunden ist.

Die Kooperation schulischer Angebote mit der kommunalen Kinder- und Jugendarbeit wollen wir intensivieren. So wollen wir beispielsweise die Initiative „Darmstädter Aktive Ferien" sozialraumorientiert ausbauen und mit den Ferienprogrammen der Betreuenden Grundschulen verbinden. Im Programm der Ferienspiele sollen inklusive Angebote noch stärker ausgebaut und weiterhin gesondert ausgewiesen werden.

Unsere wichtigsten Ziele für die Zukunft:

Pakt für den Nachmittag

- Die Betreuung für Schulkinder wollen wir weiterhin ausbauen und mit den bestehenden Angeboten an den Schulen wie „Familienfreundliche Schule" oder „Pakt für den Nachmittag" verzahnen.
- So wie schulische Bildung beitragsfrei ist, muss auch die vorschulische Kinderbetreuung beitragsfrei gestaltet sein. Dafür möchten wir uns auf Landesebene einsetzen.

5.2. Vereinbarkeit von Beruf und Familie – Familienpolitik als Standortfaktor

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie hat einen hohen Stellenwert in unserer Stadt. Familienpolitik ist ein Standortfaktor. Dies machen auch kontinuierlich die Bürgerinnen- und Bürgerbefragungen deutlich.

Was wir schon erreicht haben:

Die Internet-Plattform www.familien-willkommen.de mit ihrem stets aktuellen Überblick zu den familienpolitischen Angeboten in Darmstadt ist im Frauenbüro angesiedelt. Sie ist bei der Bevölkerung und bei Darmstädter Unternehmen etabliert.
Das Audit „Beruf und Familie" in der Stadtverwaltung wurde in das Programm „Erfolgsfaktor Familie" übergeleitet. Familienbewusste Personalpolitik ist ein wichtiges Instrument innerhalb der Unternehmensführung. Dabei spielt die betrieblich unterstützte Kinderbetreuung eine wichtige Rolle, beispielsweise durch die Ad-hoc-Betreuung zu Randzeiten und bei einem Ausfall der regulären Betreuung.

Familiengerechte Personalpolitik

Die kontinuierliche Arbeit des Bündnisses für Familie ist sehr gut etabliert und stärkt familienpolitische Netzwerke. Konkrete Maßnahmen werden hier abgestimmt und Projekte gemeinsam umgesetzt. So zum Beispiel die Öffentlichkeits- und Sensibilisierungsarbeit für Familienbelange oder aber die Arbeit an besonderen Themenstellungen wie beispielsweise dem Leitfaden für Alleinerziehende in Darmstadt und vieles mehr.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Wir werden Unternehmen motivieren, sich ebenfalls der familiengerechten Personalpolitik zu öffnen bzw. die Angebote weiterzuentwickeln.
Familienfreundliche Arbeitsbedingungen bedeutet auch, die Sensibilität für die Belange von Familien bei Einberufung von Sitzungen und Arbeitsgruppen zu berücksichtigen – dazu schlagen wir familiengerechte Zeitfenster vor.
Wir werben auch im Hinblick auf politische Sitzungen für diese Zeitfenster, sodass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie kein Ausschluss von politischer MandatsträgerInnenschaft ist.

In unseren Augen sind folgende weiteren Punkte für eine familiengerechte Personalpolitik relevant:

- Ständige Erreichbarkeit für ArbeitgeberInnen-Belange zugunsten von Familienzeit vermeiden
- Arbeitgeberservice zur Erleichterung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Beratung, Unterstützung, finanzielle Entlastung) etablieren
- Flexible Arbeitszeitmodelle sowie zeitlich befristete Teilzeitangebote für Väter und Mütter bei gleichzeitiger Diskussion über Zeitressourcen für Familien
- Sensibilisierung für Väterverantwortung – Väter in Elternzeit

5.3. Wir stärken die Angebote für Familien

Die Stärkung der familienpolitischen Infrastruktur in Darmstadt ist ein dauerhaftes Thema und von besonderer Bedeutung, denn die Anforderungen an Familien wachsen und damit steigt der Unterstützungsbedarf.

Was wir schon erreicht haben:

Noch nie war der Etat für Familien, Kinder und Jugendliche so hoch wie im Haushalt 2016. Anlaufstellen für Familien sind Mehrgenerationenhäuser, Beratungsstellen und Treffpunkte für alle Generationen und Nationalitäten. Hier erhalten Familien Unterstützung und können Kontakte knüpfen. Einrichtungen wie das kommunale Familienzentrum mit der Erziehungsberatung und Familienbildungsstätte gehören ebenso zum Angebot in der Stadt wie die Angebote zahlreicher freier Träger bei den „Frühen Hilfen".
Mit dem Ausbau der Koordination der „Frühen Hilfen" im Jugendamt kommen die Angebote gezielt bei den Eltern an und werden zahlreich genutzt.

„Familien fördern – Kinder schützen"

Mit dem Präventionsprogramm „Familien fördern – Kinder schützen" wurde ein kommunales Begrüßungsprogramm für alle Familien mit neugeborenen Kindern installiert, das ebenfalls sehr gut angenommen wird. Neben Informationen erhalten Familien dort auch gezielte Unterstützung bei der Bewältigung neuer Aufgaben, aktueller Problemlagen oder Krisen. Bei Bedarf werden Familienhebammen und Kinderkrankenschwestern eingesetzt. Die umfassenden Angebote wie Frühförderung, Familienhilfen oder auch Erziehungsberatung stehen den Eltern unkompliziert und einfach zur Verfügung. Damit greift das einmalige Präventionsangebot im umfassenden Sinne.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Regelmäßige Familienkongresse
Wir wollen dafür sorgen, dass das umfassende Angebot für Familien in Darmstadt in allen Lebenslagen zugänglich ist und bedarfsgerecht ausgebaut wird.
Wir schlagen regelmäßige Familienkongresse vor, in denen Themen, die Eltern und Familien bewegen, aufgegriffen, diskutiert und weiterentwickelt werden können.

5.4. Die kinder- und jugendgerechte Stadt
Eine Stadt für, mit und von Kindern und Jugendlichen zu gestalten, ist die zentrale familienpolitische Aufgabe. Sie stellt eine Investition in die Zukunft der Wissenschaftsstadt Darmstadt dar.
Die Anforderungen an Kinder- und Jugendarbeit haben sich im Laufe der letzten Jahre rasant verändert. Wichtigste Anforderung ist es, eine frühe soziale Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen zu verhindern.
Jedes fünfte Kind in Darmstadt lebt in einer Familie mit Leistungstransfer und ist damit von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Um Chancen- und Teilhabegerechtigkeit für alle Kinder und Jugendliche zu gewährleisten, setzen wir GRÜNE uns für Chancen- und Bildungsgerechtigkeit ein. Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II oder XII für Kinder und Jugendliche müssen bedarfsgerecht angepasst werden.
Kinder und Jugendliche zu fördern und ihre Kompetenzen zu entwickeln, ist auch Aufgabe der außerschulischen Bildungsarbeit. Hier setzen wir an und stärken die Infrastruktur der Kinder- und Jugendarbeit.

Was wir schon erreicht haben:

Neustrukturierung der Kinder- und Jugendarbeit
Mit der Neustrukturierung der Kinder- und Jugendarbeit in Darmstadt wurde ein Rahmenkonzept vorgelegt. Dieses entspricht den Anforderungen an eine moderne, den Interessen und Lebenslagen der Kinder und Jugendlichen entsprechenden Kinder- und Jugendarbeit. Dazu gehört der Ausbau der aufsuchenden Sozialarbeit, die flächendeckende und sozialraumorientierte Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit, geschlechtsspezifische Jungen- und Mädchenarbeit, Inklusion, die interkulturelle Öffnung und vieles mehr.

Mediendiplom
Kinder und Jugendliche leben in digitalen Welten, ihr Alltag und ihr Freizeitverhalten haben sich verändert. Diese Entwicklung schlägt sich insbesondere in der offenen Kinder- und Jugendarbeit nieder. Von daher müssen hier Angebote angepasst werden. Auf Antrag der GRÜNEN wurde das Mediendiplom eingeführt.
Mit diesem Instrument, das in Kooperation mit dem Institut für Medienpädagogik und Kommunikation Hessen (MuK Hessen) erarbeitet wurde, wird an Grundschulen und in außerschulischen Jugendeinrichtungen Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen vermittelt. Das Mediendiplom bietet sowohl Informationen für Eltern, Lehr- und Fachkräfte, vor allem aber Medienkompetenzseminare für Kinder und Jugendliche.
> Netzpolitk, > Bildung

Neue Jugendzentren als Raum für Entwicklung
Wir wollen Kinder und Jugendliche zur Teilhabe befähigen und ihnen diesbezüglich Unterstützung, Stärkung und Selbstbestimmung sowie Räume für Entwicklung bieten. Dafür hält die Stadt zahlreiche Kinder- und Jugendhäuser als Anlauforte bereit. Das Jugendzentrum in der Waldkolonie wurde neu gebaut, das Internationale Jugendzentrum im Martinsviertel ist aktuell im Bau und das Jugendzentrum in Arheilgen wird – nach Festlegung des Ortes – ebenfalls neu entstehen.

Zur Stärkung gehören präventive Angebote
Die kommunale Sucht- und Drogenhilfe stellt präventive Angebote zur Stärkung der Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen bereit.
Zwar trinken weniger Kinder und Jugendliche denn je, doch diejenigen, die trinken, trinken umso mehr. Koma- oder Flatrate-Saufen und das sogenannte Vorglühen sind Besorgnis erregende Entwicklungen, denen wir in Darmstadt begegnen. Durch die konsequente Ausrichtung der Sucht- und Drogenhilfe hin zu präventiven Konzepten und Maßnahmen, verbunden mit einem effektiven Kinder- und Jugendschutz, trägt die Stadt Darmstadt dazu bei, dass Eltern und außerhäusliche Erziehungsinstanzen wie Kinderhäuser, Schulen oder Jugendzentren unseren Kindern und Jugendlichen Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl vermitteln und sie dadurch stärken. Verhaltens- und Verhältnisprävention gehen hier Hand in Hand. Auf der anderen Seite unterstützen wir

das vom Sozialdezernat und der AG Sicherheit vorgelegte Konzept, in dem auch dargelegt wird, wie bei öffentlichen Veranstaltungen und beim Verkauf von Alkohol an Jugendliche die Jugendschutzanforderungen besser erfüllt werden. Hier sind neben der Kommunalpolitik, den Eltern und anderen Erziehungsinstanzen auch die privaten Unternehmen in die Pflicht zu nehmen. Das Programm „HaLT" unterstützen wir.

Kinderfreundliche Innenstadt
Mit dem Projekt „Kinderfreundliche Innenstadt" hat die Stadt durch Spielpunkte für Kinder eine abwechslungsreiche Fußgängerzone geschaffen, die zum Verweilen einlädt und kleine Abenteuer bietet.

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
Mit dem Jugendforum und dem Jugendkongress haben sich wichtige Beteiligungsgremien etabliert. Die Beteiligungsformate bei der Entwicklung neuer Spielflächen werden gut angenommen. Unter Beteiligung zahlreicher Kinder konnten viele neue Spielplätze entwickelt werden, hervorzuheben ist der Spielplatz am Steinbrücker Teich, der inklusiv aufgebaut wurde, oder der Spielplatz in der Müllerstraße, der in Anlehnung an ein Aquarium gestaltet ist und zu regelmäßigen Backaktionen einlädt. Auch bei der Neugestaltung des Spielplatzes im Akazienweg konnten die Kinder ihre Wünsche äußern.

Beteiligungsprojekte für Kinder und Jugendliche

Bei mehreren Beteiligungsprojekten, z. B. in Arheilgen, wurden die Anforderungen der Kinder und Jugendlichen erfasst und flossen in die Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe ein. *> Jugend*
Bei den Projekten der Kinder- und Jugendförderung ist grundsätzlich Beteiligung als gesetzlich verbriefter Bestandteil impliziert.

Wir GRÜNE sind grundsätzlich der Überzeugung, dass zur Verbesserung der Mitbestimmungsrechte von Jugendlichen das aktive und passive Wahlalter auf kommunaler Ebene auf 16 Jahre abzusenken ist. Darüber ist auf Landesebene zu entscheiden**.**

Gute finanzielle Rahmenbedingungen für Kinder- und Jugendarbeit
Kinder- und Jugendarbeit ist eine Pflichtaufgabe nach dem SGB VIII – entsprechend hält die Stadt eine umfassende und gut ausgestattete Infrastruktur bereit, die überwiegend von freien Trägern der Jugendhilfe organisiert und vom städtischen Jugendamt koordiniert wird.
Die Dynamisierung der Zuschüsse trägt auch zur Stabilisierung dieser Angebote bei. Mit der Neustrukturierung der Kinder- und Jugendarbeit sollen auch Leistungsvereinbarungen mit den Trägern geschlossen werden, die bedarfsgerechte Angebote mit den entsprechenden finanziellen Ressourcen verbinden.

Jugend hat ein Recht auf Ausbildung und Beruf:
Darmstädter Jugendberufsagentur als Anlaufstelle

Beim Übergang von der Schule in die Ausbildung haben Bildungsbenachteiligungen

negative Auswirkungen. Dem müssen wir begegnen. Kommunalpolitisch kann ein effektives und niedrigschwelliges Angebot der Jugendberufshilfe hier koordiniert Unterstützung leisten.
Beim Zusammenschluss „Bildungsregion Darmstadt und Darmstadt-Dieburg" steht der Zugang zu Bildung im Mittelpunkt der Zielsetzung. Dabei geht es um institutionalisierte, non-formale und informelle Bildung. Für junge Menschen müssen alle Ebenen des Lernens niedrigschwellig zugänglich sein. ***> Bildung***
Übergänge sind im Rahmen der Programme „Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit im Übergang Schule – Beruf" (OloV) und der Jugendberufshilfe besonders konzeptionell weiterzuentwickeln. Mittel des Europäischen Sozialfonds für Deutschland (ESF) wie „Jugend stärken im Quartier" und andere setzen Förderinstrumente gezielt für benachteiligte Jugendliche ein.

Jugendarbeitslosigkeit vermeiden

Jugendliche mit ihren Stärken und Kompetenzen wahrnehmen

Die Verzahnung der Rechtskreise SGB II, III und VIII muss eine passgenaue Förderstruktur ermöglichen, die Jugendliche mit ihren Stärken und Kompetenzen wahrnimmt. Die Jugendberufsagentur bündelt die Angebote und berät individuell und zielgerichtet. Die Kooperation mit Schulen, freien Trägern und der Wirtschaft soll verstärkt werden, sodass Jugendliche mit geringer Ausbildungsreife dennoch Chancen für Ausbildung erhalten.

Bildungsgerechtigkeit verbessern

Im Rahmen des „Bildungsbeirates Darmstadt und Darmstadt-Dieburg" werden insbesondere die Übergänge im Bildungssystem analysiert und entwickelt, um Bildungsgerechtigkeit strukturell zu verbessern und Kinder und Jugendliche bestmöglich zu fördern.
Geschlechtsspezifische Angebote wie der „Girls-Day" oder „Boys-Day", Ausbildungsinformationstage usw. sollen als Teil der Berufswahlprogramme aufrecht erhalten bleiben.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Partizipation

Unsere grundsätzliche Haltung zu Partizipation gilt selbstverständlich ebenso für Kinder und Jugendliche. Deshalb sollen künftig spezielle kind- und jugendgerechte Beteiligungsformen erprobt und ausgebaut werden. ***> Jugend*** Wir wollen eine Beteiligung, in der Kinder und Jugendliche aktive Mitbestimmung in den sie betreffenden Themenbereichen erlernen und wahrnehmen können. Dabei spielen die Räume der offenen Kinder- und Jugendarbeit eine besondere Rolle.

Gesundes Aufwachsen ermöglichen

Wir GRÜNE wollen, dass Kinder und Jugendliche gesund aufwachsen und ihnen gute Rahmenbedingungen dafür zur Verfügung stehen – so z. B.

- eine Verbesserung der Bewegungssituation von Kindern in Kindertagesstätten und Schulen in Kooperation mit Sportvereinen

- die Verbesserung der Ernährungssituation von Kindern durch eine frühzeitige Vermittlung von Wissen über Ernährung und Gesundheit, z. B. durch Kochprojekte in Jugendhäusern
- die Schaffung von frei zugänglichen Sport- und Bewegungsangeboten, wie z. B. die Skaterbahn im Bürgerpark ***> Sport***
- einen Parcourspark für Kinder und Jugendliche, der jederzeit und frei für Bewegung und Gemeinschaft zur Verfügung steht

Die Angebote der Jugendberufshilfe, der Schulsozialarbeit und der Jugendhäuser wollen wir noch besser verzahnen, um den Jugendlichen beim Übergang Schule-Beruf ein umfassendes vernetztes und motivierendes Unterstützungssystem zu bieten.

6. ARBEITSMARKT- UND BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK

Eigenständige und menschenwürdige Existenzsicherung steht im Mittelpunkt kommunaler Sozialpolitik. Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht durch Erwerbsarbeit sicherstellen können, haben ein Recht auf Unterstützung und Förderung.

Was wir schon erreicht haben:

Förderangebote des Jobcenters zur Arbeitsmarktintegration werden mit Projekten der kommunalen Beschäftigungsförderung verknüpft. Positive Nebenwirkung sind die Stärkung der Strukturen in Stadteilen, wie z. B. durch das Café (N)immersatt, und die Verbesserung des Wohnumfelds. Hinzu kommen Maßnahmen aus dem Arbeitsmarkt-, dem Ausbildungs- und Qualifizierungsbudget sowie aus ESF-Programmen zur gezielten Förderung benachteiligter Menschen auf dem Arbeitsmarkt.
Das gute Netzwerk an Bildungs- und Beschäftigungsträgern in Darmstadt wollen wir stärken und die Kooperation mit dem Jobcenter und der Stadt voranbringen.

Trotz veränderter Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt steigt im Jobcenter sowohl die Anzahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten als auch die der Langzeitarbeitslosen.
Besondere Zielgruppen, wie Alleinerziehende, Schwerbehinderte oder auch Geflüchtete müssen dabei in den Blick genommen werden.
Die Entwicklung individueller Förderangebote setzen wir voraus.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Um prekärer Erwerbstätigkeit entgegenzuwirken, soll das Jobcenter Darmstadt in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse vermitteln.

Das Projekt der Sprachmittlerinnen und Sprachmittler im Jobcenter als Brücke zu den Förderangeboten hat sich bewährt und soll fortgesetzt werden.

Sprachmittlerinnen und Sprachmittler im Jobcenter

Für Migrantinnen und Migranten, Frauen, Geflüchtete, schwerbehinderte Menschen und sogenannte „Altbewerber" ist es besonders schwer, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Das Jobcenter wird angehalten, für diese Zielgruppen spezielle Angebote in Kooperation mit freien Trägern zu entwickeln. Die weitergehende interkulturelle Öffnung der Einrichtung mit Schulungen zur interkulturellen Kompetenz unterstützen wir. Wir wollen, dass das Jobcenter einmal im Jahr eine Börse mit regionalen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern organisiert, um direkte Kontakte zwischen Langzeitarbeitslosen und Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern zu ermöglichen. Dabei wird auch das Ziel der Sensibilisierung der Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern für diese Zielgruppe verfolgt.

7. AKZEPTANZ UND SICHERHEIT – DARMSTADT IST EINE STADT FÜR ALLE

Wir GRÜNE unterstützen die berechtigte Forderung der Darmstädter Bürgerinnen und Bürger nach Sicherheit und angstfreien Räumen. Wir wissen aber auch, dass es einen Unterschied gibt zwischen Sicherheitsempfinden und tatsächlicher Gefährdung. Die Freiheit der Einzelnen reicht soweit, solange die Freiheit der Anderen nicht eingeschränkt wird. Wir setzen auf Kommunikation und Dialog mit dem Ziel, einen Verhaltenskodex zu entwickeln, der klarmacht, dass die Stadt allen Bürgerinnen und Bürgern gehört.

Eine wahrnehmbare Präsenz von Kontaktpolizeibeamtinnen und –beamten sowie Kommunalpolizei stärkt das Gefühl, sich frei und uneingeschränkt in unserer Stadt bewegen und aufhalten zu können. Wir lehnen freiwillige Polizeidienste ab und werden uns statt dessen gegenüber dem Land weiterhin für gut ausgebildete Polizistinnen und Polizisten einsetzen. Die Darmstädter Präventionskonvention (Gefahrenabwehrverordnung) basiert auf einem ausgewogenen Konzept von Repression und sozialer Intervention. Der Kommunale Präventionsrat und die AG Sicherheit sind die Foren, in denen Polizei, kommunale Ordnungsbehörden, soziale und jugendpolitische Akteurinnen und Akteure an angemessenen Lösungen jenseits populistischer Schlagworte arbeiten.

Ausgewogenes Konzept von Repression und sozialer Intervention

Eine urbane Stadt braucht moderne kooperative Kommunikationsstrukturen zur Herstellung von Sicherheit und Ordnung. Sie braucht aber auch eine gesellschaftliche Akzeptanz gegenüber sozial Ausgegrenzten, wie Wohnungslosen oder alkoholkranken Menschen. Wir sorgen dafür, dass ihnen eine ausreichende und unterstützende Infrastruktur zur Verfügung steht. Diese reicht von Obdachlosenunterkünften über Streetwork-Angebote bis hin zu Therapieeinrichtungen.

Die Stadt gehört uns allen – und alle sind in der Verantwortung, sie lebenswert und sicher zu gestalten.

DIE HERAUSFORDERUNG DES JAHRZEHNTS

Für jene, die von Krieg und Gewalt aus ihrer Heimat vertrieben wurden.

GRÜNE Konzepte für geflüchtete Menschen in Not

Im Jahr 2015 und in den folgenden Jahren werden Hundertausende von Asylbewerberinnen und -bewerbern sowie Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Auch in Darmstadt haben wir schon viele Menschen aufgenommen. Die Herkunftsländer der Zuwanderinnen und Zuwanderer sind das Bürgerkriegsland Syrien, zunehmend auch wieder Afghanistan sowie der Irak, Lybien und Pakistan. Wir GRÜNE sehen Darmstadt weiterhin in der Verantwortung Bürgerkriegsflüchtlingen und politisch Verfolgten zu helfen, sie anständig unterzubringen und zu behandeln und diejenigen, die bei uns bleiben werden, in unsere Stadtgesellschaft zu integrieren.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Kommunalverwaltung, der Feuerwehren, der städtischen Kliniken, des Eigenbetriebs für kommunale Aufgaben und Dienstleistungen (EAD), der Polizei, der Bundeswehr und viele andere haben gemeinsam mit einer großen Zahl von ehrenamtlichen und freiwilligen Helferinnen und Helfern Herausragendes geleistet, um die Aufgaben der Bekämpfung von Obdachlosigkeit und in einem weiteren Schritt der gelingenden Integration anzugehen. Ihnen allen kann nicht genug gedankt werden. Darmstadt gilt aufgrund dieser großen Unterstützung als eine Stadt, die vorbildlich mit diesen neuen Aufgaben umgeht.

Herausragendes geleistet

Keiner kann heute abschließend einschätzen, wie sich die weitere Entwicklung der Migrations- und Fluchtbewegung gestaltet. Sicher ist, dass perspektivisch die Fluchtursachen beseitigt werden müssen, dass die Zuwanderung nach Europa nach humanitären Kriterien zu steuern ist und vor allem auch in Europa gerecht verteilt werden muss. Unser kommunales Handeln kann diese bundes- und europapolitischen Entscheidungen nur begrenzt beeinflussen. Umso mehr konzentrieren wir uns weiterhin darauf, eine problembewusste, aber lösungs- und chancenorientierte Flüchtlings- und Integrationspolitik gemeinsam mit der Bürgerschaft und den Geflüchteten zu entwickeln.

Lösungs- und chancenorientierte Flüchtlingspolitik

Kein historischer Sonderfall

Wir wissen, dass die derzeitige Zuwanderung von geflüchteten Menschen kein historischer Sonderfall ist, sondern eine von vielen Migrationsbewegungen, die in der Menschheitsgeschichte, insbesondere aber in der europäischen Vergangenheit eher der Regelfall sind. Allein bei der Betrachtung der deutschen Geschichte der letzten 70 Jahre wird deutlich, dass es wiederholt Zuwanderung durch Arbeitsmigration, Flucht, Vertreibung oder Aussiedlung gegeben hat. Nach dem zweiten Weltkrieg kamen 15.000 Heimatvertriebene in unsere zerstörte Stadt. In den 1960er und -70er Jahren gab es einen starken Zuzug von sogenannten Gastarbeiter-Familien, die geblieben sind. In den 1990ern folgten die Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und auch eine große Zahl von Geflüchteten aus unterschiedlichen Ländern. Fast alle sind heute Darmstädterinnen und Darmstädter, die mit uns arbeiten, leben, lernen, feiern und die Vielfalt unserer Stadt ausmachen.

Grundsätzlich neu an der aktuellen Zuwanderung ist, dass innerhalb kürzester Zeit sehr viele Menschen nach Darmstadt gekommen sind und die Stadt weder strukturell noch personell ausreichend darauf vorbereitet war. Das stellt uns vor völlig neue Herausforderungen. Diese lösen wir mit dem nötigen Problembewusstsein, aber frei von Angst. Dazu gehört, dass man die Flüchtlinge genau unterscheiden muss. Grundsätzlich gibt es drei verschiedene Gruppen:

Vorbildliche Integrationspolitik

1. Da sind zuerst einmal die anerkannten Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie Menschen, die sich in einem Asylverfahren befinden. Ihre Zahl wird sich bis Anfang des Jahres 2016 auf über 2.000 Personen erhöht haben. Darmstadts Integrationspolitik für diese Gruppe wird vom Hessischen Flüchtlingsrat als vorbildlich bezeichnet. Gründe dafür sind die lange durchgehaltene dezentrale Unterbringung der Asylsuchenden sowie das gute Angebot an Sprach- und Integrationskursen. Auch die enge Zusammenarbeit mit bürgerschaftlichen Organisationen wie beispielsweise dem Deutsch-Syrischen Verein wird immer wieder gelobt.
Aufgrund der gestiegenen Zahl ist es gegenwärtig nicht mehr möglich, diese Menschen dezentral unterzubringen. Hier müssen zukünftig auch andere Lösungen, wie die Erstwohnhäuser im Schiebelhuthweg oder auf dem Gelände der Jefferson-Kaserne, gefunden werden.
Darüber hinaus setzen wir GRÜNE uns dafür ein, dass auch weiterhin kleine Wohneinheiten geschaffen werden. Bevor die Stadt diese in Betrieb nimmt, wird die jeweilige Nachbarschaft umfassend informiert. Viele dieser Menschen bleiben langfristig bei uns und werden zu Darmstädterinnen und Darmstädtern. Für sie gilt es, die bewährten Integrationsmaßnahmen fortzuführen, weiterzuentwickeln und die psycho-sozialen Angebote auszubauen.

2. Die zweite Gruppe besteht aus Menschen, die nach Darmstadt kommen, weil die hessische Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen stark überlastet ist. Damit sie eine geeignete Unterbringung finden, wurden Gebäude der Starkenburg-Kaserne hergerichtet. Das Land Hessen plant, auf dem Gelände der Kelley-Barracks eine weitere Erstaufnahmeeinrichtung zu bauen. In der Starkenburgkaserne leben zurzeit ca. 700

Menschen, vornehmlich Frauen und Familien, die Zahl der unterzubringenden Personen in den Kelley-Barracks ist Ende 2015 noch nicht abschätzbar. Nach der Erstaufnahme werden sie entweder den Kommunen nach einem Verteilungsschlüssel zugewiesen oder – bei nicht vorhandener Asyl- oder Aufenthaltsberechtigung – in ihre Herkunftsländer zurückgeführt.

3. Zur dritten Gruppe gehören u. a. diejenigen, die im September nach der Entscheidung von Bundeskanzlerin Angela Merkel über Ungarn und Serbien in hoher Zahl nach Deutschland gekommen sind. Die humanitäre Notlage musste bewältigt werden, aufgrund der großen Zeitknappheit war die Unterbringung allerdings nur in Notunterkünften möglich. Das sind in Darmstadt zurzeit die Sporthalle in der Alsfelder Straße, das Bürgermeister-Pohl-Haus in Wixhausen und die Hirtengrundhalle in Darmstadt-Eberstadt. Hier besteht Platz für insgesamt 1.000 Personen. Das Land Hessen hat angekündigt, in Darmstadt noch weitere Notunterkünfte für rund 1.000 Menschen zu benötigen. Hier ist kurzfristiges Handeln zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit gefragt. Es ist aber auch klar, dass die Notunterkünfte keine mittelfristige Lösung darstellen. Hier sind vor allem das Land und der Bund gefordert, zu einer schnelleren Verteilung in die Erstaufnahmereinrichtungen oder Kommunen zu kommen. Die derzeitige Situation ist für die betroffenen Vereine, Schulen sowie Bürgerinnen und Bürger mit Einschränkung verbunden, sie ist aber vor allem für die dort teilweise seit Wochen untergebrachten Flüchtlinge nicht mehr sehr viel länger erträglich.

Große Solidarität und Entwicklung von Integrationsstruktur

Unglaubliches Engagement

Die Stadt bewältigt diese große Herausforderung dank des unglaublichen Engagements ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie hunderter freiwilliger Helferinnen und Helfern sehr gut.

Ehrenamtliche Unterstützung braucht professionelle Organisationsstrukturen

Eine so große Zahl an ehrenamtlicher Unterstützung braucht professionelle Organisationsstrukturen, diese befinden sich im Aufbau. Es wurde beispielsweise die Kampagne und Internet-Plattform „Darmstadt bleibt weltoffen" geschaffen, um Hilfsangebote aufzunehmen und die Bürgerschaft umfassend zu informieren. Die Steuerung des Engagements ist an das Freiwilligenzentrum Darmstadt angekoppelt. Regelmäßig finden Informationsveranstaltungen zu ganz konkreten Fragestellungen statt.

Wir fordern ein Bund-Länder-Programm oder eine Bund-Länder-Gemeinschaftsinitiative „Integration".

Dieses Programm soll – in Anlehnung an die Erfahrung der Bund-Länder-Initiative „Soziale Stadt" – allen Städten Unterstützung und finanzielle Hilfeleistung bieten, damit die Koordination von Staat, gemeinnützigen Organisationen und aktiver Bürgerschaft für die humanitären Notlagen besser funktioniert und eine nachhaltige Integration gelingt. Diese Bund-Länder-Initiative muss auch zu einer gemeinschaftlichen Steuerung der größten Aufgabe dieser Jahre beitragen, so dass Bund, Länder und Kommunen zu einer kooperativen Mehrebenen-Strategie und Kommunikation finden. Es sind die

Städte, in denen Integration stattfindet, diese sind aber noch all zu oft lediglich Empfänger von Anordnungen übergeordneter staatlicher Ebenen.

Maßnahmenpaket Asyl

Den Anforderungen, mit denen sich unsere Stadt aufgrund der hohen Zahl von Geflüchteten konfrontiert sieht, versucht das Land mit einem ersten „Maßnahmenpaket Asyl" Rechnung zu tragen. Es beinhaltet verschiedene Schritte, die die Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten und Asylbewerberinnen und -bewerber unterstützen sollen. Darüber hinaus wird die Notwendigkeit der Entwicklung von Maßnahmen für die Schul- und Berufsbildung sowie eines nationalen Konzeptes zum Spracherwerb festgestellt.

Konkrete Maßnahmen in Darmstadt:

Mobilisierung von Wohnraum

Damit es nicht zu einer Verschärfung der Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt kommt, muss noch mehr Wohnraum als bisher mobilisiert werden.

Niemandem wird durch die Aufnahme der Flüchtlinge irgendetwas weggenommen.

10.000 zusätzliche Wohnungen

Die Stadt baut jährlich über 1.000 Wohnungen. In der Lincoln-Siedlung entsteht gerade Wohnraum für 3.000 Menschen; 50 Prozent davon sind für Personen, die am Wohnungsmarkt benachteiligt sind. *> Wohnen*

Um diese gewaltige Stadtentwicklungs- und auch Wohnungsmobilisierungsaufgabe zu schaffen, werden wir – wie im Programmteil „ Wohnen" ausgeführt – eine Offensive für bezahlbare Baulandentwicklung und sozialgerechtes Wohnen starten, und diese mit dem „Masterplan 2030" verknüpfen. Unser Ziel ist es, dass bis zum Jahr 2020 10.000 zusätzliche Wohnungen in Darmstadt gebaut werden: Für die Flüchtlinge, die bei uns bleiben werden, für die Menschen, die heute schon in Darmstadt eine andere Wohnform oder Wohnung suchen, und für diejenigen, die nach Darmstadt aus beruflichen oder persönlichen Gründen ziehen wollen. Die Wohnraummobilisierung für Flüchtlinge muss in die gesamtstädtische Wohnraummobilisierung integriert werden.

Personelle Ressourcen und interkulturelle Öffnung der Kommunalverwaltung

Die Organisation, die Bereitstellung personeller Ressourcen und die interkulturelle Öffnung der Kommunalverwaltung müssen sich den Anforderungen einer internationalen Stadt stellen. Die Personalverstärkung im Jugendamt, im Sozialamt, in der Ausländerbehörde und anderen städtischen Dienststellen ist dazu ein wichtiger Beitrag.

Wir GRÜNE wollen erreichen, dass die Modellprojekte zur Integration der Flüchtlinge, die hier bleiben, verstärkt und ausgebaut werden.

- Hierzu zählen insbesondere die Projekte zur Sprachförderung von Flüchtlingen, die federführend von der Volkshochschule entwickelt werden.

- Ein zweites konkretes Programm dient dazu, die Elternbildungsarbeit in Kooperation mit Schulen zu verbessern. Nicht nur die Kinder der Flüchtlingsfamilien sollen in Kindergärten und Schulen unsere Sprache und Gesellschaft kennen und verstehen lernen, sondern auch ihre Eltern. ***> Interkulturelles***
- Wir wollen die Kooperationen mit demokratisch ausgerichteten MigrantInnenselbstorganisationen, die bei der Integration Unterstützung und Verständigung leisten können, intensivieren. Die guten Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Syrischen Verein sehen wir hier als beispielhaft an.
- Wir regen an, in Kooperation mit der Arbeitsagentur und dem Jobcenter Beschäftigungsprojekte, insbesondere für jugendliche Flüchtlinge zu konzipieren, damit sinnstiftende Beschäftigung erfahren werden kann.
- Wir werden in Abstimmung mit dem Land Hessen die notwendigen Kapazitäten in den Kindergärten und den Schulen entwickeln und ausbauen.
- Zusammen mit den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern in Darmstadt und der Region müssen Wege gefunden werden, um die Menschen schnell in Ausbildung und Beschäftigung zu bringen. In unserem IHK-Bezirk ist Fachkräftemangel ein großes Thema für die Unternehmen. Hier bietet sich eine gemeinsame Entwicklung von Arbeitsplätzen an.

Unsere Stadtgesellschaft wird sich verändern. Schon jetzt ist Darmstadt durch die Erfahrung der großen Solidarität reicher geworden. Darüber hinaus können Menschen, die zu uns kommen, auch die Basis für weiteres Wirtschaftswachstum sein.

Es wird bei allem darauf ankommen, dass unsere Stadt eine klare humanitäre, weltoffene und tolerante Haltung bewahrt. Die Bewältigung der großen Aufgabe der Integration vieler Tausend Flüchtlinge ist die große Herausforderung dieses Jahrzehnts. Wir werden sie mit Problembewusstsein und Zuversicht lösen.

INTERKULTURELLES

Für die alten und neuen Darmstädterinnen und Darmstädter.

GRÜNE Konzepte für ein weltoffenes, interkulturelles, internationales und antirassistisches Darmstadt

Darmstadt ist eine internationale und weltoffene Stadt. Alle Menschen, die zu uns kommen sind herzlich willkommen – welcher Herkunft auch immer!
In Darmstadt arbeiten, forschen, lernen und leben Menschen aus über 150 Nationen friedlich zusammen. Ca. 24 %, also knapp ein Viertel, der Darmstädterinnen und Darmstädter haben eigene Migrationserfahrung oder einen Elternteil, der im Ausland geboren ist. Alle diese Menschen sind längst zu einem selbstverständlichen und nicht mehr wegzudenkenden Teil unserer Stadt geworden. Sie bereichern unseren Alltag, unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft durch ihre Erfahrungen, ihre Persönlichkeit und ihre Potenziale. Seit einigen Monaten kommen vermehrt geflüchtete Menschen zu uns, auch sie sind schon heute Teil unserer Stadtgesellschaft. ***> Die Herausforderung des Jahrzehnts*** Sie alle tragen wesentlich zur Vielfalt unserer Stadt bei. Diese Vielfalt ist eine wichtige Ressource und Chance für die Zukunft.

1. INTEGRATION GELINGT DURCH TEILHABE

Sichtbare und unsichtbare Barrieren abbauen

Wir verstehen Integration als Teilhabe zugewanderter und geflüchteter Menschen an allen Teilsystemen der Gesellschaft, insbesondere an den Bereichen Arbeit und Wirtschaft, Erziehung und Bildung, Soziales und Gesundheit, Recht und Politik. Auch wenn die Integration gut voranschreitet, sind die Zugänge zu diesen Teilsystemen für viele Menschen immer noch erschwert. Damit sich dies ändert, müssen die sichtbaren und unsichtbaren Barrieren weiter abgebaut und Migrantinnen und Migranten gestärkt werden.

2. INTERKULTURELLE ÖFFNUNG DER VERWALTUNG UND ETABLIERUNG EINER WILLKOMMENSKULTUR

Um die Weltoffenheit und Internationalität unserer Stadt und unserer Stadtgesellschaft auch in der Verwaltung zu leben, brauchen wir eine Willkommens- und Anerkennungskultur, die von Wertschätzung, Offenheit und Akzeptanz gegenüber neu zugewanderten, geflüchteten sowie bereits hier lebenden Migrantinnen und Migranten gekennzeichnet ist.

Kommunale Verwaltung als „Visitenkarte" der Stadt

Die kommunale Verwaltung ist die erste Anlaufstelle für diese Menschen. Sie ist die „Visitenkarte" der Stadt. Wir wollen, dass alle Menschen mit Migrationshintergrund sich in der Verwaltung sowohl als Kundinnen und Kunden als auch als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter willkommen fühlen.

Durch die interkulturelle Öffnung der Verwaltung wird die Wissenschaftsstadt Darmstadt in die Lage versetzt, hohe Qualität, Effektivität und Effizienz sowie ausgeprägte Kundenorientierung bei der Erbringung der angebotenen Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger mit und ohne Migrationshintergrund zu gewährleisten. Die dazu notwendigen Maßnahmen wollen wir in den nächsten Jahren gezielt durchführen.

Wir GRÜNE machen uns stark für eine verbindliche Quote für Beschäftigte in der Stadtverwaltung in allen Besoldungsgruppen entsprechend der Bevölkerungszahl.

3. EMPOWERMENT UND PARTIZIPATION VON MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN

Damit Migrantinnen und Migranten an den Bereichen Arbeit und Wirtschaft, Erziehung und Bildung, Soziales und Gesundheit, Recht und Politik teilhaben können, müssen sie die jeweiligen System kennen, sich darin zurecht finden und sich diese zu eigen machen. Wir wollen den Blick auf die Ressourcen von Migrantinnen und Migranten lenken und diese noch mehr stärken.

Interkulturelle Öffnung von Schulen und Kitas und Empowerment von Eltern

Ein zentrales integrationspolitisches Ziel ist die Verbesserung des Zugangs zu Bildung von Migrantenkindern. *> Bildung, > Soziales* Der Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen hängt stark vom Elternhaus ab.

Intensivierung von Elternbildungsprojekten an Darmstädter Schulen und Kitas

Wir unterstützen die Weiterführung und Intensivierung von Elternbildungs- und -partizipationsprojekten an Darmstädter Schulen und Kitas wie „Mama lernt Deutsch", Elterngesprächskreise, Präventionsprogramme, die der Zuweisung von Migrantenkindern an Sonderschulen vorbeugen, aber auch Bildungsprojekte wie HIPPY (Home Instruction for Preschool Youngsters).

Sprachkurse und Zugang zum Arbeitsmarkt
Das Erlernen der deutschen Sprache als Voraussetzung für die Teilhabe an allen gesellschaftlichen Bereichen ist selbstverständlich. Die Stadt hat in den letzten Jahren die Integrationskurse ausgebaut. Dies reicht jedoch nicht aus; hier sind Land und Bund gefordert, vermehrt und unbürokratisch Maßnahmen und Programme aufzulegen, die es Stadt und freien Trägern ermöglichen, dem hohen Bedarf an Deutsch-Kursen gerecht zu werden. *> Die Herausforderung des Jahrzehnts*

Stärkung der Communities und ihrer Selbstorganisationen
Communities von Migrantinnen und Migranten und ihren Selbstorganisationen kommt beim Integrationsprozess eine wichtige Bedeutung zu. Sie erreichen Menschen, die von den anderen Angeboten nicht erreicht werden.
Wir haben in den letzten Jahren die Gründung, den Aufbau und die Entwicklung der Interessengemeinschaft MigrantInnenselbstorganisationen Darmstadt e.V. (IG MSO) tatkräftig unterstützt und werden auch in Zukunft die Arbeit der Selbstorganisationen, insbesondere der Communities der Geflüchteten, wie z. B. den Deutsch-Syrischen Verein für Menschenrechte, in ihrer Rolle als Multiplikatoren stärken.

Die MigrantInnenselbstorganisationen brauchen Strukturen und finanzielle Ressourcen, um in den MigrantInnencommunities die Partizipationsprozesse anzustoßen, voranzubringen und sich in die Entscheidungsfindung der kommunalen Politik einzubringen. Dies werden wir fördern und uns für eine finanzielle Unterstützung einsetzen.
Neben den MigrantInnenselbstorganisationen werden wir weiterhin Projekte und Initiativen unterstützen und fördern, die sich für das bürgerschaftliche Engagement und Integrationsprozesse in unserer Stadt einsetzen und diese unterstützen.

Einsatz von interkulturellen Vermittlungskräften
Geschulte interkulturelle Vermittlungskräfte, die zwischen Institutionen und Migrantinnen und Migranten vermitteln, sind wichtige Elemente gelingender Integrationsarbeit. Die Stadt hat in den letzten Jahren ihren Einsatz in Ämtern, wie z. B. im Jobcenter, institutionalisiert und die Stundenzahl stark erhöht. Auch beim Ehrenamtseinsatz für Geflüchtete wirken die Vermittlungskräfte mit.

4. KOMMUNALE INTEGRATIONSPOLITIK BRAUCHT GESETZLICHE GRUNDLAGEN – FORDERUNGEN AN BUND UND LAND

Impulse zur Integration erfolgen vor Ort, denn hier muss Integration in den Alltag übersetzt werden. Da jedoch viele Zuständigkeiten auf Landes- und Bundesebene liegen, haben die Kommunen nicht alle Hebel in der Hand, um notwendige Veränderungen einzuführen. *> Die Herausforderung des Jahrzehnts*

Wir fordern daher von Land und Bund die Schaffung gesetzlicher Grundlagen, die die Umsetzung integrationspolitisch notwendiger Maßnahmen auf kommunaler Ebene politisch stärken.

Politische Partizipation – Kommunales Wahlrecht

Wir haben auf kommunaler Ebene die Partizipationsmöglichkeiten von Migrantinnen und Migranten soweit wie möglich ausgeschöpft und die Einführung des Antrags- und Rederechts für den Ausländerbeirat in der Stadtverordnetenversammlung und ihren Ausschüssen aktiv unterstützt. Das ist jedoch nicht ausreichend.

An der Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes mitwirken

Gesellschaftliche Integration setzt voraus, an der Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes mitwirken zu können. Gerade auf kommunaler Ebene sind der Selbstverwaltungsgedanke und das Prinzip der basisnahen Regelung eigener Angelegenheiten von besonders großer Bedeutung.

Kommunales Wahlrecht für alle

Eine Gesellschaft, die einen Teil der Bevölkerung von politischen Entscheidungen ausschließt, verliert ihre demokratischen Grundlagen. Wir können es uns nicht länger leisten, zwei Drittel der ausländischen Bevölkerung von der politischen Willensbildung durch Wahlen auszuschließen. Deshalb fordern wir weiterhin das kommunale Wahlrecht für alle!

Integrationsgesetz – gesetzliche Verankerung von Integration als Querschnittsaufgabe der Gebietskörperschaften

Integration als kommunale Aufgabe muss nach fünfzig Jahren aktiver Einwanderung – insbesondere aber im Hinblick auf die Herausforderungen der aktuellen Zuwanderung gesetzlich geregelt werden. Um nachhaltigere Strukturen und verbindlichere Vorgaben für Verwaltungshandeln schaffen zu können, benötigt kommunalpolitisch gesteuerte Integrationsarbeit klare gesetzliche Grundlagen und einen entsprechenden Kostenausgleich, d.h. eine finanzielle Ausstattung durch Bund und Land über die bereits bestehenden Fördermaßnahmen hinaus.

Wir fordern daher ein Integrationsgesetz, das Integration als Querschnittsaufgabe der Gebietskörperschaften und die interkulturelle Öffnung gesetzlich verankert.

Modernes Einwanderungsgesetz

Darüber hinaus unterstützen wir die Forderungen der Bundespartei Bündnis 90/DIE GRÜNEN nach einem modernen Einwanderungsgesetz.

Deutschland ist auf Einwanderung angewiesen. Doch die aktuellen Regelungen sind kompliziert, unübersichtlich und erschweren Einwanderung. Verbessert Deutschland seine Einwanderungsbedingungen nicht, wird es die Herausforderungen des demografischen Wandels und Fachkräftemangels kaum lösen können.

Wir setzen uns gerade angesichts der neuen Zuwanderung durch Geflüchtete für ein neues Einwanderungsgesetz ein, das mehr Menschen die Möglichkeit gibt einzuwandern, bürokratische Hürden abbaut und Eingewanderten in Deutschland ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

5. DEMOKRATIEFÖRDERUNG

Viele Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt engagieren sich für ein friedliches und konstruktives Miteinander. Das haben sie gerade in jüngster Zeit durch ihr großes Engagement bei der Unterstützung Geflüchteter gezeigt. Gleichwohl gibt es auch in unserer Stadt Menschen, die Migrantinnen und Migranten mit Vorbehalten, mit Ablehnung und sogar mit rassistischem Verhalten begegnen. Diese gesellschaftliche Realität macht es erforderlich, permanent Gesicht zu zeigen – für Weltoffenheit, für Gleichberechtigung und Integration von zugewanderten, geflüchteten und einheimischen Minderheiten, gegen jede Art von Diskriminierung und Ausgrenzung. Denn wer regelmäßig pauschale Ausgrenzung erfährt, fühlt sich nicht als Teil der Gesellschaft und grenzt sich meist selbst ab.

Wir werden uns entschieden gegen Ungleichbehandlung einsetzen. Wir werden für die grundlegenden Werte wie respektvolles Zusammenleben, eine Kultur der Vielfalt und das gleichberechtigte Miteinander offensiv und kontinuierlich werben.

Respektvolles Zusammenleben

Um die Demokratieförderung zu stärken, haben wir die Antirassismus- und Erinnerungsarbeit zu einem integrierten präventiven Gesamtansatz verbunden, der das Ziel der Sensibilisierung, Bildung, Aufklärung und demokratischen Partizipation verfolgt. Antirassismus- und Erinnerungsarbeit werden von uns GRÜNEN zusammen gedacht und konzipiert. *> Kultur*

AG Aktion Weltoffenes Darmstadt, Demokratie leben! und Europäische Städtekoalition gegen Rassismus

Neben der bereits seit vielen Jahren bestehenden AG Aktion Weltoffenes Darmstadt mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft, der Politik, aus Bildungseinrichtungen, Minderheitenverbänden, Gemeinden und MigrantInnenselbstorgansiationen haben wir im Rahmen von Bundesprogrammen den Lokalen Aktionsplan und die „Partnerschaft für Demokratie – Demokratie leben!" aufgebaut. Darmstadt ist der europäischen Städtekoalition gegen Rassismus der UNESCO beigetreten und hat sich zur Umsetzung eines umfangreichen Maßnahmenplans verpflichtet.

Darüber hinaus hat Darmstadt die große neue Herausforderung für Kommunen, die Bewältigung radikalreligiöser Tendenzen unter muslimischen Jugendlichen und den neuen Antisemitismus in der Gesellschaft, als Schwerpunkt für die Arbeit der nächsten Jahre

aufgenommen. Auch die Auseinandersetzung mit homophoben Tendenzen wird Teil unserer zukünftigen Arbeit sein. > Queeres Darmstadt

Darmstädter Gedenkjahre „Gegen das Vergessen!"

Erinnern als Aufklärung

Der Dreiklang von Erinnerung, Aufklärung und demokratischem Bürger-Engagement „von unten" prägt seit dem Gedenkjahr 2013 die Veranstaltungen im Rahmen der Erinnerungsarbeit. Wir GRÜNE verstehen Erinnern als Aufklärung; Demokratie und Menschenrechte brauchen Engagement: Wir in Darmstadt sind uns unserer geschichtlichen Hypothek und Verantwortung bewusst und erinnern uns um unser aller Zukunft willen. Nur wenn wir das Geschehene verstehen, der Opfer gedenken und Konsequenzen für unser heutiges Zusammenleben ziehen, bleiben wir eine weltoffene und tolerante Stadtgesellschaft, die weiterhin gegen Diskriminierung jeglicher Art immun ist und niemanden ausgrenzt.

Seit dem Jahr 2013 werden daher die Aktivitäten der Stadt und vieler in der Erinnerungsarbeit aktiven Institutionen zum Darmstädter Gedenkjahr „Gegen das Vergessen!" gebündelt. In unserer Stadt füllen viele zivilgesellschaftliche Gruppen und Initiativen diese Tradition mit Leben. Wir wollen auch in den nächsten Jahren die Darmstädter Erinnerungsarbeit mit den zivilgesellschaftlichen Partnern und insbesondere mit Vertretungen der Jugendverbände, der Darmstädter Schülerinnen und Schüler sowie mit den Studierenden weiterführen.

Antidiskriminierungsleitlinie

Diskriminierungen nicht hinnehmen

Das Amt für Interkulturelles und Internationales soll prüfen, ob es – wie auf Landesebene – auch in Darmstadt der Erarbeitung einer kommunalen Antidiskriminierungsrichtlinie und der gezielten Koordinierung möglicher daraus entstehender Maßnahmen bedarf, um alle Formen von Diskriminierung wirksam zu bekämpfen. Damit würde die Stadt von Diskriminierung betroffene Menschen noch besser als bisher unterstützen und Benachteiligungen bekämpfen. Wir möchten damit ein noch deutlicheres Signal setzen, dass Diskriminierungen, sei es aus ethnischen oder rassistischen Gründen, sei es aufgrund des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung oder aufgrund einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität in unserer Stadtgesellschaft nicht hinzunehmen sind.

7. INTERNATIONALES – VON DER VÖLKERVERSTÄNDIGUNG ZU EUROPA UND DER (EINEN) WELT

Unsere sich als weltoffen verstehende Wissenschaftsstadt Darmstadt stellt sich den mit der Zuwanderung verbundenen Herausforderungen und erkennt gleichzeitig die Einwanderungsrealität als Bereicherung für die städtische Gesellschaft sowie als Chance für einen international ausgerichteten Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort an.

Diese Weltoffenheit wird in Darmstadt auch durch die Städtepartnerschaften und zahlreiche internationale Beziehungen dokumentiert. Um der nach außen und innen gelebten Internationalität Rechnung zu tragen, hat die Stadt das Interkulturelle Büro und

das Büro für Städtepartnerschaften und Internationale Beziehungen zum Amt für Interkulturelles und Internationales zusammengeführt.

Amt für Interkulturelles und Internationales

Als übergeordnetes Ziel der Maßnahmen und Aktivitäten von Städtepartnerschaften steht bis heute im weitesten Sinne die Vermittlung des europäischen Gedankens durch Völkerverständigung.
Wir möchten die Partnerschaftsarbeit thematisch weiterentwickeln und werden die bereits begonnene Vertiefung neuer Schwerpunktthemen in den nächsten Jahren weiter unterstützen: Dazu gehören „Europa und die (Eine) Welt", jugendpolitische Bildung und Austausch, insbesondere unter dem Aspekt von Migration und Antirassismus, nachhaltige Stadtentwicklung sowie Wirtschafts- und Wissenschaftskooperation. Besonderes Gewicht im Rahmen der Förderung des Europagedankens sollte angesichts der aktuellen gesellschaftspolitischen Entwicklungen (Aufleben rechtsextremen/rassistischen Gedankenguts) sowohl der Erinnerungskultur als auch der kritischen Auseinandersetzung mit der europäischen Migrations- und Minderheitenpolitik beigemessen werden.

Partnerschaftsarbeit thematisch weiterentwickeln

Die Verknüpfung von interkulturellem und internationalen Gedanken ist der Stadt auch mit dem Europa-Wochenende gelungen, das die Partnerstädte und MigrantInnenselbstorganisationen stärker zusammenführt und die Delegationen aus den Partnerstädten zur Diskussion über integrationspolitische Themen wie z. B. Willkommenskultur einlädt. Wir wollen in Zukunft weitere Schnittstellen erarbeiten und somit das interkulturelle und internationale Profil unserer Stadt schärfen.

8. INTERNATIONALES – NACHHALTIGE STADTENTWICKLUNG, WIRTSCHAFTS- UND WISSENSCHAFTSKOOPERATION

Wir wollen den Bereich „Nachhaltige Stadtentwicklung" zu einem Schwerpunkt und zu einer der Leitideen der zukünftigen Internationalisierungsstrategie machen.

QUEERES DARMSTADT

Für alle, für die es nicht nur schwarz und weiß gibt.

GRÜNE Konzepte für Lesben, Schwule, Bi, Trans*, Inter* und Queere Menschen

Wir GRÜNE setzen uns für die Rechte von LGBT*IQ (Lesbische, Gay (Schwul), Bi, Trans*, Inter* und Queere)-Menschen ein. Wir stellen uns Diskriminierung von LSBT*IQ entgegen und streben eine engere Zusammenarbeit mit den LGBT*IQ-Akteur*innen in Darmstadt, insbesondere mit dem Verein Vielbunt, an.
Seit 2010 leistet Vielbunt e.V. einen wichtigen Beitrag zu einer toleranten und vielfältigen Stadtgesellschaft. Der ehrenamtlich organisierte Verein gibt queeren Menschen ein Gesicht und wirkt durch Aufklärung homo- und transphober Diskriminierung entgegen.
Dies unterstützen wir GRÜNE ausdrücklich. Wir sind am Ziel, wenn queeres Leben in Darmstadt selbstverständlich ist und sich LSBT*IQ nicht mehr vor Diskriminierung und Benachteiligung fürchten müssen.

Queeres Leben in Darmstadt selbstverständlich machen

Sichtbarkeit
Unsere Unterstützung queerer Menschen wollen wir in Zukunft noch deutlicher sichtbar machen. Hierzu möchten wir an verschiedenen Tagen im Jahr wie zum Beispiel dem Internationalen Tag gegen Homo-, Bi- und Trans*feindlichkeit (IDAHOT*) im Mai oder dem Christopher Street Day im August Aktionen starten wie beispielsweise die Beflaggung öffentlicher Gebäude mit Regenbogenfahnen.

Queere Orte
In Darmstadt gibt es keinen institutionalierten Ort queeren Lebens. Trotz aller Bemühungen werden LGBT*IQ-Menschen weiterhin diskriminiert. Ein klares Bekenntnis seitens der Stadt ist notwendig. Wir GRÜNE möchten daher, dass ein queeres Zentrum als Begegnungs- und Schutzraum für queere Menschen – vor allem Jugendliche – eingerichtet wird. Dadurch kann die Stadt Unterstützung für die vielfältige ehrenamtliche Arbeit, die durch Vielbunt und weitere Intitiativen in Darmstadt getragen wird, leisten und eine zentrale Anlaufstelle für queeres Leben schaffen. Neben dem Angebot

Queeres Zentrum als Begegnungs- und Schutzraum

ehrenamtlicher Akteurinnen und Akteure soll dieses Zentrum auch professionelle Beratung für LGBT*IQ-Menschen und deren Angehörige bieten.

Queere Stadtverwaltung
Wir GRÜNE werden in der Stadtverwaltung eine Ansprechperson als Beauftragte/r für sämtliche Angelegenheiten von LGBT*IQ benennen. Somit haben sowohl LGBT*IQ-Bürgerinnen und -Bürger, als auch -Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter der öffentlichen Einrichtungen eine dezidierte Ansprechperson. Wir möchten außerdem die Sensibilisierung innerhalb der öffentlichen Einrichtungen erhöhen, um auch hier der Diskriminierung von LGBT*IQ-Menschen entgegenzuwirken.

Queeres Ehrenamt unterstützen
In Darmstadt gibt ein sehr breites ehrenamtliches Engagement, das wir GRÜNE nicht nur ideell, sondern auch finanziell unterstützen möchten. Gerade die Antidiskriminierungsarbeit zu sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität an Schulen (SchLAu), HIV/AIDS-Präventionsarbeit, Beratungs- und Vernetzungsangebote und der Christopher Street Day sind für uns GRÜNE wichtige Bestandteile eines queeren Darmstadts.

Aufarbeitung der Verfolgung durch das NS-Regime und den Paragraphen 175
Wir GRÜNE werden die Aufarbeitung der Verfolgung homosexueller Menschen durch das NS-Regime, aber auch die Verfolgung in der Bundesrepublik Deutschland unter dem Paragraphen 175 in Darmstadt und darüber hinaus durch die Stadt vorantreiben. Zudem soll ein Ort des Gedenkens geschaffen werden. ***> Kultur***

Die GRÜNEN Alten

Für alle mit viel Lebenserfahrung.

Die GRÜNEN Alten

Wir GRÜNEN Alten setzen uns für eine systematische Altenhilfeplanung ein, die den Bedürfnissen und Kompetenzen der älteren Menschen Rechnung trägt.

Wir unterstützen quartiersbezogene Teilhabe, wie in Wixhausen und Arheilgen durch „Runde Tische" bereits erfolgreich umgesetzt, und wollen nach und nach deren systematische Ausweitung auf alle Stadtteile bewirken. Hier ist an die Stärkung des freiwilligen Engagements und an die Verknüpfung vorhandener Strukturen und Ressourcen gedacht.

Altersgerechtes und generationenübergreifendes Wohnen

Altersgerechtes und generationenübergreifendes Wohnen werden in der Zukunft eine noch größere Bedeutung erfahren als bisher. Die Wohnungsbaugesellschaften stehen hier vor einer großen Herausforderung, ausreichend barrierefreien Wohnraum zu schaffen. ***> Soziales, > Wohnen*** Zu altengerechtem Wohnen gehört auch ein quartiers-bezogenes Beratungsangebot zu Alter und Pflege sowie Treffpunkte (z.B. Begegnungscafés) in der Nähe von Einkaufsgelegenheiten.

Barrierefreier Wohnraum

Mobilität und Infrastruktur für alte Menschen

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) ist für die Erreichbarkeit von kulturellen Angeboten und Einkaufsmöglichkeiten von großer Bedeutung. Es ist besonders bei der Festlegung der Haltestellen auf die Nähe zu Altenwohnheimen zu achten. ***> Soziales*** Der Straßenraum soll barrierefrei gestaltet und für Fußgängerinnen und Fußgänger mit und ohne Gehhilfen (Rollatoren, Rollstühle) gut begehbar sein.

Haltestellen in der Nähe von Altenwohnheimen

Wir GRÜNEN Alten setzen uns für eine Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmerinnen und –teilnehmer ein, wobei die Belange von Fußgängerinnen und Fußgängern besondere Beachtung erfahren sollen.

Zur Mobilität zählt auch die Möglichkeit, Parks und Grünanlagen aufsuchen zu können. Es gilt, auf den Wegen dorthin Ruheplätze (z. B. Bänke) zu schaffen. *> Stadtentwicklung und Mobilität*

Ambulant vor stationär

Altenhilfeplanung „so lange wie möglich – so selbstständig wie möglich"

Mit der Einrichtung des Pflegestützpunktes und des Fachdienstes Pflege in der Verwaltung hat Darmstadt bereits einen wichtigen Schritt zu einer bedarfsgerechten Beratung rund um das Thema „Pflege" getan. Der Pflegestützpunkt feierte 2015 sein fünfjähriges Jubiläum und ist als Fach- und Beratungsstelle höchst anerkannt. Wir wollen die Angebote des Pflegestützpunktes vermehrt in die Stadtteile tragen und sozialraumorientiert ausrichten. Projekte wie Hiergeblieben e.V. zeigen, dass eine gute Infrastruktur für ältere Menschen insbesondere auch durch ehrenamtliches Engagement unterstützt werden kann. Diese und ähnliche Projekte wollen wir nachhaltig fördern. Die Leitlinie der Darmstädter Altenhilfeplanung „so lange wie möglich – so selbstständig wie möglich" soll umgesetzt werden. Dazu werden unterschiedliche Ansätze der ambulanten pflegerischen Versorgung gebraucht: von Tagespflege über Demenz-Wohngemeinschaften bis hin zu betreuten Wohn-, Pflege- und Unterstützungsangeboten in Wohnanlagen. *> Soziales*

Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe

Der Einsatz von und für Alte muss auch die Belange der Migrantinnen und Migranten aufgreifen. Gemeinsam mit den MigrantInnenselbstorganisationen und Facheinrichtungen arbeiten wir an der interkulturellen Öffnung der Altenhilfe. Insbesondere ist eine kultursensible Altenpflege fortzuentwickeln. *> Soziales*

Beteiligung und Teilhabe ist der Schlüssel zum Erfolg

Alle Erfahrungen zeigen, dass die direkte Beteiligung der Älteren in ihren Quartieren und ihrem Wohnumfeld effektiv ist und viele Bürgerinnen und Bürger erreicht. Deshalb unterstützen wir quartiersbezogene Teilhabeprojekte, die älteren Menschen die Möglichkeit bieten, ihre Bedarfe zu benennen und selbst aktiv zu werden. Dabei legen wir einen besonderen Fokus auf die immer größer werdende Gruppe von Menschen, die von Altersarmut bedroht oder betroffen sind.

Interessenvertretung älterer Menschen

Die Interessenvertretung älterer Menschen als direkt gewähltes Beratungsgremium des Magistrats wird die Bedarfe der Alten in die Stadtregierung tragen. Der Arbeitskreis der GRÜNEN Alten unterstützt die Arbeit der Interessenvertretung. Wir sind auch in diesem Gremium vertreten. Gern nimmt der Arbeitskreis Anregungen, Wünsche usw. von allen älteren Bürgerinnen und Bürgern entgegen und leitet sie an die Interessenvertretung weiter.

Der Arbeitskreis der GRÜNEN Alten steht allen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt offen. Hier können die unterschiedlichsten Anregungen besprochen, diskutiert und bearbeitet werden.

FRAUENPOLITIK

Für alle, die seit 1957 vor dem Gesetz gleichberechtigt sind und es de facto auch endlich sein wollen.

GRÜNE Konzepte für Frauenpolitik

Frauenpolitik ist seit der Gründung unserer Partei eines unserer Kernthemen. Vieles hat sich dank GRÜNER Politik verbessert. Und dennoch … verdienen Frauen bei gleichwertiger Arbeit weniger als Männer und besetzen trotz gleicher Qualifikation seltener Führungspositionen. Dagegen sind sie weit häufiger in schlecht bezahlten und prekären Beschäftigungsverhältnissen zu finden und im Bereich „Elternzeit" oder „Häusliche Pflege" überdurchschnittlich oft vertreten. Frauen leiden nach wie vor deutlich stärker unter Gewalt als Männer.
Dies zeigt, dass Frauenpolitik auch in Darmstadt als eigenständiges Feld zu sehen ist und in den nächsten Jahren weiterhin Aufgaben zu bewältigen hat. Chancengerechtigkeit und Gleichberechtigung wird im Mittelpunkt unserer offensiven Frauenpolitik stehen. Dabei geht es auch darum, die Lebensentwürfe von Frauen in ihrer Vielfalt und Unterschiedlichkeit zu erkennen, zu akzeptieren und zu fördern.

Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene
Die Stadt Darmstadt hat 2015 die „Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene" unterzeichnet. Wir GRÜNE bekennen uns ausdrücklich zu der Verpflichtung der Charta, einen Gleichstellungs-Aktionsplan zu erarbeiten und in der Praxis echte Gleichstellung sicherzustellen.

Gleichstellungs-Aktionsplan

Was wir schon erreicht haben:

Viele der im EU-Programm vorgesehenen Maßnahmen wie Partizipation, Beratungs- und Unterstützungsstrukturen wurden in Darmstadt bereits umgesetzt. Zum Beispiel

Seite 89

50 %-Quote bei der Besetzung städtischer Aufsichtsräte

in der vergangenen Legislaturperiode die Einführung einer 50 %-Quote bei der Besetzung städtischer Aufsichtsräte.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

In den kommenden beiden Jahren werden wir unter Beteiligung von Expertinnen und Experten, Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Verwaltung den Gleichstellungs-Aktionsplan erarbeiten, dem dann konkrete Maßnahmen folgen.

Arbeitsmarktpolitik für Frauen
Der Kern frauenpolitischer Forderungen und Maßnahmen ist die eigenständige Existenzsicherung von Frauen und damit ihre existentielle Unabhängigkeit.

Wir GRÜNE setzen uns ein für
- gleiche Teilhabe von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt
- gleiche Karrierechancen für Frauen und Männer, Mütter und Väter und Pflegende
- Beseitigung der Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern: gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- einen gleichberechtigten Zugang zu Führungspositionen in Wirtschaft, öffentlicher Verwaltung, Wissenschaft und Forschung
- Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege für beide Geschlechter
- lebensphasenorientierte Arbeitszeitmodelle

Die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung lässt sich auch in Darmstadt am Grad der Umsetzung einer guten Arbeitsmarktpolitik für Frauen messen. So muss in den kommenden fünf Jahren die Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt für Mädchen und Frauen durch zielgruppenspezifische Maßnahmen und Projekte verbessert werden.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Wir werden gezielte Angebote im Bereich Berufswahl, Kampagnen für Entgeltgleichheit und Förderprogramme für Alleinerziehende auf den Weg bringen.
Auf die konsequente Umsetzung der vorhandenen Gesetze wie z. B. dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz werden wir in unserer Stadt ein besonderes Augenmerk legen – gerade der Öffentliche Dienst muss hier mit gutem Beispiel voran gehen.
Es ist auch künftig erforderlich, die Beschäftigungspolitik und Qualifizierungsprogramme zur Wiederaufnahme von Erwerbsarbeit (z. B. nach Arbeitslosigkeit oder bei beruflichem Wiedereinstieg) auf geschlechtsspezifische Bedarfe auszurichten.

Wir machen uns dafür stark, dass auch in den kommenden fünf Jahren städtische Mittel sowie Bundes- und EU-Gelder für die Qualifizierung von Frauen und für Wiedereinstiegsprogramme eingesetzt werden.
Lokale Frauenbildungseinrichtungen, die im frauenpolitischen Netzwerk fest verankert sind, müssen gefördert werden, damit bedarfsgerechte Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote für Frauen ausreichend zur Verfügung stehen.

Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie
Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist nach wie vor ein zentrales Thema für Mütter und Väter und von daher schwerpunktmäßig im Wahlprogramm unter Familienpolitik ausgeführt. ***> Soziales***
Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist aber ebenso ein frauenpolitisches Thema, denn Ziel ist die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Erwerbs- und Familienarbeit. Verteilungsgerechtigkeit ist Kern frauenpolitischer Forderungen, das heißt: Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer, strukturelle Unterstützung durch Kinderbetreuung, Förderung familienfreundlicher Personalpolitik in Unternehmen/Behörden und vieles mehr.

Verteilungsgerechtigkeit

Insbesondere für Alleinerziehende – mehrheitlich Frauen – hängt die Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt von der familienpolitischen Infrastruktur, wie Kinderbetreuung, familienfreundliche Personalpolitik der Arbeitgeber usw. ab.
Zur GRÜNEN Erfolgsbilanz zählt, dass unter unserer Federführung die Versorgung mit Kindertagesstätten-Plätzen bedarfsgerecht ausgebaut wurde. Bei den unter Drei Jährigen – den U3s – haben wir eine Quote von 44,3 %, bei den über Drei Jährigen – den Ü3s – liegt die Versorgung bei 101,2 %. Verlässliche Kinderbetreuung ist eine der Grundvoraussetzungen dafür, dass Frauen erwerbstätig sein oder einer Ausbildung nachgehen können. Dafür setzen wir uns auch in den kommenden fünf Jahren ein.

Verlässliche Kinderbetreuung als Grundvoraussetzung für Frauen-Erwerbstätigkeit

Frauen- und mädchenpolitische Netzwerkarbeit
In Darmstadt leben 76.215 Frauen und Mädchen. Das sind 49,4 Prozent der Bevölkerung (Stand 03.2015). Ihre Interessen werden von zahlreichen Institutionen und Verbänden vertreten. Diese sind teilweise hauptamtlich, in weiten Teilen jedoch ehrenamtlich tätig. Sie bieten Angebote zur Gesundheitsförderung, zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder Integration und leisten einen wichtigen Beitrag zur Dokumentation Darmstädter Frauengeschichte sowie zur Frauen- und Sozialpolitik. Diese Arbeit muss gesichert werden.

Gewaltschutz
Frauenrechte und Gewaltschutz sind Menschenrechte und für uns GRÜNE kommunale Pflichtaufgabe.

Konkrete Maßnahmen GRÜNER Frauenpolitik in Darmstadt sind:

- Ausbau der präventiven Maßnahmen im Bereich Gewalt gegen Frauen, Jugendliche und Kinder
- Finanzielle Absicherung des Frauenhauses und der Fachberatungsstellen gegen sexuelle Gewalt
- Ein finanziell festes Fundamente für eine wirkungsvolle Täterarbeit

Null-Toleranz gegenüber Gewalt

Es braucht jedoch mehr als nur Geld: Durch gezielte Projekte muss Gewalt gegen Frauen und Mädchen aus der Tabuzone geholt und offensiv geächtet werden. Dass Gewalt in unserer Stadt Null-Toleranz erfährt, muss bereits im Kindergarten zur Prämisse werden. Ungeachtet der Herkunft, Ethnie, dem Alter oder des sozialen Status – Gewalt muss offensiv, präventiv und strategisch zurückgedrängt werden. Wir brauchen deshalb neben einem gezielten Hilfe-, Schutz- und Unterstützungsangebot auch eine öffentliche Debatte über Gewaltverhältnisse und strukturelle Gewalt in unserer Stadt.

Eine frauenfreundliche Stadt ist eine sichere Stadt

Gewaltschutz und Gewaltprävention sind Pflichtaufgaben, die kommunal gesteuert, aber von Bund und Land finanziert werden müssen. Denn für uns GRÜNE ist klar: Eine frauenfreundliche Stadt ist auch eine sichere Stadt.

Institutionalisierte Frauenpolitik

Institutionalisierte Frauenpolitik hat in Darmstadt mit dem Frauenbüro, den Frauenbeauftragten, den Frauenförderplänen und der Quote bei den Aufsichtsgremien eine lange Tradition. Zusammen mit den vielfältigen Frauengruppen und -organisationen haben wir in Darmstadt ein breites Frauennetzwerk, das an der Geschlechtergerechtigkeit arbeitet und für diese eintritt. Diese Art der Darmstädter Frauenpolitik wollen wir in den nächsten fünf Jahren in allen Bereichen der Stadtpolitik fortsetzen und stärken. Das Frauenbüro ist dabei die zentrale Fachstelle.

Frauenpolitik ist noch lange nicht obsolet, sondern gestaltet Demokratie stabilisierende Prozesse kreativ und erfolgreich für die Darmstädter Bevölkerung, von der immerhin die Hälfte weiblich ist. Wir GRÜNE – Frauen und Männer – sind auch in der nächsten Legislaturperiode aktiv dabei!

BILDUNG

Für alle, die ein Leben lang lernen wollen.

GRÜNE Konzepte für Bildung

Gute Bildung ist der Schlüssel für Chancengleichheit und Teilhabe. Sie fördert die individuelle Entwicklung, sichert Beschäftigung und eigenständige Existenzsicherung, begünstigt Stadt- und Kulturentwicklung und ist Garant für wirtschaftliche Standortsicherung.

Lebenslanges Lernen

Gute Bildung für alle ist Bildung für alle Altersgruppen – lebenslanges Lernen ist heute in Bildungsbiografien Standard. Sie umfasst allgemeine Bildung und berufliche Bildung, schulische Bildung, Berufsausbildung, Hochschulbildung und Weiterbildung. Bildung findet an allen Orten statt – ist formal, non-formal oder informell. Orte von Bildung sind vielfältig: Familien, Kindertagesstätten, Schulen, Kinder- und Jugendzentren, Vereine, MigrantInnenselbstorganisationen, Volkshochschulen, Familienzentren, Akademien, Bildungsträger, Betriebe, Kammern, Hochschulen und viele mehr.

Bildungssystem an den Biographien orientieren

Wirkungsvolle Bildung stellt die unterschiedlichen Anforderungen und Kompetenzen der Menschen in den Mittelpunkt und passt das Bildungssystem deren Bedürfnissen an. Vor dem Hintergrund der Herausforderungen der Wissensgesellschaft, des demografischen Wandels, des Rechtsanspruchs auf Inklusion und der Internationalisierung bedeutet gute Bildung, das Bildungssystem an den Biographien zu orientieren. Insofern wollen wir Bildungsstrukturen ermöglichen, die allen Menschen die Teilhabe an Bildung und individuell ausgerichteter Förderung eröffnen.

Bildungspolitik sehen wir eng verzahnt mit anderen Politikfeldern – so lassen sich Anforderungen, Ressourcen und politische Konzepte sinnvoll abstimmen, anpassen und weiterentwickeln. Die kommunalpolitischen Einflussmöglichkeiten auf Bildung sind vielfältig, müssen aber von landespolitischen und bundespolitischen Verantwortlichkeiten abgegrenzt werden, obwohl die politischen Ebenen aufeinander wirken und ineinandergreifen.

1. CHANCEN- UND TEILHABEBERECHTIGKEIT

Integrierte und individuelle Förderung

Schule, die integriert und individuell fördert

Gute Bildung ist für uns GRÜNE mehr als nur Vorbereitung auf das Arbeitsleben und Qualifikation für einen flexiblen Arbeitsmarkt. Schulische Bildung muss Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen vielfältige Lernerlebnisse, Anregungen und soziale Kontakte ermöglichen. Statt einer Schulstruktur, die früh aussortiert, brauchen wir eine Schule, die die Lernenden integriert und individuell fördert – Begabte genauso wie Benachteiligte. Unabhängig von ihrer Herkunft und ihren sozialen Voraussetzungen muss jungen Menschen die Möglichkeit geboten werden, sich individuell und ihren Neigungen bzw. Talenten entsprechend zu entwickeln.

Als unverzichtbare Bestandteile bei der Vermittlung guter Bildung stehen nach unserem Verständnis folgende Punkte im Zentrum:

- die Entwicklung einer individuellen, starken und selbstbewussten Persönlichkeit
- die Erziehung zu einem demokratischen Grundverständnis und gesellschaftlichem Handeln
- das Erlernen sozialer und fachbezogener Kompetenzen

Erst wenn wir allen eine umfassende Bildung und Ausbildung ermöglichen, können wir allen Bürgerinnen und Bürgern eine sichere Existenz durch ein gesichertes Einkommen, soziale Teilhabe und somit eine selbst bestimmte Zukunft in einer solidarischen Gemeinschaft ermöglichen.

Neue gesellschaftliche Herausforderungen

Die größten Herausforderungen für die Bildungspolitik sind derzeit die Gestaltung des technologischen und medialen Wandels, die demografische Entwicklung, die Internationalisierung, das lebenslange Lernen, die Pluralisierung der Lebenskonzepte und die Zunahme von Vielfalt. Weitere Entwicklungsanforderungen entstehen durch die Integration von Flüchtlingen und nicht zuletzt durch das Thema „Inklusion". Daraus entstehen neue Anforderungen an die Strukturen und die Organisation des Bildungssystems.

Für uns GRÜNE bedeutet das:

- die Vernetzung in regionalen Bildungslandschaften voranzubringen
- und das Lernen vor Ort zu stärken

Ganz besonders sind dabei die Städte und Kreise gefordert, denn sie müssen die guten Bedingungen dafür schaffen.

Inklusion statt Ausgrenzung

„Inklusive Bildung" bedeutet, allen Menschen einen Zugang zu hochwertiger Bildung zu ermöglichen und sie in die Lage zu versetzen, ihre Potenziale zu entfalten. Dies schließt grundsätzlich Benachteiligung jeder Art aus. Stattdessen sollen alle Menschen

– Ältere, Migrantinnen und Migranten, Menschen mit Behinderung, Arbeitslose etc. – gleiche Chancen auf dem Bildungs- und Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft erhalten. Inklusive Bildung nimmt jeden Menschen mit seiner Einzigartigkeit und seinen individuellen Bedürfnissen in den Blick. Sie steht für gleichberechtigte Teilhabe an den Bildungsangeboten zur Entfaltung und Entwicklung der eigenen Möglichkeiten.

Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit

Inklusive Bildung stellt die unterschiedlichen Bedürfnisse und Voraussetzungen der Lernenden in den Mittelpunkt und passt das (Berufs-)Bildungssystem an die Bedürfnisse der Lernenden an und nicht umgekehrt. Sie orientiert sich an Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit.

Wir GRÜNE stehen für klare Konzepte einer Bildungspolitik:

- die zukunftsfähig ist und jeder und jedem die Teilhabe an Bildung ermöglicht
- die Förderung und Bildung von Kindern und Jugendlichen unabhängig von der sozialen Herkunft garantiert
- die individuell fördert und niemand zurücklässt
- die bisherige und künftige Migration berücksichtigt
- die Vielfalt anerkennt und deren Potenziale nutzt

2. BILDUNGSREGION DARMSTADT UND DARMSTADT-DIEBURG

Gut organisierte und ausgebaute Bildungsstrukturen im Sinne lebenslangen Lernens tragen zur Förderung der individuellen persönlichen Entwicklung und zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe bei. Die Menschen in der Region Darmstadt/Darmstadt-Dieburg richten ihr Leben nicht nach den Stadtgrenzen und behördlichen Zuständigkeiten aus. Schon seit vielen Jahren beobachten wir im Betreuungs-, Schul- oder Ausbildungsbereich eine gebietskörperschaftsüberschreitende Bewegung.

Was wir schon erreicht haben:

Bildungsregion Darmstadt und Darmstadt-Dieburg

Systematischer Ausbau einer regionalen Bildungslandschaft

Wir betrachten den systematischen Ausbau einer regionalen Bildungslandschaft als eine tragende Säule. Das Ziel einer Bildungsregion Darmstadt und Darmstadt-Dieburg ist, die unterschiedlichen Bildungsbereiche (von der vorschulischen Bildung bis zur Erwachsenenbildung) zwischen der Stadt Darmstadt und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg abzustimmen, zu vernetzen und weiterzuentwickeln.

Ein wichtiger Schritt dabei ist der Bildungsbeirat. In ihm werden die Akteure und Träger von Bildungsangeboten miteinander vernetzt und deren Potenzial und Sachverstand zusammengeführt.

Bildungsplanung wird als gemeinsame Aufgabe (z. B. im Bereich Schule und Jugendhilfe) verstanden, um Bildungseinrichtungen als Lebens- und Lernorte im Sozialraum zu gestalten.

Projekte, wie die Umsetzung des „Pakts für den Nachmittag", wurden in der Bil-

dungsregion Darmstadt und Darmstadt-Dieburg initiiert und gemeinsam die Teilnahme an der Modellphase beantragt.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Berufsbildende Schulen zu zukunftsfähigen Zentren entwickeln

Die Ergebnisse des „Pakts für den Nachmittag" sind gemeinsam zu evaluieren und in qualitativ hochwertige Konzepte für Ganztagsschulbetreuung zu implementieren.
Die Gespräche zur gemeinsamen Entwicklung der Berufsbildenden Schulen zwischen Stadt und Landkreis sind zu intensivieren, um zukunftsfähige Zentren aufzubauen.
Der Schulentwicklungsplan ist in einer Bildungsregion in abgestimmter Planung zu verwirklichen. Die gemeinsame Schulträgerschaft ist dabei ein wichtiges Ziel.

Bildungsatlas – Bildungsmonitoring

Die Stadt Darmstadt und der Landkreis Darmstadt-Dieburg arbeiten seit 2013 im Bildungsbeirat an einer Vernetzung ihrer Bildungsangebote. Dabei gilt es auch, einen Überblick über die vielfältigen in der Region angebotenen Aktivitäten und Projekte im Bildungsbereich zu erhalten. Alle Bildungsangebote sollen in einem „Bildungsatlas" gesammelt und für Analysen und die Entwicklung von Bildungskonzepten und -modellen genutzt werden.
Weiterhin wollen wir auf der Grundlage des Bildungsatlas eine indikatorengestützte Bildungsberichterstattung und ein Bildungsmonitoring implementieren, welche kontinuierlich verlässliche Zahlen, Daten, Fakten für steuerungsrelevante Weichenstellungen und Entscheidungen bieten. Im Rahmen des Bildungsmonitorings sollen individuelle Bildungsbiographien erfasst und analysiert werden. Darüber hinaus ist es Ziel, die

Durchlässigkeit des Bildungssystems

Durchlässigkeit und Nutzbarkeit des Bildungssystems für alle Bevölkerungsgruppen sowie mögliche Vernetzungen in den Bildungsangeboten transparent zu machen. Aus dem Bildungsmonitoring werden wir kommunalpolitische Bildungsziele ableiten und umsetzen.

3. VORAUSSETZUNG FÜR GUTE BILDUNG SIND GUTE SCHULEN

Vielfalt stärken

Darmstadt hat eine vielfältige Schullandschaft, bestehend aus Grundschulen, Stadtteilschulen und Gesamtschulen, Förderschulen, Gymnasien, Berufsbildenden Schulen und freien Schulen. Sie ist einerseits geprägt durch die G8- und G9-Bildungsangebote der Gymnasien, die berufs- und studienqualifizierenden Angebote der Berufsbildenden Schulen, aber auch durch die Vermittlung alternativer Lehr- und Lernmethoden in anderen Schulformen.
Darmstadts Stadtgesellschaft ist vielfältig. Aufgrund der Attraktivität des Standorts wird sie künftig durch Zuzug, aber auch durch Zuwanderung von Arbeitsmigrantinnen und -migranten sowie Asylsuchenden noch bunter werden.

GRÜNE Bildungspolitik möchte daher alle Schulen und Schulformen darin unterstützen, mit unterschiedlichen Profilen ihre Möglichkeiten über bloße Wissensvermittlung hinaus zu entwickeln, um den Anspruch auf Persönlichkeitsbildung und Bildungsgerechtigkeit zu ermöglichen. So können sie sich besser den Herausforderungen stellen, die sich aus Zuzug und Zuwanderung ergeben.

Land und Bund in die Pflicht nehmen

Vieles im Bereich der Bildung und Betreuung ist Landesaufgabe. Den Kommunen hingegen sind relativ enge Gestaltungsgrenzen gesetzt. Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern leiden unter der für sie zum größten Teil unklaren Struktur der Aufgabenverteilung. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Land und Bund immer wieder in die Pflicht genommen werden, die gegebenen Versprechen auch einzulösen: Sei es bei dem schleppenden Ausbau echter Ganztagsschulen, sei es auf dem Weg zur selbstständigen Schule mit einem ausreichenden Budget. Oder hinsichtlich einer angemessenen Ausstattung für den gemeinsamen Unterricht von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung sowie der angemessenen Förderung asylsuchender Schülerinnen und Schüler sowie von Flüchtlingen.

Ganztagsschulen

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Wir GRÜNE wollen

- Langes gemeinsames Lernen!
- Die Reform der LehrerInnenausbildung muss weiterentwickelt werden. Neue Standards müssen Eingang finden.
- Angebote in der Fort- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern, die sie in die Lage versetzten, Deutsch als Fremdsprache bzw. sprachsensibel zu unterrichten, sowie den Kompetenzerwerb in den Themenfeldern „Interkulturalität" und „Inklusion" fördern, müssen vom Land zügig entwickelt werden.
- Interkulturelle, soziale und didaktische Kompetenzen müssen an den Universitäten einen höheren Stellenwert erhalten.

Inklusion konkret – Chance für unser Schulsystem

Inklusion ist für uns Darmstädter GRÜNE ein Paradigmenwechsel in der kommunalen Bildungspolitik. Sie findet täglich in den unterschiedlichsten Einrichtungen statt.

Was wir schon erreicht haben:

Die Stadt Darmstadt hat als Schulträger inklusive Konzepte entwickelt und umgesetzt. Herausstellen möchten wir die Ludwig-Schwamb-Schule und die Mühltalschule im Eberstädter Süden. Die Förderschule mit dem Schwerpunkt „Lernen" und die benachbarte Grundschule haben sich gemeinsam auf den Weg zur Inklusion gemacht.

Im Rahmen von Planungswerkstätten ermöglichte die Koalition aus Bündnis 90/DIE GRÜNEN und CDU eine intensive Auseinandersetzung mit planungsrelevanten Fragen im Zusammenhang mit der Konzeption eines inklusiven Schulgebäudes.
In der Lincoln-Siedlung wird eine neue Grundschule für 400 Kinder entstehen. Die Schule wird in einem Wettbewerb ausgelobt und soll alle Möglichkeiten für inklusive gebundene Ganztagsbeschulung erhalten. Dieses Modell zeigt, dass die Stadt die baulichen Voraussetzungen für gute pädagogische Arbeit garantiert. *> Soziales*

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Wir werden den Prozess der Inklusion weiter fördern. In einem der Darmstädter Stadtteile wird ein inklusives Modell entwickelt und umgesetzt. Hier sollen alle inklusiven Konzepte, die sich bewährt haben, konzentriert Anwendung finden. Anschließend soll das Modell auf das gesamte Stadtgebiet ausstrahlen.

Auf kommunaler Ebene werden wir bei allen Schulneubauten und Schulsanierungen folgende Aspekte berücksichtigen:
- Barrierefreier Ausbau oder Umbau von Schulgebäuden
- Bereitstellung von Differenzierungs-Räumen
- Offene Lernlandschaften für einen multifunktionalen Einsatz
- Sanierung von Turnhallen und/oder Schaffung von Psychomotorik-Räumen

Des Weiteren werden wir den initiierten Arbeitskreis „Inklusion", in dem unterschiedliche Bildungseinrichtungen sowie innere und äußere Schulverwaltung regelmäßig zusammenfinden, fortsetzen und dessen Arbeit intensivieren.

Rahmenbedingungen für gute inklusive Schule

Inklusion gilt für alle Schulformen. Wir Darmstädter GRÜNE werden im Rahmen der Möglichkeiten alle Schulen auf ihrem inklusiven Weg unterstützen. Inklusion ist nicht zum Null-Tarif zu erreichen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch innerhalb des Schulbausanierungsprogramms weiterhin viel Geld zur Verfügung gestellt wird, um die räumlichen Rahmenbedingungen für gute inklusive Schule zu schaffen.

Schule als Lern- und Lebensort

GRÜNES Handeln im kommunalen Bereich hat die Schülerinnen und Schüler im Blick!

Schülerinnen und Schüler einbeziehen

Bürgerbeteiligung ist uns GRÜNEN in allen Bereichen und für alle Bevölkerungsgruppen wichtig. Wenn es um das Thema „Schule" geht, stehen bei uns die Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt! Das bedeutet, wir werden zukünftig die Schülerinnen und Schüler noch stärker in die Schulgestaltung einbeziehen. So wollen wir, dass die Darmstädter Schulhöfe mit Beteiligung der Schülerinnen und Schüler sukzessive umgestaltet werden. Dies geht nicht von „heute auf morgen". Anfänge wurden schon gemacht. „Beton-Wüsten" wurden in ansprechende Aufenthaltsbereiche umgewandelt.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Wir wollen inklusive und kind- bzw. jugendgerechte Schulhöfe entwickeln und umsetzen, deren Attraktivität in den jeweiligen Stadtteil ausstrahlt. Hier ist es uns wichtig, die neu zu konzipierenden Schulhöfe mit Beteiligung der Schülerinnen und Schüler zu gestalten und als soziale, offene und kommunikative Stadtteilplätze weiterzuentwickeln.

Schule als Lern- und Lebensort

Dies führt auch zu einer verbesserten Identifikation mit der Schule. Schule ist so nicht nur Lern-, sondern auch Lebensort. Daher soll ein Schulhofsanierungsprogramm noch stärker in das Schulbausanierungsprogramm integriert werden.

Gesundheitsfördernde Schule

Das Thema „Schule und Gesundheit" wird durch verschiedene meist unabhängige Förder-Programme abgebildet.

Flächendeckende Ausstattung mit Mensen

Für die kommunalpolitische Handlungsebene ist uns GRÜNEN die flächendeckende Ausstattung der Schulen mit Mensen wichtig. Dabei wollen wir, dass für die Schülerinnen und Schüler ein gesundes Essen regionaler Dienstleister angeboten wird. Dies gelingt in vielen Schulmensen schon heute. Bei der Vergabe von Schulkiosk-Konzessionen wird darauf geachtet, dass die Betreiberinnen und Betreiber möglichst vollwertige Nahrungsmittel und gesunde Getränke führen.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Wir GRÜNE wollen ein kostengünstiges, gesundes Mittagessen für jedes Kind in Darmstädter Schulen**.**

Flexible Eingangsstufen

Die intensive Zusammenarbeit von Schulen und Kindertagesstätten im Rahmen der Arbeit des Bildungs- und Erziehungsplanes und weiterer Kooperationen wird die Bildungschancen vieler Kinder deutlich verbessern. Der Übergang von der Kindertagesstätte in die Schule kann durch Vernetzung und Austausch im Sinne der Kinder gut begleitet werden.

Wir GRÜNE wollen, dass Grundschulen, die dies wünschen, flexible Eingangsstufen einrichten können. Flexible Eingangsstufe bedeutet, dass die Kinder nach ihren individuellen Voraussetzungen die ersten beiden Schuljahre in einem oder zwei Jahren in altersgemischten Gruppen durchlaufen. Diese Wahlfreiheit ist abhängig von der Zustimmung des Landes und der Bereitstellung von entsprechenden LehrerInnenstellen.

4. DARMSTADT ALS STANDORT BERUFSBILDENDER SCHULEN STÄRKEN

Südhessen gehört zu den stärksten Wirtschaftsregionen Europas. Dies basiert vor allem auf der Innovationskraft der Unternehmen und dem Know-how ihrer Mitarbeiterin-

nen und Mitarbeiter. Es müssen vielfältige Anstrengungen unternommen werden, dass alle Schülerinnen und Schülern einen qualifizierten Abschluss erreichen. Darauf aufbauend sollen alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Möglichkeit haben, studien- oder berufsqualifizierende Bildungsgänge zu besuchen. Die Darmstädter Schullandschaft soll somit allen die Möglichkeit eröffnen, die Allgemeine Hochschulreife bzw. die Fachhochschulreife und/oder den Abschluss einer dualen Ausbildung in der Region Südhessen zu erwerben.
Das zwischen Wirtschaft, Gewerkschaften, Kommunalen Spitzenverbänden, Agentur für Arbeit und Hessischer Landesregierung im März 2015 geschlossene „Bündnis für Ausbildung Hessen" wird von uns für die Stadt Darmstadt unterstützt und umgesetzt. Im Sinne dieses Bündnisses müssen alle Anstrengungen unternommen werden, damit jeder junge Mensch die Ausbildungsreife erreichen kann. Das bedeutet konkret: Allen Jugendlichen ist ein dualer oder vollschulischer Ausbildungsplatz anzubieten, bzw. alle Jugendlichen werden bei ihrem Erwerb der Ausbildungsfähigkeit unterstützt.

Duales System der Berufsausbildung

Höhere Anerkennung der dualen Berufsausbildung

Allgemeine und berufliche Bildung sind grundsätzlich gleichwertig. Vor diesem Hintergrund soll eine höhere Anerkennung der dualen Berufsausbildung in der Gesellschaft erreicht werden. Das duale Berufsausbildungssystem gilt weltweit als vorbildlich. Die Verbindung von schulischem Lernen und betrieblicher Ausbildung gewährleistet eine hohe Qualifikation derer, die sie absolvieren.

> Berufsbildende Schulen sind dabei die Zentren, die den schulischen Teil der dualen Berufsausbildung übernehmen. Sie sind deshalb von großer Bedeutung für die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Darmstadt und der Region Südhessen.

Zukünftig sollen die berufsbildenden Schulen der Stadt Darmstadt und des Landkreises Darmstadt-Dieburg noch enger kooperieren. Dies soll auch durch die Fortschreibung des gemeinsamen Berufsschulentwicklungsplanes und durch Kooperationen mit den Berufsbildenden Schulen der umliegenden Landkreise geschehen.

5. SCHULBAUSANIERUNGSPROGRAMM: AUSREICHEND FINANZIELLE MITTEL FÜR GUTE RAUMKONZEPTE BEREIT GESTELLT

Gute ausreichende Raumkonzepte sind Voraussetzung für die Umsetzung von schulischen Konzepten, wie z.B. der rhythmisierten gebundenen Ganztagsschule. Dabei sind Funktionsräume wie beispielsweise Mensen oder Aufenthaltsräume für die Mittagspause notwendig.

Was wir schon erreicht haben:

Seite 100

Durch das Schulbausanierungsprogramm haben wir den Sanierungsstau der letzten Jahrzehnte Stück für Stück abgebaut. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Fi-

nanzmittel von 7 auf 24 Mio. Euro jährlich erhöht wurden! Das Schulbausanierungsprogramm zeigt transparent die bereits umgesetzten Maßnahmen und die Priorität der anstehenden Sanierungsmaßnahmen.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

- Das Schulbausanierungsprogramm soll fortgesetzt und weiterhin mit finanziellen Mitteln hinterlegt werden.
- Die Erweiterung von Schulen soll durch Neubaumaßnahmen umgesetzt und die notwendigen Finanzen müssen bereit gestellt werden.
- Entfaltungs- und Freiräume im kreativ-musischen oder im sportlichen Bereich sollen den Kindern und Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden.

Sanierung und Ausbau der Beruflichen Schulen

Was wir schon erreicht haben:

Die Sanierung und Ergänzung durch Neubauten des Berufsschulzentrums Nord haben wir auf den Weg gebracht. Nach Jahrzehnten des Stillstands werden in den nächsten Jahren mehr als 69 Mio. Euro in die Renovierung und Neugestaltung des Berufsschulzentrums Nord investiert. Damit ist es das größte Schulbauprojekt der Wissenschaftsstadt Darmstadt, koordiniert vom Eigenbetrieb Immobilienmanagement (IDA). In die Planung sind die Lernenden, die Lehrkräfte, die Kammern und die Schulleitungen der Schulen einbezogen.

Das größte Schulbauprojekt der Wissenschaftsstadt Darmstadt: Berufschulzentrum Nord

Ebenso wird das Berufsschulzentrum Mitte mit unserer Unterstützung umfangreich modernisiert. Die Zentren der berufsbildenden Schulen der Wissenschaftsstadt Darmstadt werden unter Berücksichtigung energieeffizienten Bauens neu gestaltet.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Berufsbildende Schulen sollen sich zukünftig noch verstärkt durch fachliche Schwerpunkte auszeichnen und Zentren der Erwachsenenbildung werden. Dafür ist eine Abstimmung in der Bildungsregion notwendig.

6. SOZIALRAUMORIENTIERTE SCHULSOZIALARBEIT

Schulen entwickeln ihre pädagogische Arbeit mit der Zielsetzung, Schülerinnen und Schüler individuell zu fördern und zur umfassenden Entwicklung ihres persönlichen Potenzials anzuregen.

Schule ist zentraler Lebens- und Erfahrungsort für Kinder, Jugendliche und junge Er-

wachsene. Deshalb nehmen Schulen verstärkt ihre Verantwortung im Bereich der Persönlichkeitsstärkung und Prävention wahr und realisieren vielfältige Projekte, zum Beispiel zum Verhalten in Konflikten, zur Vermeidung von Schulabbrüchen, zur Suchtprävention, zur Bewältigung von Krisensituationen und zur Gewaltvermeidung. In diesen Feldern besteht die Notwendigkeit, die Arbeit von Lehrkräften mit Angeboten und Möglichkeiten der Schulsozialarbeit zu verschränken.
Wenn Lehrerinnen oder Lehrer beispielsweise wahrnehmen, dass Schülerinnen und Schüler mit gravierenden sozialen, familiären oder psychischen Problem- und Konfliktsituationen konfrontiert sind, ist ein niederschwelliges Beratungs- und Unterstützungsangebot mit regelmäßiger Präsenz in der Schule von großer Bedeutung. So finden junge Menschen bei Schwierigkeiten und in Notsituationen auf der Basis von Freiwilligkeit und Vertrauen schnell und unbürokratisch Ansprechpersonen. Längerfristige individuelle Förderprozesse werden in enger Kooperation von Schule, Schulsozialarbeit, Eltern und bei Bedarf weiteren externen Partnern und Einrichtungen ermöglicht.
Ein breites Spektrum von Angeboten der sozialpädagogischen Arbeit kann und sollte in Schulen die Team-, Kooperations- und Konfliktfähigkeit fördern, zur Entwicklung von Selbstwertgefühl in Gruppenprozessen beitragen und einen Rahmen bieten für das Erkennen und Herausbilden von Interessen und Stärken. Die Öffnung der Schulen und ihre Vernetzung im sozialen Umfeld ermöglichen dabei die Einbeziehung der Lebens- und Aufenthaltsräume der Schülerinnen und Schüler in den Schulalltag.

Was wir schon erreicht haben:

Ausbau der Schulsozialarbeit

Der flächendeckende, sozialraumorientierte Ausbau der Schulsozialarbeit wurde realisiert, so dass alle Schulen von Schulsozialarbeit partizipieren. Die letzte Ausbaustufe auch an den Berufsbildenden Schulen wurde durchgeführt.
Die Umsetzung der Schulsozialarbeit wird regelmäßig evaluiert und Konzepte angepasst. Die zur Verfügung stehenden kommunalen Mittel in Höhe von ca. 1,4 Mio. Euro jährlich werden dynamisiert, was für die Träger der Jugendhilfe zu einer Erhöhung der Zuschüsse führt.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

- Der Ausbau der flächendeckenden, sozialraumorientierten Schulsozialarbeit soll weiter abgesichert werden.
- Die Unterscheidung und Trennung zwischen Landesaufgaben und kommunaler Verantwortung muss hier überwunden werden. Die Möglichkeiten beider Seiten sind sinnvoll zu verzahnen.
- Wir fördern die sozialraumorientierte Ausrichtung der Jugendhilfe durch noch intensivere Vernetzung und Abstimmung der Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendberufshilfe und anderer Angebote.

7. SELBSTSTÄNDIGE SCHULEN

Schulen müssen gesellschaftliche, soziale und technologische Veränderungen aufgreifen und ihre Bildungsangebote wie auch ihre Unterrichtsgestaltung weiterentwickeln. Nur so können sie den Anspruch guter Bildung und individueller Förderung verwirklichen. Die Stärkung der Eigenverantwortung der einzelnen Schulen und ihre Vernetzung mit ihrem Lernumfeld vor Ort in der Kommune liefern wichtige Impulse zur konkreten Verbesserung der regionalen Bildungslandschaft und zur Stärkung der Unterrichtsqualität.

Selbstständigkeit und Eigenverantwortung beziehen sich auf die schulischen Handlungsfelder Unterricht, Personal, Budget und Organisation. Bei der Gestaltung des Unterrichts nutzen selbstständige Schulen ihre erweiterte Freiheit dazu, neue pädagogische und unterrichtsorganisatorische Wege zu gehen. Ein Teil der Ressourcen kann in eigener Verantwortung beispielsweise für zusätzliche Förder-, Beratungs- und Lernangebote, Fortbildung oder sozialpädagogische Arbeit in der Schule verwendet werden. Selbstständigkeit ist kein Selbstzweck, sondern dient der Qualitätsentwicklung von Schule.

Selbstständigkeit dient der Qualitätsentwicklung von Schule

Wir GRÜNE unterstützen das Konzept der selbstständigen Schule und werden auf Schulträgerebene mit den beteiligten Schulen die Umsetzung voranbringen und die Öffnung zum Lernumfeld fördern.

- Gemeinsam sind die Übergänge zwischen Kindertagesstätte, Schule, Ausbildungs- und Arbeitswelt und lebensbegleitendem Lernen zu organisieren.
- Die Vernetzung der kommunalen Kinder- und Jugendhilfe und Sozialarbeit soll ausgebaut werden. Die optimale Förderung der jungen Menschen steht dabei im Mittelpunkt. Zuständigkeitsfragen zwischen Land und Kommune sollen überwunden werden.

8. PRODUKTIONSSCHULE FÜR DIE DARMSTÄDTER BILDUNGSLANDSCHAFT

Wir machen uns seit langem für die umfangreiche Förderung von benachteiligten Jugendlichen stark. Wir wollen die Weiterentwicklung von Produktionsschulen fördern und begleiten. Die Produktionsschulen sollen Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 15 und 27 Jahren eine handlungsorientierte Alternative bieten, um den Übergang von Schule in den Beruf ohne lange Wartezeiten zu meistern. In einer freiwilligen pädagogischen Lerngemeinschaft findet sinnstiftendes Lernen und Arbeiten statt.

In den Werkstätten werden Produkte hergestellt, die marktfähig sind oder es werden konkrete Dienstleistungen für reale Verbraucherinnen und Verbraucher angeboten. Andere Bildungsträger, wie z. B. der Werkhof, haben ähnliche Konzepte bereits umgesetzt. Wir wollen sie mit ihren Erfahrungen einbeziehen und in Verbindung mit dem Staatlichen Schulamt Darmstadt soll eine Kooperation entstehen. Eine gemeinsame Konzeptionierung mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg im Rahmen der Bildungsregion Darmstadt und Darmstadt-Dieburg streben wir an.

9. LEBENSLANGES LERNEN / BILDUNG ÄLTERER MENSCHEN

Unter den Bedingungen der gesellschaftlichen Transformationsprozesse und des demografischen Wandels muss lebenslanges Lernen fester Bestandteil der Bildungspolitik sein. Deshalb werden im Bildungsatlas vor allem auch die vielfältigen Weiterbildungsangebote und die große Vielfalt der Weiterbildungsanbieter berücksichtigt werden. Verstärkt werden wir zudem Bildungsmaßnahmen für ältere Menschen in den Blick nehmen. Sie dienen der Fähigkeitsentwicklung, der Integration sowie der sozialen und kulturellen Teilhabe der Älteren und vergrößern das Fachkräftepotenzial. Darüber hinaus tragen sie dazu bei, dass Bildungsbenachteiligungen nicht „vererbt" werden. Auf der Grundlage des Inklusionsgedankens sollen auch die Bildungsbedarfe älterer Menschen erfasst werden. Sie sollen von vorhandenen Bildungsangeboten besser als bisher profitieren.

10. SPONSORING AN SCHULEN BEGRENZEN

Unabhängigkeit ist Grundvoraussetzung, um freies Lernen und freies Denken in der Schule zu ermöglichen. Deshalb müssen die Voraussetzungen für die Vermittlung gesellschaftlicher Grundwerte in einem unabhängigen Umfeld erhalten bleiben.
Sponsoring hat schon vor Jahren an Schulen Einzug gehalten. Dies muss weiterhin kritisch beobachtet werden. Es gilt, die pädagogische Freiheit der Lehrerinnen und Lehrer zu unterstützen und sie von Einflussmöglichkeiten unterschiedlicher Gruppen und Unternehmen fernzuhalten.

11. BETREUENDE GRUNDSCHULE / PAKT FÜR DEN NACHMITTAG

Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern und um die Sozialisation von Kindern positiv zu unterstützen, ist der Bereich der Schulkindbetreuung von uns intensiv ausgebaut worden. Die Versorgungsquote konnte von 22 % (2010/2011) auf 33 % (2015/2016) erhöht worden. Mit Einbeziehung der Hortkinder ergibt sich für Darmstadt sogar eine Versorgungsquote von 45 %.

Den steigenden Bedarf an Schulkindbetreuung decken

Dieses Ziel wurde durch Mitwirkung von Schulen, Eltern und Vereinen sowie mit dem Sofortprogramm in Höhe von 2,2 Mio. Euro erreicht. Eine gute Zwischenbilanz!

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Auch in den kommenden fünf Jahren soll der stetig steigende Bedarf an Schulkindbetreuungsplätzen gedeckt werden. Dafür wollen wir das Angebot der betreuenden Grundschule im Kontext mit anderen Förderprogrammen wie z. B. „Familienfreundliche Schule" und „Packt für den Nachmittag" weiter ausbauen.
Das Programm „Pakt für den Nachmittag" wird von uns unterstützt und soll weiterentwickelt werden, da die daraus resultierenden Ergebnisse die Ganztagsschulplanung und -gestaltung wesentlich beeinflussen werden.

Auch nach der Kita-Zeit benötigen Eltern für ihre Kinder ein verlässliches Bildungs- und Betreuungsangebot. Der „Pakt für den Nachmittag" hat zum Ziel, einen wesentlichen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zu mehr Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe in der Grundschulzeit zu leisten.
Die Ergebnisse der zwei Pilotstandorte in Darmstadt (Erich-Kästner-Schule in Kranichstein und Ludwig-Schwamb-Schule in Verbindung mit der Mühltalschule in Eberstadt) sollen nach einer Evaluationsphase auf alle Grundschulen übertragen werden.
Der „Pakt für den Nachmittag" stellt den Einstieg zu einer personellen und räumlichen Umgestaltung der Grundschule vom Lern- zum Lebensort dar.
Wenn aus Lernorten Lebensorte werden, müssen Themen wie Bewegung, Sport, Kultur, Umwelt und Teamarbeit – um nur einige zu nennen – einen höheren Stellenwert in den Konzepten der Grundschulen erhalten. Dafür müssen Staatliches Schulamt und Jugendhilfe auch weiterhin auf Augenhöhe ins Gespräch kommen. *> Soziales*

12. UMWELTDIPLOM UND MEDIENDIPLOM

Sowohl das Umweltdiplom, als auch das Mediendiplom sollen die kindliche Auseinandersetzung mit den jeweiligen Themen unterstützen.
Das Umweltdiplom hat sich bereits seit einigen Jahren etabliert und soll weiterhin gefördert werden. *> Umwelt* Der Erwerb und die Erweiterung von Medienkompetenzen hat eine zentrale Bedeutung in unserer Gesellschaft. Medienkompetenz ist mittlerweile zu einer Schlüsselqualifikation geworden und wird als weitere wichtige Kulturtechnik von der Fachwelt gesehen. Das Mediendiplom unterstützen wir. *> Soziales, > Netzpolitik*

13. LERNEN AN AUSSERSCHULISCHEN LERNORTEN

„Lernen findet nicht nur in der Schule statt." Dieser Binsenweisheit steht eine schulische Realität entgegen, in der Exkursionen, Ausflüge und Erkundungen zu den seltenen Highlights des Schuljahres gehören. Dabei hat Darmstadt viele interessante Lernorte zu bieten: Hofgut Oberfeld, Kinder- und Jugendfarm, Vivarium, Hessisches Landesmuseum, Eissporthalle, Mathildenhöhe, Druckmuseum, Friedhöfe u.v.m.. Aber es sind nicht nur die spektakulären Ziele, die mit der ganzen Klasse angesteuert werden. Lernwirksamer ist es, wenn Schülerinnen und Schüler möglichst selbständig in kleinen Gruppen ihre außerschulische Lebenswelt erkunden und das Lernen außerhalb der Schule, z. B. die Recherche vor Ort, das Interview mit fremden Menschen in der Stadt, die Befragung von Experten usw., zum normalen Teil des Unterrichts gehört.
Wir GRÜNE treten dafür ein, dass das Lernen außerhalb der Schule gefördert wird. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass diese Lernorte interessante Angebote für Kinder und Jugendliche entwickeln. Außerdem machen wir uns für eine Datenbank stark, in der Pädagoginnen und Pädagogen spannende Lernorte in Darmstadt finden können.

Lernen außerhalb der Schule fördern

14. GRUNDBILDUNG UND ALPHABETISIERUNG

In Deutschland leben 7,5 Mio. Menschen, die über unzureichende schriftsprachliche Fähigkeiten verfügen. Bei vielen von ihnen tritt dieses Phänomen auf, obwohl sie neun bzw. zehn Jahre die Schule besucht haben. Diese sogenannten Funktionalen Analphabeten sind größtenteils erwerbstätig. Dennoch führt fehlende oder nicht ausreichende Lese- und Schriftsprachkompetenz zu erheblichen Beeinträchtigungen in der Lebensqualität und zur Ausgrenzung am gesellschaftlichen und kulturellen Leben, Teilhabe und persönliche Entwicklung werden verhindert.
Nach wissenschaftlichen Hochrechnungen sollen in Darmstadt ca. 10.000 Menschen im Alter zwischen 18 und 65 Jahren von Funktionalem Analphabetismus betroffen sein. Wir haben diese Zielgruppe im Fokus. Wir unterstützen das Bündnis der Stadt Darmstadt mit dem Unternehmerverband. Auch darüber hinaus wurden spezielle Angebote entwickelt: Die Stadt Darmstadt nutzt die Möglichkeiten des Projekts AlphaGrund (Arbeitsplatzorientierte Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener), um Beschäftigten zu helfen, die schlecht lesen und schreiben können oder deren Rechenfähigkeiten für ihre Tätigkeit nicht ausreichend ist.
In dem Projekt BilDa bieten die „Lese-, Schreib- und Rechenwerkstätten" eine individuelle und teilnehmerorientierte Bildung für Darmstädterinnen und Darmstädter an. Die kostenlosen Lese-, Schreib und Rechenwerkstätten gibt es in mehreren Stadtteilen der Stadt. In gemeinsamer Verantwortung mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg wird ein Grundbildungszentrum (GBZ) eingerichtet, um weitere Facetten der Thematik zu entwickeln.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Die oben genannten Angebote sollen evaluiert und bei positivem Verlauf weiter ausgebaut werden. Auch eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit ist erforderlich.

KULTUR

Für alle, die sich gerne inspirieren lassen: Denn Darmstadt ist Kunst und Kultur.

GRÜNE Konzepte für Kultur

Ein bedeutender Teil der Darmstädter Stadtgeschichte ist ihre Kulturgeschichte. Das kulturelle Selbstverständnis unserer Stadt zeigt sich bis heute in einer Vielzahl an öffentlichen und freien Kultureinrichtungen und -initiativen. Das Angebot umfasst etablierte Hochkultur wie eine alternative und experimentelle Szene, international renommierte Einrichtungen ebenso wie lokal agierende Projekte.

In den vergangenen fünf Jahren ist es durch eine verlässliche und solide finanzierte Förderpraxis gelungen, die wichtige Arbeit dieser Institutionen und Initiativen für Darmstadt zu sichern und in vielen Fällen noch weiter auszubauen. Diese Vielfalt werden wir GRÜNE auch in Zukunft erhalten und durch Kommunikations-, Netzwerk- und Strukturangebote weiter unterstützen.
Kulturelle Tradition und avantgardistische Entwicklungen sind seit jeher prägend für Darmstadt. Dieses Potenzial werden wir nutzen.

Vielfalt erhalten Kommunikations-, Netzwerk- und Strukturangebote unterstützen

Grundsätzlich ist für uns GRÜNE Kunst frei von Zweckbestimmung.
Kunst wird von einzelnen Menschen oder Gruppen gemacht, die Eindrücke, Ideen oder Erfahrungen in künstlerischen Prozessen und Werken Gestalt werden lassen. Im geschichtlichen Kontext, im Zusammenwirken dessen, was früher bereits künstlerisch geschaffen wurde und was heute kreativen Ausdruck findet, entsteht Kultur.

Kunst kann vieles bewirken: sie steigert die Attraktivität einer Stadt und verbessert die Lebensqualität, sie hilft dabei, Unternehmen und Fachkräfte an einen Standort zu binden, und sie gibt Denkanstöße – aber in erster Linie ist Kunst frei und nicht funktionsgebunden. Gesellschaftliche Funktion erhält sie erst in ihrer kulturellen Wirkung und im Zusammenschluss und Austausch mit anderen. Dies zu fördern, war schon immer Ziel GRÜNER Kulturpolitik in Darmstadt. Wir werden hieran auch in Zukunft weiter intensiv arbeiten.

Zusammenspiel der bestehenden Kultureinrichtungen mit den verschiedenen Ressorts der Stadtverwaltung und politischer Gremien

Denn die Gestaltung der Kultur kann nur im Zusammenspiel der bestehenden Kultureinrichtungen mit den verschiedenen Ressorts der Stadtverwaltung und politischer Gremien, mit Künstlerinnen und Künstlern, zivilgesellschaftlichen Strukturen und der örtlichen Kulturwirtschaft gelingen.

1. KULTURELLE NETZWERKE SCHAFFEN, STRUKTUREN VERBESSERN

Was wir schon erreicht haben:

Kulturreferent
Ein unabhängiges Kulturreferat wurde etabliert. Schwerpunkte der Tätigkeit sind die Leitung des Eigenbetriebs Kulturinstitute und die strategische Unterstützung des Kulturdezernenten in kulturellen und kulturpolitischen Angelegenheiten. Zu den Aufgaben des Kulturreferenten gehört es außerdem, den kommunikativen Prozess der Kulturschaffenden mit ihren politischen und auch ökonomischen Partnern weiterzuentwickeln und mit neuen Themen anzureichern.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Schaffung eines Kulturbeirats und verstärkte Koordinierung der Kulturschaffenden untereinander
Es soll ein Kulturbeirat aus Kulturschaffenden, Kulturinteressierten sowie Politikerinnen und Politikern geschaffen werden, der das kulturelle Profil Darmstadts schärft und die zukünftige Entwicklung der Darmstädter Kulturlandschaft mitgestaltet. Die Arbeit der Initiative „Kulturelle Mitte" beispielsweise, die mit viel Engagement gestartet ist, soll dabei integriert und weiterentwickelt werden.
Darüber hinaus soll die Vernetzung der Kulturschaffenden untereinander koordiniert, weiterentwickelt und – wo es nötig ist – angestoßen werden.
Die Akteure der einzelnen Kultursparten wie z. B. Literaturinstitutionen und -Veranstalter, Theaterszene, junge Kreative oder studentische Kulturszene werden jeweils an „Runden Tischen" wie z. B. dem „Themenkreis Kultur" zusammengebracht, um Synergien in Hinblick auf Programmentwicklung und Marketing auszuloten und mehr als bisher auszuschöpfen. Aus der Vernetzung der einzelnen Sparten wiederum soll eine spartenübergreifende Initiative entstehen, die gemeinsam mit dem geplanten Kulturbeirat das kulturelle Profil Darmstadts schärft.

Das kulturelle Profil Darmstadts schärfen

2. DENKANSTÖSSE GEBEN, NEUE WELTEN KENNENLERNEN, VORURTEILE ABBAUEN

Kunst und Kultur leisten einen wesentlichen Beitrag zum gesellschaftlichen Klima in Darmstadt, denn sie bieten Raum für Austausch und Kommunikation zwischen sich

widersprechenden Lebensweisen und Kulturen. Gesellschaftliches Leben ist von Differenz und Konsens geprägt. Indem Kunst und Kultur Begegnungen mit Unbekanntem und Unerwartetem schaffen, brechen sie alte Denkmuster auf und fördern die Lust, Neues zu entdecken. Sie können dabei helfen, Vorurteile abzubauen, Differenzen auszuhalten und mit ihnen umzugehen.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Kulturarbeit für Geflüchtete
Viele Flüchtlinge, die in den vergangenen Monaten nach Darmstadt gekommen sind, sind traumatisiert, weil sie in ihrer Heimat oder auf der Flucht Gewalt und Leid erfahren haben. Ihr Alltag in den Erstwohnhäusern und Notunterkünften ist von Unsicherheit über ihre weitere Zukunft, von Enge und Tristesse geprägt. Gleichzeitig müssen sie viel lernen: eine neue Sprache, eine andere Kultur und neue Regeln. Kulturarbeit mit Flüchtlingen kann helfen, das Erlebte zu verarbeiten und die Verständigung zwischen Einheimischen und Zugewanderten zu fördern. ***> Interkulturelles, > Die Herausforderung des Jahrzehnts***
Natürlich haben Kunst und Kultur eigene Werte, sie dürfen nicht von Politik und Wirtschaft vereinnahmt werden und müssen keinen Zweck erfüllen oder gesellschaftliche Defizite kompensieren. Dennoch hat die Praxis gezeigt, dass diese Effekte möglich sind. Gemeinschaftliche, interkulturelle Kulturprojekte wie das Opernprojekt „Cosi fan tutte" des bayerischen Vereins „Zuflucht Kultur" oder das Bremer Syrian Expat Philharmonic Orchestra haben dazu beigetragen, dass gegenseitige Vorurteile abgebaut und beim Betrachter Empathie und intuitives Verstehen hervorgerufen wurden.
Auseinandersetzungen mit Leid, Krieg und Zerstörung waren von jeher für Künstlerinnen und Künstler schöpferischer Impuls. In der Zusammenarbeit mit kunstinteressierten Flüchtlingen können Künstlerinnen und Künstler diesem Impuls nachgehen. Bei der Arbeit steht der künstlerische Aspekt im Vordergrund, mögliche Nebeneffekte können psychosozialer und integrativer Art sein.

Die Darmstädter Kulturszene mit ihrer Vielzahl an großen und kleinen Institutionen und Projekten ist bestens geeignet, Geflüchtete an unserer Kultur – aktiv wie passiv – teilhaben zu lassen.

Wir GRÜNE setzen uns deshalb ein für
- eine schnelle Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Kulturprojekte mit Flüchtlingen
- Unterstützung bei der Vernetzung von freien Trägern und etablierten Kulturinstitutionen, die Kulturprojekte mit Flüchtlingen anbieten
- Unterstützung für Künstlerinnen und Künstler, die solche Kulturprojekte durchführen

3. ÖFFENTLICHEN RAUM WOHNLICH GESTALTEN

Durch Kunst und Architektur wird die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum gesteigert. Uns GRÜNEN ist es wichtig, dass der Stadtraum allen Menschen zur Verfügung steht – ohne an Konsum gebunden zu sein. In den Stadtteilen und in der Innenstadt werden Plätze geschaffen, an denen Begegnung und Kommunikation stattfindet, ohne dass sie an ökonomische Zwänge gekoppelt sind. ***> Stadtentwicklung und Mobilität***

Was wir schon erreicht haben:

Gestaltungsbeirat
Wir haben uns für einen Gestaltungsbeirat eingesetzt, der grundsätzlich bei allen wesentlichen stadtplanerischen Maßnahmen eine gewichtige beratende Rolle einnimmt. Wir GRÜNE verstehen den Gestaltungsbeirat nicht ausschließlich als Forum für Stadtgestalterinnen und Stadtgestalter, Architektinnen und Architekten, sondern seine Gründung ist mit einem ästhetischen Anspruch in Bezug auf die Stadtentwicklung verbunden. Unwirtlichkeit und Verschleiß werden benannt und neue Ideen ihnen entgegengesetzt.

Ästhetischer Anspruch

Kunstkommission
Wir haben eine Kunstkommission etabliert. Deren Aufgabe wird es sein, Qualität von Form und Inhalt der Kunst im öffentlichen Raum grundsätzlich zu bewerten, bestehende Arbeiten zu überprüfen und für zukünftige neue Kunstwerke im Stadtraum geeignete Standorte zu finden.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Neugestaltung der unteren Rheinstraße als Entree der Wissenschaftsstadt Darmstadt und Platzentwicklung im Umfeld der Kunsthalle
Die untere Rheinstraße ist das Entree der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Es wird täglich von vielen Tausend Besucherinnen und Besuchern passiert. Wichtige Wirtschafts- und Handwerksvertretungen sowie große Unternehmen sind hier angesiedelt. Wir GRÜNE wollen, dass diese zentrale Einfahrt zur Stadt neu gestaltet wird. Dabei soll die Aufenthaltsqualität für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Anliegerinnen und Anlieger durch neue Grünflächen und eine Instandsetzung der Brunnenanlagen verbessert werden. ***> Stadtentwicklung und Mobilität***
Für Neuankömmlinge sollen die Potenziale der Wissenschaftsstadt sichtbar gemacht werden, indem die in Darmstadt ansässigen Kultur- und Wissenschaftsinstitute mit geeigneten Mittel präsentiert werden.
Zwischen Kunsthalle und DGB-Haus befand sich einst der historische Eingang zur Residenzstadt Darmstadt. Dieser Ort bedarf einer grundlegenden Umgestaltung, sodass er wieder als Platz wahrgenommen werden kann.

Das Angebot an Straßentheater ausweiten

Straßentheater ist ein ideales Medium, um Innenstadt und Stadtteile unabhängig von Angeboten, die an Konsum geknüpft sind, erlebbar zu machen. Dank des Vereins Kw8-Werkstatt für Theater und Kultur hat Darmstadt eine lebendige Straßentheater-Szene. Das Angebot an Straßentheater soll in Zukunft noch ausgeweitet werden, um verwaiste Plätze aufzuwerten und gemeinschaftliche Kulturerlebnisse zu schaffen, die ohne Schwellen- oder Berührungsängste frei zugänglich sind. *> Stadtentwicklung und Mobilität*

Verwaiste Plätze aufwerten

Internationales Waldkunstzentrum dauerhaft unterstützen

Seit vielen Jahren leistet der Verein für internationale Waldkunst wertvolle Pionierarbeit bei der Vermittlung von Kunst im Naturraum. Er ist ein wichtiges Bindeglied zwischen Kunst in der Stadt und Freiraumgestaltung. Bereits sieben Mal organisierte er den Internationalen Waldkunstpfad im Bessunger Forst, bei dem Künstlerinnen und Künstler aus der ganzen Welt den Wald zur Bühne für Kunstobjekte und Installationen machten. Der Waldkunstpfad ist mittlerweile zu einem Exportschlager „Made in Darmstadt" geworden. Er wurde schon nach China und Wisconsin transferiert, Länder wie Südkorea und Russland haben ebenfalls Interesse bekundet.

Darüber hinaus finden im Internationalen Waldkunst Zentrum regelmäßig Führungen, Symposien, Aktionen und waldpädagogische Angebote für Kinder statt. Diese wichtige Arbeit gilt es endlich, in angemessenem Maße zu unterstützen, um dieses kulturelle Alleinstellungsmerkmal für die Stadt dauerhaft zu sichern.

4. KUNST UND KULTUR GEHÖREN IN DIE STADT

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass das vielfältige Angebot an Theatern, Musikclubs, Kinos, Museen und Ausstellungsräumen in der Darmstädter Innenstadt und in den Stadtteilen durch temporäre Kunst- und Aktionsflächen ergänzt wird. Leer stehende Räume sollen kulturell zwischen-, um- oder nachgenutzt werden, denn institutionalisierte wie auch temporäre Kunst- und Kulturflächen schaffen ein attraktives Umfeld für Einzelhandel, Dienstleistungs- und Tourismusbranche.

Temporäre Kunst- und Kulturflächen

Deshalb dürfen attraktive Flächen nicht allein nach vordergründig wirtschaftlichen Gesichtspunkten vergeben werden. Kunst und Kultur gehören mitten in die Stadt und nicht auf Flächen mit geringem Bodenwert, denn sie sind es, die aus gesichtslosen Großstädten unverwechselbare Orte machen.

Wir GRÜNE sehen es deshalb als Aufgabe von Kultur-, Wirtschafts- und Stadtentwicklungspolitik, Freiräume für künstlerische Aktivitäten im Stadtraum zu schaffen.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Leerstandsvermittlung für kulturelle Projekte
Die Aufgabe der Vermittlung von temporär nutzbaren Liegenschaften soll von der städtischen Verwaltung übernommen werden, um die Zusammenführung von Kreativen und Grundstücks- bzw. Hausbesitzern besser zu koordinieren.

Ein Kreativ-Quartier schaffen
Vor allem junge bildende Künstlerinnen und Künstler in Darmstadt benötigen dringend bezahlbare Atelier- und Arbeitsräume. 2014 konnte auf Initiative der GRÜNEN erreicht werden, dass das Pallaswiesen-/Mornewegviertel in das Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt" aufgenommen wurde. ***> Soziales*** Im Zuge des Entwicklungsprozesses wollen wir GRÜNE, dass das Viertel nicht allein zur „Sozialen Stadt", sondern auch zur „Kreativstadt" wird. Es sollen Arbeitsräume und Ausstellungsmöglichkeiten für Kreative aus allen Bereichen geschaffen werden. Diese Maßnahme verbessert die Arbeitsbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern in Darmstadt und verhindert, dass diese in andere Städte abwandern. Zudem steigert die Ansiedlung von Kulturschaffenden die Attraktivität des Pallaswiesen-/Mornegviertels und trägt zur Steigerung der Lebensqualität seiner Bewohnerinnen und Bewohnern bei.

Soziale Stadt und Kreativstadt

Bei der Entwicklung der Stadtteile soll darauf geachtet werden, dass auch die Bedarfe der Kreativwirtschaft und Kleingewerbetreibender Berücksichtigung finden.

5. BILDUNG UND KULTUR VERNETZEN

Wir GRÜNE sehen kulturelle Bildung als Teil der Persönlichkeitsentwicklung. Sie ist in unseren Augen wichtiger Bestandteil eines ganzheitlichen Bildungsbegriffes. Bildung ihrerseits leistet einen wesentlichen Beitrag zum Verständnis von Kultur.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Studentische Kultur und Technische Universität stärker in den städtischen Gesamtzusammenhang einbinden
In Darmstadt gibt es 40.000 Studierende. Studentische Initiativen wie Schlosskeller und 603qm bieten ihnen ein attraktives Kulturprogramm. Wir GRÜNE wollen dieses manifestieren und es enger mit anderen Kultureinrichtungen in der Stadt vernetzen. Denn andere Kulturinstitutionen und Initiativen in Darmstadt, wie z. B. das Staatstheater, bieten ebenfalls attraktive Angebote für Studierende. Diese werden jedoch oft nicht ausgeschöpft. Mit einer Öffnung der Campusse für Aktionen und Vorstellungen der Kulturschaffenden sollen Kultur und Bildung enger miteinander verzahnt und gemeinsame Handlungsstränge ermittelt werden.

Öffnung der Campusse für Aktionen

L1A: Makers Space Lauteschläger 1A als offene Werkstatt für kreatives Arbeiten erhalten
Der L1A Makerspace e.V. betrieb bis Juli 2015 eine kleine, nicht-kommerzielle Werkstatt im Herzen Darmstadts. Dann musste der Verein die Arbeit einstellen, da ihm ab diesem Zeitpunkt die Räumlichkeit und die Maschinen nicht mehr zur Verfügung standen. Fast zwei Jahre lang konnte zuvor jede/r, die/der wollte im L1A Makerspace basteln, bauen und lernen, kreative Vorstellungen aller Art umzusetzen. Das Angebot fand regen Zuspruch. Es entstand ein kreatives Netzwerk aus jungen Menschen der Bereiche Design, Kunst, Industrie, Architektur und Elektronik. Wir GRÜNE wollen den Verein L1A Makerspace bei der Suche nach neuen Räumen unterstützen, damit dieser Kreativpool für Darmstadt erhalten bleibt.

FabLab als Fabrikationslabor für Start-ups und Neugründungen
Im FabLab Darmstadt können interessierte Personen neue Technologien der digitalen Fabrikation ausprobieren und mit ihnen experimentieren. Unerfahrene Nutzerinnen und Nutzer werden geschult und angeleitet. Zugleich ist das FabLab Darmstadt ein Raum, in dem sich Kreative, Forscherinnen und Forscher sowie Programmiererinnen und Programmierer zum gemeinsamen Arbeiten und zum Austausch treffen. Das Wissen, das im Fabbing & Founding-Projekt erarbeitet wird, wird durch spezielle Workshops an Unternehmen Start-ups, User-Entrepreneurs und Studierende weitergegeben. Wir GRÜNE wollen den Gedanken aufgreifen und für Darmstadt weiterentwickeln.

6. STADT-GESCHICHTE BEWAHREN UND IMMER WIEDER NEU SCHREIBEN

Das historische Erbe einer Stadt ist identitätsstiftend, denn es schafft Unverwechselbarkeit und erzeugt das Gefühl von Heimat. Heute geht es jedoch nicht mehr darum, Geschichte für eine mehr oder weniger homogene Bürgerschaft zu überliefern, sondern das kulturelle Erbe für eine interkulturelle Stadtgesellschaft universell rezipierbar zu gestalten. Museen, Archive und Denkmalschutz müssen einen offenen Diskurs darüber führen, was und für wen sie sammeln, bewahren und forschen wollen. Geschichtsarbeit muss interdisziplinär gedacht werden und die neue Vielfalt der Stadtgesellschaft berücksichtigen und weiterentwickeln.

Das kulturelle Erbe universell rezipierbar gestalten

Was wir schon erreicht haben:

Sanierung und Welterbe-Bewerbung Mathildenhöhe
Die Mathildenhöhe als internationaler Mittelpunkt des Jugendstils und zentraler Identifikationsort Darmstadts erhält eine denkmalgerechte Sanierung und wird im Sinne der Gründungszeit weiterentwickelt. Die Einrichtung der Künstlerkolonie 1899 und die weltweit erste Internationale Bauausstellung 1901 auf der Mathildenhöhe kamen einer Initialzündung für Darmstadt gleich. Erstmals wurden Kunst, Wohnen, Arbeiten, Lernen und Freizeit zusammen gedacht. Mit der Unterstützung des in der Region als bei-

spielhaft angesehenen Osthang Projects im Rahmen des Architektursommers Rhein Main 2014 und der Bewerbung der Mathildenhöhe als UNESCO Welterbe haben wir diesen Impuls für Darmstadt neu aufgegriffen.

Neuordnung der Institute auf der Mathildenhöhe

Der beschlossene Umzug des Deutschen Polen-Instituts ins Darmstädter Schloss ist zudem ein erster wichtiger Schritt für die Neuordnung der Institute auf der Mathildenhöhe. Durch ihn ist es gelungen, die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung auf der Mathildenhöhe zu halten und somit Darmstadts Ruf als Stadt der Literatur zu festigen. Im Zuge der Neuordnung wird es möglich sein, das PEN-Zentrum auf die Mathildenhöhe zu holen.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Welterbe werden!

Design-Museum und offener Wettbewerb für den Osthang

Status des UNESCO-Welterbes für die Mathildenhöhe

Die Bewerbung um den Status des UNESCO-Welterbes für die Mathildenhöhe war ein wichtiger Schritt zur Weiterentwicklung des kulturhistorischen Erbes der Stadt.
Langfristig soll ein interaktives Design-Museum auf der Mathildenhöhe die verschiedenen Design-Sammlungen innerhalb der Stadt bewahren und bündeln, das vorhandene Wissen archivieren und den auf der Mathildenhöhe geborenen Gedanken der Einheit von Architektur, Design, Kunst und Leben fortschreiben. Hier wird die Sammlung des Instituts für Neue Technische Form (INTEF) eine ebenso bedeutende Rolle spielen wie auch der Werkbund.

Osthang in das Gesamtkonzept für die Mathildenhöhe

Für den Osthang der Mathildenhöhe soll ein offener Wettbewerb ausgeschrieben werden, der das Gebiet in das Gesamtkonzept für die Mathildenhöhe eingliedert und Ideen für eine künftige Nutzung liefert. Dabei soll auf die Ergebnisse des international beachteten Osthang Projects im Rahmen des Architektursommers Rhein-Main 2014 und der dazugehörigen Zukunftswerkstatt Mathildenhöhe, veranstaltet vom Verein Darmstädter Architektursommer in Kooperation mit der TU Darmstadt, Fachbereich Architektur, aufgebaut werden. Durch diese Maßnahmen wird die Bedeutung der Mathildenhöhe als Ort des Aufbruchs in die Moderne fortgeschrieben.

Kultur der Erinnerung stärken

In Darmstadt muss der Fokus auf die Orte der Erinnerungskultur auch weiterhin geschärft werden.

Denkzeichen Güterbahnhof

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass das Denkzeichen Güterbahnhof nach der Sanierung der Bismarckstraße an seinen ursprünglichen Ort zurückkehrt und ihm dort ein besonderer Stellenwert eingeräumt wird. Es ist nicht ausreichend, nur einmal im Jahr eine Gedenkstunde abzuhalten. Der Wahrnehmbarkeit dieses Ortes, von dem aus 1942–1943 Darmstädter Juden und Sinti deportiert wurden, muss das ganze Jahr über durch angemessene Pflege Tribut gezollt werden.

Die öffentliche Wahrnehmung und Sichtbarkeit des Erinnerungsortes „Liberale Synagoge" muss gestärkt werden. Eine Ausweitung der Öffnungszeiten erscheint dringend angebracht.
Ein Ausstellungsraum für die Dauerausstellung „Verfolgung der Sinti & Roma" muss eingerichtet werden.
Wir setzen uns für ein Denkmal für die von den Nazis verfolgten Homosexuellen ein. *> Queeres Darmstadt* Wichtig sind uns insbesondere die Stolpersteine, eine „Erinnerungskultur von unten" sowie Zeitzeugen-Programme. Eine Pflege der bereits angebrachten Gedenktafeln sollte in die Wege geleitet werden.

7. KULTURELLE VIELFALT SICHERN UND AUSBAUEN

Uns GRÜNEN liegt die kulturelle Vielfalt besonders am Herzen. Nur mit vielen unterschiedlichen kreativen Impulsen können für alle Menschen in der Stadt Identifikationspunkte geschaffen werden. Für die kulturelle Vielfalt in Darmstadt sorgen unter anderem folgende Institute, Institutionen und Gruppen:

- die freie KulturSzene mit den Gruppen im Theater Mollerhaus, der Bessunger Knabenschule, dem Hoffart Theater
- die Centralstation
- die Goldene Krone
- das Staatstheater Darmstadt
- das Institut Mathildenhöhe, die Kunsthalle, das Hessische Landesmuseum
- die Darmstädter Sezession, der BBK, das Atelierhaus, das INTEF
- der Branchenverband Kreative Darmstadt e.V.
- das Porzellanschlösschen, das Stadtmuseum am Hinkelsturm und das Schlossmuseum
- die Galerien
- die Akademie für Tonkunst, das Internationale Musikinstitut mit den „Internationalen Ferienkursen für Neue Musik", das Jazzinstitut mit der lebendigen Jazzszene und den „Jazz-Conceptions", der Konzertchor Darmstadt
- die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung mit dem „Georg-Büchner-Preis", das Deutsche PEN-Zentrum und der Kranichsteiner Literaturpreis
- das Literaturhaus, das unter seinem Dach einer Vielzahl von unterschiedlichen Gesellschaften und Einrichtungen einen festen Platz gibt
- das Hessische Staatsarchiv, das Stadtarchiv
- das Deutsche Polen-Institut
- die Filmemacherinnen und Filmemacher
- die „Darmstädter Tage der Fotografie"
- der „Waldkunstpfad" sowie der Verein „Vogelfrei"
- das „Just-for-Fun"-Straßentheaterfestival
- der Poetry-Slam, dessen Szene deutschlandweit einzigartig ist

- der Science Slam
- die Bibliotheken und Büchereien
- die Kabarettistinnen, Kabarettisten und Kleinkunstbühnen wie das Halbneun und das TiP
- das blumen, Earl Street, Zucker
- die vielfältige Darmstädter Musikszene
- sowie die vielen einzelnen Kulturschaffenden

Oetinger Villa
Seit über 25 Jahren leistet die Oetinger Villa für Darmstadt wichtige Jugend- und Kulturarbeit. Ende 2015 erhielt sie dafür den höchstdotierten Bundesmusikpreis „Applaus". Uns GRÜNEN ist es wichtig, dass diese eigenständige Subkultur Teil der Darmstädter Kulturlandschaft bleibt und auch weiterhin einen Kontrapunkt zu den etablierten Kultureinrichtungen der Stadt bietet. ***> Jugend***

Was wir schon erreicht haben:

Verlässliche und solide finanzierte Förderpraxis

Solide finanzierte Förderpraxis gesichert
Wir haben die Vielfalt des künstlerischen Lebens in Darmstadt durch eine verlässliche und solide finanzierte Förderpraxis gesichert, die transparent und gerecht erfolgt.

Centralstation
Die Centralstation ist in eine städtische Beteiligungsgesellschaft überführt worden und dadurch als wichtiger Kulturstandort, „Sozialnetzwerker" und als Kommunikationszentrum für die Innenstadt erhalten geblieben.

Staatstheater Darmstadt
Es ist der Stadt gelungen, das Staatstheater Darmstadt gemeinsam mit der Landesregierung finanziell besser auszustatten und alle drei Sparten für Darmstadt zu erhalten.

Theater Moller Haus
Klares Bekenntnis zur Freien Szene

Die umfassende Instandsetzung des Theaters Moller Haus, mit der einem Jahrzehnte lang währenden Sanierungsstau endlich ein Ende bereitet wird, ist ein klares Bekenntnis zur Freien Szene Darmstadts. 36 Gruppen und Einzelkünstlerinnen und -künstler mit dem Schwerpunkt Kinder- und Jugendtheater erhalten dadurch einen modernen, energetisch verbesserten, barrierefreien Spielort. Eine Ausweichspielstätte für die Zeit der Umbaumaßnahmen ist ebenfalls gefunden, sodass Kontinuität und Planungssicherheit für die Künstlerinnen und Künstler gewährleistet ist.

Bessunger Knabenschule
Das soziokulturelle Zentrum mit seiner Vielfalt an Kreativräumen, der Halle für Konzerte, Theater und anderes sowie den Kinderläden ist eine wichtige Einrichtung im Herzen Bessungens. Auch hier ist es uns gelungen, dass die Stadt die Mittel für eine dringend notwendige Sanierung des gesamten Gebäudes zur Verfügung stellt.

Kunsthalle Darmstadt
Die Kunsthalle Darmstadt steht für bürgerliches Engagement in Sachen zeitgenössischer Kunst. Die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts innerhalb des aufstrebenden Bürgertums entstandenen Kunstvereine wollten Kulturvermittlung nicht allein dem Adel überlassen. 1889 erhielt der Darmstädter Kunstverein, einer der ältesten Deutschlands, sein erstes eigenes Ausstellungsgebäude. Nach dessen Zerstörung 1944 wurde 1957 am Steubenplatz eine neue Kunsthalle errichtet. Das unter Denkmalschutz stehende Gebäude beeindruckt bis heute als architektonisches Kulturdenkmal. Mit der 2014 begonnenen Generalsanierung wird einer wichtigen Darmstädter Vermittlungsinstanz für zeitgenössische Kunst ein adäquater Raum gesichert.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Kunstarchiv
Das Kunstarchiv ist das Gedächtnis der Bildenden Kunst Darmstadts. Hier wir gesammelt, dokumentiert und bewahrt. Die räumliche und personelle Situation stößt an ihre Grenzen. Das muss entschieden verbessert werden. Dafür setzen wir uns ein.

Vermächtnis der Moderne weiterführen

Für uns GRÜNE steht die kulturelle Vielfalt in Darmstadt nicht zur Disposition, im Gegenteil: Wir kennen und schätzen ihr Potenzial und wollen auch weiterhin Raum für künstlerische Entwicklungen schaffen, sodass das Vermächtnis der Moderne weitergeführt werden kann**.**

SPORT

Für alle, die gerne gemeinsam etwas bewegen wollen.

GRÜNE Konzepte für Sport

Sport, Spiel und Bewegung machen nicht nur Spaß, sie haben auch eine hohe Bedeutung unter gesundheitlichen wie unter sozial-integrativen Aspekten. Sport ist daher folgerichtig als Staatsziel in der hessischen Verfassung verankert.
Die Sicherung und Weiterentwicklung der Möglichkeiten zur sportlichen Aktivität ist ein wichtiger Teil der Politik von Bündnis 90/DIE GRÜNEN.
Die Darmstädter Bürgerinnen und Bürger können auf ein vielfältiges Sport- und Bewegungsangebot zugreifen, dazu gehören Sparten- und Breitensportarten in Sportvereinen ebenso wie informelle Bewegungsangebote.
Darmstadt steht auch für sportliche Erfolge. Und zwar nicht nur für die von bundesweit bekannten Sportlerinnen und Sportlern sowie Vereinen im Schwimmen, Tennis und Fußball, sondern auch von Athletinnen und Athleten, deren Sportarten in der breiten Öffentlichkeit meist weniger Beachtung finden wie Cheerleading, Radball, Fechten, Rollhockey, Rollkunstlauf u.v.m..
In den vergangenen fünf Jahren hat die Stadt erheblich in die sportliche Infrastruktur investiert. Niedrigschwellige Bewegungsangebote wurden weiter ausgebaut und den Sportvereinen wurde Planungssicherheit gegeben. Durch die solide Haushaltsplanung konnten die Zuschüsse jedes Jahr fristgerecht ausgezahlt werden.

Planungs-sicherheit für Sportvereine

Wir GRÜNE setzen uns auch in der kommenden Legislaturperiode für ein breites Angebot an Spiel-, Sport- und Bewegungsmöglichkeiten ein. Wir wollen die Integration von Spiel, Sport und Bewegung in die urbane Alltagswelt weiterentwickeln und fördern. Dabei fassen wir sowohl die Quartiersorientierung als auch spezielle Zielgruppen besonders ins Auge.

Sportentwicklungsplanung als kommunale Querschnittsaufgabe
Sport und Sportentwicklung kann nicht losgelöst von Stadtentwicklung und sozialplanerischen Maßnahmen gesehen werden. Für uns GRÜNE ist daher die Sportentwicklungsplanung eine Querschnittsaufgabe, die insbesondere in die Stadtentwicklungsplanung, aber auch in sozialplanerische Maßnahmen thematisch integriert sein muss. Es ist wichtig, Planungsgruppen interdisziplinär zu besetzen.

Seite 119

Was wir schon erreicht haben:

Integrierte Sportentwicklungsplanung Süd-West

Auf Initiative von uns GRÜNEN wurde von unserer Koalition in der letzten Legislaturperiode ein Antrag zur Erarbeitung einer integrierten Sportentwicklungsplanung Süd-West für das neu zu konzipierende Lincoln-Areal eingebracht, die Sport-, Stadt- und Vereinsentwicklung verbindet.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Wir wollen die Umsetzung dieses modellhaften Prozesses vorantreiben und anschließend auf andere Stadtteile übertragen.

Ein zukunftsfähiges kommunales Sportkonzept
Die interdisziplinär und unter breiter Beteiligung erarbeitete Sportentwicklungsplanung für Darmstadt aus dem Jahr 2007 liefert nach wie vor wichtige Impulse und Handlungsempfehlungen.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Wir wollen eine systematische Umsetzungsplanung für die vorgeschlagenen Handlungsanweisungen vornehmen. Dafür sollen die empirischen Daten aktualisiert und auf ihre heutige Gültigkeit hin überprüfen werden.
Für die Umsetzungsplanung ist es nötig, in einem interdisziplinär besetzten Gremium – bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Fachbereiche der Stadtverwaltung, aus Vereinen und dem Sportkreis sowie aus informellen Gruppen – ein Prioritätenkonzept zu erstellen, aus dem sich ein konkreter Maßnahmenplan ableitet.

Frühzeitige Förderung von Sport und Bewegung bei Kindern
Uns GRÜNEN ist es wichtig, bei Kindern die Freude an Bewegung von klein an zu fördern.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Schulhöfe sport- und bewegungsfreundlich ausbauen

Die Schulhöfe sollen sport- und bewegungsfreundlich ausgebaut werden. Dafür sollen entsprechende Maßnahmen in das Schulhofsanierungsprogramm aufgenommen und dieses noch stärker in das Schulbausanierungsprogramm integriert werden. ***> Bildung***

Sport und Bewegung müssen zu einem festen konzeptionellen Bestandteil der Kinderbetreuung in Tagesstätten und Grundschulen gemacht werden.

Die Kooperationen zwischen Kinderbetreuungseinrichtungen, Grundschulen und Sportvereinen wollen wir in Zusammenarbeit mit dem Sportkreis ausbauen und verstetigen. Die von der Koalition aus Bündnis 90/DIE GRÜNEN und CDU für das Jahr 2016 hierfür bereit gestellten speziellen städtischen Fördermittel in Höhe von 75.000 Euro für die personelle Ausstattung von Sportvereinen zum Einsatz von Übungsleiterinnen und -leitern oder zur Komplementärfinanzierung von FSJ-Stellen leisten hierbei konkrete Unterstützung.
Kinder haben Spaß am Ausprobieren verschiedener Sportarten und können dadurch Vorlieben ausbilden und den für sie passenden Sport entdecken.

Gemeinsam mit dem Sportkreis wollen wir ein Konzept für eine zeitlich begrenzte kostenlose Mitgliedschaft in Sportvereinen entwickeln, die Kinder innerhalb eines gewissen Zeitraums zur sportartübergreifenden Teilnahme an Angeboten verschiedener Vereine berechtigt.

Zeitlich begrenzte kostenlose Mitgliedschaft in Sportvereinen

Förderung von Sport und Bewegung für ältere Menschen

Bewegungsförderung von älteren Menschen

Nach dem Bewegungsparcours in Wixhausen hat die Stadt im Bürgerpark Nord und im Herrngarten weitere Parcours für Seniorinnen und Senioren in zentralen und öffentlich gut zugänglichen Parkanlagen errichtet. Die Geräte stehen kostenlos allen Interessierten zur Verfügung. Die Parcours sind ein weiterer Schritt auf dem Weg in eine altersgerechte und gesunde Stadt. In Kooperation mit dem Sportkreis ist es zudem gelungen, angeleitete Trainingszeiten für Seniorinnen und Senioren anzubieten.

Die Errichtung solcher Bewegungsparcours vor allem für ältere Menschen wollen wir weiter ausbauen.

In enger Abstimmung mit der Interessenvertretung für Seniorinnen und Senioren, mit Sportvereinen und mit freien Trägern der Seniorenarbeit wollen wir weitere Konzepte zur Bewegungsförderung von älteren Menschen entwickeln.

Nicht organisierter Breitensport

Es gibt unzählige Menschen, die in ihrer Freizeit regelmäßig Sport treiben, ohne einem Verein anzugehören.
Unsere „Stadt im Walde", wie Darmstadt früher genannt wurde, ist ein Paradies für Hobbysportlerinnen und -sportler. Ein kilometerlanges Netz an Waldwegen lädt tagtäglich eine Vielzahl gesundheitsbewusster Aktiver zum Training ein, sei es Laufen oder Radfahren.
Gerade Laufen hat in Darmstadt eine lange Tradition. Am 29. August 1974 wurde der Darmstädter Lauftreff – als zweiter in Deutschland – gegründet. Heute gibt es bundesweit mehr als 3.500, doch mit über 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmern pro Trainingstag ist der Darmstädter Lauftreff nach wie vor der größte.
Viele der Läuferinnen und Läufer empfinden die vereinsungebundene Teilnahme als angenehm. Seit einigen Jahren hat sich der Lauftreff auch neuen Trendsportarten wie

Walking und Nordic Walking geöffnet. Bis zu 30 Gruppen wöchentlich treffen sich zu festen Zeiten an der Lichtwiese und drehen im Wald ihre Runden.
Neben dem Lauftreff hat sich seit 1978 auch der „Cup da Franco", der Darmstädter Stadtlauf, etabliert. Er ist damit einer der ältesten Innenstadtläufe Deutschland – und bis heute einer der bestbesetzten. Der Stadtlauf findet einmal jährlich an einem Mittwoch im Juni statt. Neben den Profis, die in einem eigenen Rennen starten, gehen dort immerhin fast 2.000 Hobbyläuferinnen und -läufer – vom sogenannten Bambini bis zur Seniorin – an den Start.

Für die Ausübung von nicht organisiertem bzw. selbstorganisiertem Sport wollen wir auch weiterhin Bewegungsräume schaffen und erhalten.

Infrastruktur verbessern

Sport, Spiel und Bewegung brauchen entsprechend geeignete Räume. Die gesundheitsfördernde Wirkung des alltäglichen Fuß- und Radverkehrs wollen wir durch deren konsequente Förderung stärken. Deshalb verfolgen wir das Ziel einer Stadt der kurzen Wege ***> Mobilität und Stadtentwicklung*** und gestalten Plätzen, Parks und Wege zu informellen Bewegungsräumen um.
Auf Quartiers- und Stadtteilebene wollen wir für die Koordination von Sport- und Bewegungsangeboten und die Kooperationen von Vereinen untereinander sowie mit Schulen und freien Trägern in der Kinder-, Jugend- und Seniorenarbeit einen regelmäßigen Austausch organisieren (Stichwort: Runde Tische „Sport in den Stadtteilen").
In den Wohnquartieren wollen wir informelle Bewegungsräume ausbauen bzw. schaffen, die altersübergreifend und multifunktional genutzt werden können. Ein Fokus liegt hier insbesondere auf Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die bisher im öffentlichen Raum kaum adäquate Orte finden, um ihren Bewegungsbedürfnissen ihrem Alter und Interesse entsprechend nachzugehen.
Bei bereits existierenden Sportanlagen wollen wir prüfen, wo und wie eine Öffnung für eine breitere Nutzung auch außerhalb des institutionalisierten Sports möglich ist und dies vorantreiben.

Unser Ziel ist es, in jedem Stadtteil eine – zumindest teilweise – geöffnete Sportanlage zur Verfügung zu haben.

Vergabe von Belegungszeiten in städtischen Sporthallen

Um das Angebot für den organisierten Sport zu verbessern, wollen wir weiterhin nicht nur die üblichen Turnhallen, sondern auch andere sporttaugliche Räume nutzen.
Es soll eine Übersicht über alle in Frage kommenden kommunalen, privaten und vereinseigenen Räumlichkeiten erstellt werden.
Für die Vergabe von Nutzungs- und Belegungszeiten in städtischen Sporthallen (einschl. Schulsporthallen), städtischen Bädern wie auch von Außenanlagen wollen wir transparente Kriterien entwickeln. Die Vergabe aller städtischen Sportstätten und -anlagen soll an zentraler Stelle – amtsübergreifend zwischen Sport- und Schulamt gebündelt werden.

Seite 122

Den Sanierungsstau bei Sportstätten – städtischen wie vereinseigenen – wollen wir weiter systematisch abbauen und hierzu ein Sportstättensanierungsprogamm mit einer Priorisierung der notwendigen Maßnahmen erstellen.

Investitionen in die Schwimminfrastruktur
Während in vielen anderen Kommunen Schwimmbäder geschlossen werden, haben wir GRÜNE uns dafür eingesetzt, dass in die Ausstattung der Darmstädter Bäderlandschaft investiert wird.

Was wir schon erreicht haben:

Arheilger Mühlchen
Der Erhalt des Arheilger Mühlchens als öffentlich zugänglicher Naturbadesee konnte durch Abschluss eines langfristigen Pachtvertrags gesichert werden. Positiv zu bewerten ist auch, dass sich im Zuge der Diskussion um die Zukunft des Mühlchens zahlreiche Bürgerinnen und Bürger bereitgefunden haben, sich für den Erhalt des Badesees zu engagieren.

Großer Woog
Für den Einbau einer Vorsperre und die Entschlammung des Großen Woogs hat die Stadt die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt und sichert so die Gewässerqualität in dem beliebten Naturfreibad.

Mühltalbad
Die Sanierung des Mühltalbads in Eberstadt ist beschlossen.

Nordbad
Nach einem breit angelegten Beteiligungsprozess zwischen Schulen, Vereinen, Stadtverwaltung, Politik und einer Bürgerinformationsveranstaltung liegt eine konkrete Planung für den Neubau des Nordbads vor. Es wird ein modernes, barrierefreies Schwimmbad entstehen, das sowohl Kriterien des Leistungssports als auch die Bedürfnisse von Vereinen, Schulklassen und Familien erfüllt. Es sind unter anderem ein 50-Meter-Sportbecken mit acht Bahnen, ein Lehrschwimmbecken, ein Therapie- sowie ein Freizeit- und Trainingsbecken mit Sprungturm vorgesehen. Die Umsetzung eines über mehrere Jahre diskutierten wichtigen Großprojektes ist in vollem Gang.
Die Grundversorgung mit einer vielfältig nutzbaren Schwimminfrastruktur wollen wir GRÜNE weiterhin gewährleisten.

Umbau des Stadions am Böllenfalltor
Im Mai 2015 ist es dem Darmstädter SV 1898 gelungen als Zweitligaaufsteiger den direkten Durchmarsch in die erste Fußballbundesliga zu schaffen, eine große Sensation in der deutschen Fußballgeschichte!

Machbarkeitsstudie für den Stadionneubau

Schon lange vor diesem Darmstädter Fußballwunder, im April/Mai 2013 als die jüngsten Erfolge der Lilien noch nicht absehbar waren, hat der Magistrat der Wissenschaftsstadt Darmstadt den ersten Entwurf einer Machbarkeitsstudie für den Stadionneubau vorgelegt. Denn schon damals bestand für uns GRÜNE Handlungsbedarf, unabhängig davon, in welcher Liga der SV 98 spielt.

Die erste Phase des Umbaus erfolgte bereits mit dem Zweitligaaufstieg im Sommer 2014. Der Rasenplatz wurde erstligatauglich vergrößert, inklusive Rasenheizung und Bewässerungsanlage. Die Flutlichtanlage wurde aufgerüstet, die Medienplätze wurden ausgebaut und Plätze für Menschen mit Behinderung eingerichtet. Dies waren die Voraussetzungen dafür, dass die Lilien heute Erstligafußball am Böllenfalltor spielen können.

Gründung einer Betreibergesellschaft

Um die Anforderungen des Umbaus bei laufendem Spielbetrieb zu bewältigen, ging und geht die Professionalisierung mit der Gründung einer Betreibergesellschaft weiter. Finanzierungskonzept, Businessplan und der Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplans für den Sportpark „Böllenfalltor" wurden von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet. Mit dem Land Hessen wurde ein zweistelliger Millionenzuschuss ausgehandelt und mit dem Darmstädter Traditionsunternehmen Merck ein idealer Sponsor gefunden. Der Umbau soll parallel zur Bauleitplanung stattfinden. Für die Bewohnerinnen und Bewohner aller betroffenen Viertel wird ein Anwohnerschutzkonzept erarbeitet. Wichtig war im Sommer 2015 die Einigung mit dem Verein und den Fangruppierungen auf ein englisches Stadionmodell: vorne stehen – hinten sitzen, mit einem sehr hohen Anteil an Stehplätzen.

Englisches Stadionmodell: vorne stehen – hinten sitzen

Als Hausherrin ist die Wissenschaftsstadt Darmstadt vertraglich verpflichtet, dem SV 98 ein ligataugliches Stadion zur Verfügung zu stellen. Die entscheidenden Grundlagen für den Umbau zu dieser modernen Sportstätte sind bereits geschaffen. Das Stadion am Böllenfalltor wird ein Ort für erfolgreichen Ligafußball und auch für andere sportliche und kulturelle Nutzungen. Für Darmstadts GRÜNE gilt: Das Stadion wird gebaut – finanz-, verfahrens- und rechtssicher.

Förderung des institutionellen Sports in Vereinen

Auch wenn sportliche Aktivitäten nur zum Teil in Sportvereinen stattfinden, kommt dem Vereinssport eine große Bedeutung zu. In Darmstadt gibt es 110 Sportvereine mit insgesamt über 44.000 Mitgliedern.

Sport im Verein hat eine hohe integrative Wirkung. Dies gilt im Hinblick auf kulturelle und ethnische Diversität wie auch auf Verschiedenheit von Alter, Geschlecht und sozialem Status. Neu zugewanderten Menschen gibt das feste Regel- und Normensystem der Sportvereine Halt und Orientierung in einer für sie schwierigen Eingewöhnungsphase. ***> Die Herausforderung des Jahrzehnts*** Der Sport im Verein ist somit gut geeignet, um Integration zu fördern. Zur Unterstützung der Sportvereine für diese Integrationsleistungen hat die Stadt den Vereinen zusätzlich 50.000 Euro in der Sportförderung zur Verfügung gestellt.

Für ihre gesellschaftliche Integrationsleistung, insbesondere in der Kinder- und Jugendarbeit, sowie innerhalb von inklusiven Ansätzen für Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen oder Behinderung und von Menschen unterschiedlicher Kulturen wollen wir die Vereine auch künftig zuverlässig und gezielt fördern.

Sportvereine sind ein wichtiger Ort für Präventionsarbeit. Wir sehen es deshalb als Aufgabe der Stadt an, gemeinsam mit den Vereinen Strategien gegen Gewalt und Diskriminierung zu entwickeln. *> Interkulturelles* Ein positives Beispiel hierfür ist das Fanprojekt Darmstadt. Gemeinsam mit anderen Förderern wollen wir dieses Projekt sichern und ähnliche Initiativen in anderen Vereinen unterstützen.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Sonderinvestitionsprogramm zur Sportstättensanierung

Sportvereine mit eigenen Sportstätten und Anlagen wollen wir auch weiterhin gesondert unterstützen. Mit der gezielten Förderung des Sonderinvestitionsprogramm zur Sportstättensanierung in Höhe von 2 Mio Euro wurde die Möglichkeit geschaffen, den Sanierungsstau bei vereinseigenen Sportstätten abzubauen. Dabei wollen wir insbesondere die weitere energetische Sanierung in den Fokus nehmen – das entlastet die Vereine nachhaltig bei den Energiekosten und ist umweltschonend.
Für die Vergabe von Investitionszuschüssen wollen wir gemeinsam mit den Betroffenen klare und transparente Kriterien und Strukturen erarbeiten.
Die Kooperation von Sportvereinen auf Stadtteilebene wollen wir in einem strukturierten Prozess unterstützen und (weiter)entwickeln – der begonnene Prozess soll intensiviert und verstetigt werden. Hierzu gehören sowohl organisatorische Maßnahmen, die die Vereine entlasten, wie z. B. eine gemeinsame Geschäftsstelle verschiedener Sportvereine eines Stadtteils, als auch die Entwicklung einer gemeinsamen Nutzung von Sportanlagen/Sportstätten, abgestimmte Angebote zur Vermeidung von Doppelungen oder auch die Entwicklung neuer Betreibermodelle. Der von der Koalition angestoßene Planungsprozess zum Sportpark Süd-West soll dafür eine modellhafte Grundlage liefern.

Für die Kooperation von Vereinen untereinander wie auch mit anderen Institutionen der Kinder-, Jugend- und Seniorenarbeit wollen wir in der Sportförderung Anreize schaffen.

Sportförderung
Die Sportförderrichtlinien der Stadt Darmstadt wollen wir überprüfen und modernisieren. Damit sollen Anreize geschaffen und innovative Projekte ermöglicht werden.

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Für alle, denen es wichtig ist, dass die Kasse stimmt.

GRÜNE Konzepte für eine solide Haushalts-, Wirtschafts- und Finanzpolitik

Ebenso wie die Sicherstellung sozialer Gerechtigkeit und der Erhalt der Umwelt ist eine ausgewogene und dauerhaft tragfähige Finanzpolitik die Basis für eine nachhaltige Entwicklung: Das geliehene Geld von heute gefährdet die Entwicklungs- und Handlungs-Chancen von Morgen; die jetzt aufgebauten Schulden sind die Grundlage für die Verteilungskonflikte der Zukunft.

Der über Jahrzehnte aufgelaufene Sanierungsstau in Verbindung mit einem enormen Wachstum der Stadt ist nicht innerhalb weniger Jahre zu lösen. In der kommenden Legislaturperiode muss das Ende der Neuverschuldung zur Deckung laufender Kosten beibehalten und die Tilgung bestehender Kredite fortgeführt werden, weil wir auch zukünftig die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt Darmstadt sicherstellen wollen. Aber es ist auch notwendig, dem Sanierungsstau und dem Wachstum der Stadt Rechnung zu tragen. Investitionen mit finanzieller Rendite für den Haushalt müssen jederzeit möglich sein.

Lebensfähigkeit der Kommunen sichern
Die erklärbar angespannte Lage des Darmstädter Haushalts ebenso wie der meisten anderen kommunalen Haushalte ist nicht allein ein Ausgabenproblem. Die Staatsquote, also das Verhältnis der Staatsausgaben zum Bruttoinlandsprodukt, ist trotz gestiegener Leistungen seit Jahren rückläufig. Bei diesen zusätzlichen Leistungen handelt es sich zu einem erheblichen Teil um Pflichtleistungen, die den Kommunen per Gesetz übertragen wurden. Hier sind Bund und Land gleichermaßen in der Pflicht, die kommunalen Finanzen stärker von der Konjunktur zu entkoppeln, den Kommunen eine aufgabengerechte Finanzierung und die nötigen Gestaltungsspielräume für die Sicherung der lokalen Herausforderungen zu gewähren.

Der GRÜNE Weg zum nachhaltigen Darmstädter Haushalt: Einsparungen, Einnahmeerhöhung und Effizienzsteigerung

Finanzielle Handlungsfähigkeit zurückgewinnen

Die letzten fünf Jahre haben dazu beigetragen, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt zurückzugewinnen. Gleichzeitig steht die Stadt vor der Herausforderung enormer Investitionen und laufender Kosten für die Sicherung der Zukunft. Ohne die enorme Ausweitung der Kinderbetreuung in den letzten fünf Jahren hätte das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts und der Schuldentilgung viel früher erreicht werden können. Wir bekennen uns klar zum Ausbau der Kinderbetreuung und möchten sie fortsetzen und ausweiten. Und das Gesamtziel der Haushaltskonsolidierung darf nicht aus den Augen verloren werden.

Wir GRÜNE in Darmstadt setzen dafür auf den Dreiklang aus Einsparungen, Einnahmeerhöhung und Effizienzsteigerung. Konkret bedeutet das:

Einsparungen: Die jährlich vorgelegten Haushaltssicherungskonzepte mit Einzelmaßnahmen und Ansätzen zur Verwaltungsreform hat unsere Koalition aus Bündnis 90/DIE GRÜNEN und CDU konsequent verfolgt; anders als das in Wahlperioden davor der Fall war. Diesen Weg werden wir fortsetzen. Wir verfolgen eine nachhaltige Investitionspolitik: Investitionen müssen auf ihre Folgekosten hin untersucht werden, Vorrang haben Bildung, Betreuung und der Erhalt vorhandener Infrastruktur (beispielsweise Sanierung maroder Straßen, statt Neubau neuer Trassen). Investitionen dienen über ihren Lebenszyklus auf lange Sicht der Einsparung von Kosten für den Darmstädter Haushalt.

Investitionen auf Folgekosten hin untersuchen

Wir werden transparent machen, dass die Investitionen der bauverein AG in neue Wohnungen und die Investitionen des städtischen Immobilienmanagements in Schulen und Kindergärten die späteren Folgekosten berücksichtigen.

Einnahmeerhöhungen: Grundsätzlich sind alle Möglichkeiten zur Einnahmeerhöhung auszuschöpfen. Das bedeutet, dass das Finanzmanagement sich auch auf die Nutzung von Landes-, Bundes- und EU-Programmen zur Kofinanzierung kommunaler Aufgaben ausrichten muss. Verhandlungen mit den uns umgebenden Kreisen müssen mit dem Ziel eingeleitet werden, höhere Beiträge für die Nutzung unserer Infrastruktur zu erzielen. Wir sind der Überzeugung, dass entsprechende Beteiligungen in anderen Handlungsfeldern, beispielsweise zur Finanzierung der Berufsschulsanierung, in der sozialen Infrastruktur oder in der Kulturförderung sinnvoll sind.

Nutzung von Landes-, Bundes- und EU-Programmen

Einnahmeerhöhungen, die wie bei der bauverein AG durch neue Dividendenzahlungen an die Stadt geplant sind, müssen zweckgebunden eingesetzt werden, in diesem Fall zur Schaffung neuer Sozialwohnungen wie beispielsweise im Blütenviertel in Arheilgen. *> Wohnen* Ein weiteres Beispiel ist die Erhöhung der Spielapparatesteuer, die zweckgebunden für Maßnahmen der Sucht- und Drogenhilfe eingesetzt wird. *> Soziales* Grundsatz muss sein, dass Verkäufe städtischen Vermögens vorrangig zur Schuldentilgung eingesetzt oder reinvestiert werden.

Die faire Beteiligung von Bürgerschaft und Wirtschaft an den Kosten für städtische Leistungen ist unabdingbar, weshalb die städtischen Gebühren weiterhin regelmäßig

auf Kostendeckung überprüft werden. Modelle wie die finanzielle Unterstützung der GSI an der neuen Buslinie G möchten wir ausweiten, um Nutznießer von städtischen Investitionen an den Kosten zu beteiligen. Wir stellen sicher, dass einer fairen Leistung auch stets ein fairer Preis gegenübersteht. Diesen Prozess möchten wir fortsetzen, und dabei garantieren, dass keine Gruppe einseitig belastet wird.

Fairen Leistungen muss ein fairer Preis gegenüberstehen

Effizienzsteigerungen: Verwaltungsabläufe und -strukturen müssen modernisiert werden. Eine wissensbasierte Verwaltungsstruktur ist die Grundvoraussetzung für eine Steigerung der Verwaltungseffizienz und ermöglicht die Schaffung neuer Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger. Dezentrale Finanz- und Ressourcenverantwortung muss dazu beitragen, dass alle Verwaltungseinheiten Anreize für eigenständige intelligente Konzepte erhalten. Sowohl veraltete Heizungsanlagen und undichte Fenster in öffentlichen Gebäuden als auch lange Wege und Doppelstrukturen in der Verwaltung kosten Geld, ohne dass sie der Stadtgesellschaft eine Leistung zur Verfügung stellen. Diese Effizienzpotenziale wollen wir ebenso ausschöpfen wie die Möglichkeit zur Kooperation mit anderen öffentlichen Einrichtungen und Gebietskörperschaften sowie mit privaten Akteurinnen und Akteuren.

Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entscheiden

Die existenzielle Aufgabe der Haushaltskonsolidierung wird nur gelingen, wenn sie von den Menschen in unserer Stadt gewünscht und mitgetragen wird. Wir GRÜNE in Darmstadt wollen gemeinsam mit den Menschen in unserer Stadt diskutieren, wo und warum gespart werden muss oder kann und wo wir in Notwendigkeiten oder in die Zukunft investieren müssen und wollen. Der von uns eingeführte Bürgerhaushalt erfreut sich jedes Jahr steigender Beteiligung und muss fortgesetzt werden – gleichwohl zeigen viele eingehende Vorschläge aber auch, wie ausgereizt das Sparen bereits ist. Hier müssen wir die Handlungsfähigkeit weiter zurückgewinnen.

Bürgerhaushalt

In seiner aktuellen Form ist der Haushalt der Stadt Darmstadt nur schwer zu überblicken. Mit einer größeren Transparenz des Haushalts wollen wir die Grundlage schaffen, dass die Bürgerinnen und Bürger in den Prozess der Haushaltsaufstellung einbezogen werden. Nachdem die Stadt bei den Jahresabschlüssen viele Jahre Rückstand aufholen konnte, wird zukünftig der Jahresabschluss des Haushalts bis zum Ende des ersten Quartals des Folgejahres erstellt sein. Moderne Darstellungen und Visualisierungen des Haushalts wollen wir weiter ausbauen, um einen einfacheren Zugang zu Informationen zu ermöglichen.

Die maßgeblich von uns GRÜNEN eingeführten Stadtteilforen als zentrale Anlaufstellen und Diskussionsorte in den Quartieren sollen den Bürgerinnen und Bürgern als Plattform für einen verständlichen Zugang zum Haushalt dienen. Die Foren sollen ein eigenes Budget für Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes erhalten und Anregungen zur Prioritätensetzung der Mittelverteilung im Quartier diskutieren.

Mehr Verantwortung, faire Lastenteilung: Verwaltungsreform

Aufgabe der politischen Führung und der zentralen Ausgabensteuerung ist es, den finanziellen Rahmen für einzelne Aufgabenfelder zu definieren und nicht – wie derzeit üblich – bis ins Detail Vorgaben zu machen. Innerhalb des gesetzten Rahmens müssen Einzelentscheidungen viel stärker als bisher in die Zuständigkeit der Dezernate und einzelnen Ämter gelegt werden, um zeitnahe und sachgerechte Entscheidungen zu ermöglichen.

Budgetierung und Ressourcenverantwortung auf Dezernatsebene

Wir brauchen die Budgetierung und Ressourcenverantwortung auf Dezernatsebene, im Ergebnishaushalt für die Personalkosten und für die Investitionen. Dafür wollen wir für jedes Dezernat Personalbudgets einführen. Über die auch weiterhin notwendigen Sachentscheidungen zu jedem einzelnen Investitionsvorhaben ist die politische Steuerung ausreichend sichergestellt und bedarf keiner finanziellen Einzelentscheidung mehr.
Parallel muss für jede Investition eine Folgekostenbetrachtung erstellt werden. Zusätzlich sind existierende Doppelstrukturen zeitnah abzubauen. Auch wollen wir verstärkt auf Kooperationen mit dem Landkreis setzen.

Auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung kommt es an. Motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Entwicklungsperspektiven haben, sind ein starker Antrieb für die notwendigen Reformen. Wir wollen das Personalmanagement stärken, damit in Zukunft in der Stadtverwaltung die Transaktionskosten reduziert werden und zielloses Sparen nach dem „Rasenmäher-Prinzip" bei gleichbleibenden Aufgaben nicht weiter auf dem Rücken der Beschäftigen ausgetragen wird.

Der Schlüssel zu einer Konsolidierung der Personalkosten liegt für uns darin, nach einer konsequenten Aufgabenkritik und der Definition eines eindeutigen und tragfähigen städtischen Leistungsspektrums, die Aufgaben gemeinsam zu bewältigen. Das städtische Personal muss mitsprechen und mitgenommen werden, wenn es darum geht, die Verwaltung zu modernisieren, Leistungen zu hinterfragen und die Stadt neu zu denken.

Haushaltsplanung neu denken: Früh, langfristig, steuernd

Dass wir in der Legislaturperiode 2011-2016 jeden Haushalt fristgerecht vor dem Jahreswechsel verabschieden konnten, ist eine Rückkehr zu gutem Planen und Wirtschaften und sorgt frühzeitig für Planungssicherheit bei Vereinen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie der Stadtgesellschaft. Das umgesetzte Produktbuch ermöglicht eine gute Transparenz über Umfang und Qualität der städtischen Leistungserbringung. Durch die langwierige Prüfung des Haushalts bei der Aufsichtsbehörde kam es dennoch immer zu einem faktischen Zeitverlust des ersten Quartals für Ausschreibungen, Auszahlungen und Investitionen.
Der nächste Schritt einer guten Haushaltspolitik ist daher für uns die Verkürzung des Zeitraums für die Haushaltsaufstellung. Dieses Vorhaben möchten wir durch organisatorische Anpassungen und durch mehr Unterstützung der notwendigen Arbeitsprozesse, zum Beispiel durch eine verstärkte Nutzung von elektronischen Hilfsmittel, erreichen. Ziel ist es, spätestens im Oktober des Vorjahres den Haushalt zu verab-

schieden und zur Genehmigung einzureichen. Damit am ersten Tag des neuen Jahres auf der Basis eines genehmigten Haushalts gewirtschaftet werden kann und somit eine verlässliche Planungsgrundlage unter anderem für Vereine und freischaffende Künstlerinnen und Künstler geschaffen wird. Da viele Vorjahreszahlen erst im Dezember feststehen, führt dies zu einer leichten Reduzierung der Planungssicherheit im Haushalt – diesem Faktor begegnen wir, indem der Nachtragshaushalt wieder verstärkt eine Steuerungsfunktion erhält und gegebenenfalls auch mehrere Nachtragshaushalte verabschiedet werden.

Verlässliche Planungsgrundlage für Vereine und Künstler

Es ist zu prüfen, ob wir das erfolgreiche Bonner Modell von jährlich verabschiedeten Fünfjahreshaushalten einführen sollten: Indem jedes Jahr ein über fünf Jahre gerechneter Haushalt inklusive der Darstellung vergangener Jahre verabschiedet wird, entsteht größere Transparenz über Folgekosten von Investitionen, mehrjährige Projekte sowie die Entwicklung von Kostenstellen. Durch die – in der Wirtschaft übliche – Mehrjahresbetrachtung kann darüber hinaus eine bessere strategische Steuerung stattfinden.

Statt eine politische Diskussion über teilweise vier- oder fünfstellige Beträge zu führen, soll sukzessiv eine Haushaltssteuerung mit eigenverantwortlicher Umsetzung in den Ämtern entwickelt werden.

Darmstadt als boomenden Wirtschaftsstandort weiterentwickeln

In den letzten fünf Jahren konnte die Stadt mit der Entwicklung der Konversionsflächen die örtlichen Firmen stärken und beispielsweise mit der Firmenzentrale von Alnatura einen spektakulären Zuzug aus dem Bereich „Grüne Wirtschaft" gewinnen. Dies bestätigt den hohen Stellenwert Darmstadts insbesondere bei den weichen und harten Standortfaktoren.

Die angespannte Haushaltssituation lässt zurzeit keine Spielräume für die Senkung von Steuern und Abgaben zu. Darmstadt braucht vielmehr diese Einnahmen, um die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts zu gewährleisten. Die Wirtschaft profitiert im Wettbewerb um Fachkräfte von diesen Maßnahmen (alleine über 20 Mio. jährlich für Kinderbetreuung).

Gemessen an der Zahl der Unternehmen und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist Darmstadt geprägt vom wirtschaftlichen Mittelstand. Gewerbe-, Handwerks- und Handelsbetriebe machen auch weiterhin Darmstadt stark und vielfältig. Und dafür stehen wir Darmstädter GRÜNE: wir wollen keine Klientelpolitik für wenige Großkonzerne machen. Wir stehen für die Vielfalt – auch im Wirtschaftsleben. Wir möchten die lokale Wirtschaft unterstützen, sie erhalten und weiter ausbauen.

Lokale Wirtschaft unterstützen

Dafür setzen wir auf Kommunikation – für die Interessen der lokalen Wirtschaft haben wir GRÜNE in Darmstadt offene Ohren. Wir möchten die nachhaltige Entwicklung unserer Stadt und die soziale Verantwortung weiterentwickeln. Viele Unternehmen – von börsennotierten Unternehmen wie Merck bis hin zu Kleinstunternehmen – machen dies durch ihr Engagement in der Stadt bzw. in den Quartieren bereits vor. Ihnen wollen wir eine besondere Plattform bieten, um sich im städtischen sowie im überregionalen Wettbewerb darstellen zu können.

Erhaltung der Attraktivität der Innenstadt

Der Einzelhandel befindet sich in einer Phase des Umbruchs. Schon jetzt wird jeder zehnte Euro im Online-Handel ausgegeben. Einkaufzentren auf der „grünen Wiese" treten in Konkurrenz zu den Innenstädten. Der stationäre Einzelhandel wird mehr und mehr durch Konzentration und Handelsketten geprägt.

Der Innenstadt ein eigenes Gesicht geben

Wir möchten die Attraktivität der Darmstädter Innenstadt als Ort des Einkaufens und der Begegnung für die Bürgerinnen und Bürger erhalten. Dies möchten wir erreichen, indem wir der Innenstadt ein eigenes Gesicht geben. Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich in ihrer Stadt wohlfühlen und auch ohne Konsum verweilen können. Hierfür möchten wir Orte schaffen. ***> Stadtentwicklung und Mobilität, > Kultur*** Der innerstädtische öffentliche Fuß-, Rad- und Nahverkehr soll gestärkt werden, um der Notwendigkeit zur Nutzung des Autos für die Einkäufe entgegenzuwirken. ***> Stadtentwicklung und Mobilität***

Schlüsselzuweisungen steigern und Finanzausgleich weiterentwickeln

Novellierung des kommunalen Finanzausgleichs

Darmstadt wächst deutlich stärker, als alle Prognosen vor fünf Jahren dies vorhergesehen hätten. Dies führt zu gestiegenen Schlüsselzuweisungen, aber auch zu überproportional gestiegenen Ausgaben beispielsweise im Infrastrukturbereich.

Wir unterstützen die Novellierung des kommunalen Finanzausgleichs und fordern eine Ausweitung der Berücksichtigung der Aufgaben von wachsenden Großstädten: So trägt Darmstadt – gerne – eine weit größere Last beim Bau von Sozialwohnungen. Diese muss sich aber in erhöhten Schlüsselzuweisungen niederschlagen. Gemeinsam mit dem Landkreis soll ein fairer Lastenausgleich gefunden werden. Der Landkreis als Teil der boomenden Region muss solche Aufgaben mit übernehmen bzw. mit finanzieren.

Fairer Lastenausgleich mit dem Landkreis

Investitionen in Effizienz und Substanzerhalt haben Priorität

Auch unter den bestehenden schwierigen finanziellen Bedingungen bleibt es unerlässlich, die notwendigen Investitionen in Effizienz und Substanzerhaltung zu tätigen. Unterlassene Instandhaltungen rächen sich später mit noch höheren Kosten, unterlassene Investitionen in Bildung, Kinderbetreuung und Soziales berauben Menschen einer Zukunft als integrierte Mitglieder der Gesellschaft.

Für uns GRÜNE liegen die Ziele aller Investitionen in nachhaltigen Verbesserungen von Lebensqualität und von Funktionalität der Infrastruktur. Wir brauchen funktionierende Schulen, Straßen, Kanäle, Verwaltungsgebäude, Versammlungs- und Sportstätten. Vorrang vor baulichen Erweiterungen und Neubauten muss dabei eine nachhaltige Bestandserhaltung haben. Grundlegend zu sanieren ist auf Dauer deutlich billiger als ständig zu reparieren:

- Das erfolgreiche Schulbausanierungsprogramm muss fortgeführt werden.
- Das Sanierungsprogramm für den öffentlichen Raum soll fortgeführt werden und insbesondere auch Fuß- und Radwege, Grünanlagen und Plätze berücksichtigen. Eine Reduzierung der Mittel führt zu erneutem Substanzverzehr.

- Leistungsfähige und dichte Abwasserkanäle sind ein Muss, wenn Überflutungen und Umweltgefahren begegnet werden soll. Die Verwendung der Gebühren hierfür ist in einem separaten Teilhaushalt transparent auszuweisen.
- Bei Verwaltungsgebäuden, Versammlungs- und Sportstätten ist der Sanierungsstau vergleichbar mit dem Zustand der Schulen vor Sanierungsbeginn. Auf unser Betreiben hin, wurde die Förderung von Investitionen bei Sportvereinen mit energetischen Sanierungen verbunden, dies wollen wir fortführen.

Bei Neu- oder Erweiterungsvorhaben und Umbauten muss es gerade in Zeiten knapper Finanzen eine Selbstverständlichkeit sein, zunächst die rentierlichen Projekte umzusetzen. Rentierlich sind alle Maßnahmen, die über vergleichsweise kurze Zeit durch zusätzliche Einnahmen oder durch eingesparte laufende Kosten refinanziert sind:

- Energetische Sanierungen am städtischen Gebäudebestand (Schulen, Verwaltung, Versammlungs- und Sportstätten) sowie bei den Straßenlaternen und Lichtsignalanlagen
- Wasser- und abwasserbezogene Sanierungen z. B. durch wassersparende Technik und Nutzung von Brauchwasser im städtischen Gebäudebestand und bei Bädern
- Abkopplung des Darmbachs vom Kanalnetz
- Zusammenlegung der Verwaltung in einem oder wenigen modernen Verwaltungsgebäuden

Dabei werden wir weiterhin bei den anstehenden Investitionen die angelegten Standards (beispielsweise bei den verwendeten Materialien) konsequent hinterfragen. Getätigte Investitionen müssen in erster Linie dem ursächlichen Zweck dienen und die Folgekosten müssen dauerhaft finanziell und ökologisch tragbar sein. Städtebauförderungen und Effizienzprogramme wie beispielsweise in der Mollerstadt möchten wir weiter nutzen. Erst wenn diese Maßgaben stadtweit vollständig erfüllt sind, kommen Investitionen in Betracht, die nicht dem Erhalt der Grundversorgung oder der Verbesserung der Effizienz dienen.

ÖPP nicht als Finanzierungsinstrument

Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) speziell bei Investitionen sehen wir nur als Instrument für Planung und Durchführung von Bauvorhaben. Bei der derzeitigen Niedrigzins-Situation wird die Finanzierung durch Dritte immer teurer sein als durch die Stadt selbst. Die Nutzung von ÖPP zur Umgehung von Investitionsbeschränkungen durch die Aufsichtsbehörden sehen wir ebenfalls im Sinne einer Haushaltswahrheit kritisch und setzen uns dafür ein, gemeinsam mit dem Regierungspräsidium bei finanziell rentablen Investitionen Ausnahmen zu definieren.

Breitbandausbau für ganz Darmstadt

Das Internet ist als Quelle von Informationen und Dienstleistungen aus dem Alltag

vieler Menschen nicht mehr wegzudenken. Der Zugang zu schnellem Internet ist für Gewerbetreibende zur notwendigen Voraussetzung geworden, um ihre Unternehmen zu betreiben. Wir unterstützen den Ausbau des breitbandigen Internets in Wixhausen, wo der freie Markt kein Interesse hat.
Wir unterstützen die Initiativen für freies WLAN ohne die Einschränkungen der auf Bundesebene zu regelnden Störerhaftung. Unser Parteibüro geht als Beispiel voran und ist seit 1,5 Jahren mit einem Freifunk-Router ausgestattet. *> Netzpolitik*

Nachhaltiges Beschaffungswesen und Green IT

Nachhaltigkeit als Vergabekriterium

Das öffentliche Beschaffungsvolumen beträgt allein in Deutschland rund 246 Milliarden Euro und somit 13 % des Bruttoinlandsproduktes. So kommt der öffentlichen Hand und damit auch den Kommunen eine große Bedeutung bei der Nachfrage nach Produkten und Leistungen zu. Die aktuellen Vergaberichtlinien der EU-Kommission und ihre Umsetzung ins deutsche Recht erlauben der öffentlichen Hand, Nachhaltigkeitskriterien in die Vergabe einfließen zu lassen.
Diese Chance wollen wir nutzen, indem wir die in diesem Bereich zersplitterten dezentralen Aktivitäten der Stadt zusammenführen und konsequent auf eine nachhaltige Beschaffung ausrichten. Dies wird zu einer Belebung der regionalen Wirtschaft und des Handwerks sowie zu Innovationen im Bereich der nachhaltigen Technologien führen. Beim nachhaltigen Beschaffungswesen wollen wir den Herstellungsprozess, die Lebenszykluskosten, den Energieverbrauch, die CO_2-Bilanz, die Betriebs- und Entsorgungskosten, die Recyclingfähigkeit, die Schadstoffbilanz sowie die Wirtschaftlichkeit und sozialen Kriterien in die Gesamtbetrachtung eines Produkts einfließen lassen. Nur Unternehmen, die Tariflöhne bezahlen, sollen öffentliche Aufträge erhalten.
Darüber hinaus braucht die Stadt Darmstadt ein Gesamtkonzept für Green IT, d. h. für eine umwelt- und ressourcenschonende Informations- und Kommunikationstechnologie für die gesamte Stadtverwaltung.

Einfluss auf die Daseinsvorsorge sichern – Stadtwirtschaft intelligent weiterentwickeln

Die Sicherung der Grundversorgung der Bevölkerung mit Wasser und Energie, die Bereitstellung von Schulen, Kindergärten und Wohnraum, Straßen und von Angeboten des Nahverkehrs gehört ebenso zur Daseinsvorsorge in unserer Stadt wie die Abwasser- und Abfallbeseitigung, das Gesundheitswesen (z. B. Klinikum *> Soziales*) sowie viele weitere Aufgaben. Einen Großteil dieser Leistungen erbringt die Darmstädter Stadtwirtschaft, d.h. die Unternehmen, an denen die Stadt beteiligt ist.

Am Gemeinwohl orientierter Unternehmenszweck

Bei Unternehmungen, wie der ENTEGA, die sich im Besitz der Stadt Darmstadt befinden oder an denen sie beteiligt ist, wollen wir die Steuerungsmöglichkeiten nutzen. Die Erfüllung des Unternehmenszwecks muss sich am Gemeinwohl orientieren und eine nachhaltige Strategie der Stadtrendite verfolgen, die ökonomische, ökologische und soziale Wertschöpfung erbringt.

Die Unternehmen der Darmstädter Stadtwirtschaft sind überwiegend als nachhaltige Gesellschaften positioniert. Mit der Nutzung von Ökostrom und Ökogas der ENTEGA

können Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen über klimaneutrale Energie verfügen.

Die bauverein AG hat neben Wohnungen im Passiv-Haus-Standard viele Wohnungen auf Niedrigenergie-Standard saniert.

Die HEAG mobilo bietet klimaneutralen Straßenbahnbetrieb und wird in den nächsten Jahren ihre Busflotte mit Elektrobussen verstärken. Die HEAG Holding vernetzt die verschiedenen Aktivitäten und unterstützt die Stadtwirtschaft in Fragen der nachhaltigen Unternehmensführung (z. B. Stadtwirtschaftsstrategie, Umweltbericht).

Wir GRÜNE lehnen einen Verkauf von öffentlichem Eigentum ab, sofern damit die Grundversorgung der Bevölkerung eingeschränkt wird, dies mit dem Verlust von Steuerungsmöglichkeiten für elementare Bereiche der Entwicklung der Stadt verbunden ist oder wenn diese Beteiligungen Gewinn bringend sind.

Keine Privatisierung der Wohnungen der bauverein AG

Dies betrifft insbesondere auch eine immer wieder diskutierte Privatisierung der Wohnungen der bauverein AG. Diese lehnen wir auf Grund der daraus resultierenden fehlenden Steuerungsmöglichkeiten für eine sozial ausgewogene Wohnungsmarktentwicklung ab. > ***Wohnen*** Auch den immer wieder ins Spiel gebrachten Verkauf der Gewerbeeinheiten sehen wir kritisch; die Markthalle im Carree ist hier ein mahnendes Beispiel. Die Vorgaben aus der Stadtwirtschaftsstrategie für die Beteiligungen der Wissenschaftsstadt Darmstadt sind konsequent umzusetzen.

Mit der ENTEGA hat Darmstadt ein starkes, städtisches Unternehmen, das in die Energiewende investiert. Wir möchten den Bürgerinnen und Bürgern Darmstadts die Möglichkeit geben, ebenfalls in die Energiewende zu investieren und mit ihr zu verdienen. Anteile an der ENTEGA bzw. Wertpapiere für den Aufbau von Anlagen zur Energieerzeugung, wie Windparks oder Kraftwärmekopplung, sollen ausgegeben und durch die Bürgerinnen und Bürger Darmstadts erworben werden können. Es muss transparent sein, wie das eingesetzte Kapital genutzt wird. Die Stückelung soll so sein, dass jeder Interessent investieren und damit unterstützen kann. Durch die Aufsicht der Stadt ist sichergestellt, dass das gewonnene Kapital seriös eingesetzt wird.

Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung fördern

Wir GRÜNE stehen für eine soziale und ökologische Marktwirtschaft. Bedingung dafür sind klare Regeln, um das Funktionieren der Märkte und das Erreichen gesellschaftlicher Ziele sicherzustellen, und nicht neoliberale Deregulierung. Es bedarf Regelungen, die ökologisches und soziales Handeln der Marktteilnehmerinnen und -teilnehmer belohnen. Die strukturell nicht überwundene globale Finanzmarktkrise und die sich daraus ergebenden Probleme für die Realwirtschaft zeigen, welche Folgen aus einer Wirtschaft ohne Leitplanken erwachsen. Wir setzen auf Nachhaltigkeit und Bürgerbeteiligung, da uns auch das Morgen wichtig ist.

Entsprechend dem „Hessischen Tariftreue und Vergabegesetz" bevorzugen wir die Be-

auftragung regionaler Unternehmen, um die regionale Wertschöpfung zu unterstützen. Jeder Euro in der Region ist sozial wertvoll. Er hilft, unnötigen Verkehr zu vermeiden und leistet damit einen Beitrag zum Klimaschutz.

Unsere Position zu TTIP, CETA und TISA

Gefahr durch TTIP, CETA und TISA

Nach aktuellem Wissensstand besteht durch TTIP, CETA und TISA die große Gefahr, dass Entscheidungen gefällt werden, bei denen Großkonzerne gewinnen und Bürgerinnen und Bürger bezahlen. Nach jetzigem Kenntnisstand soll die Kommunalwirtschaft stark reglementiert werden. Dies könnte für Darmstadt bedeuten, dass wir uns bei der Daseinsvorsorge, wie z.B. mit Wasser und Strom, nicht so engagieren können, wie es am besten für unsere Bürgerschaft ist. Der Wohnungsmarkt soll weiter dereguliert werden. Aber wo bleiben dabei die Menschen, die sich die teuren Mieten in unserer Region nicht leisten können? Soziale Standards sollen herabgesetzt werden. Diese Form des Wirtschaftens entspricht nicht unserer Vorstellung von einer sozialen und ökologischen Wirtschaft.
Wir wollen eine Beteiligung der Öffentlichkeit an den Verhandlungen über TTIP, CETA und TISA, damit unsere Wirtschaft allen zugute kommt.

Wertschöpfung der Zukunft: Kreativ, divers, innovativ, nachhaltig

Gute Wirtschaftspolitik ist Interessenpolitik für die Zukunft, und nicht Interessenpolitik für Wirtschaftsverbände, Lobbygruppen und Wohlhabende. Wir GRÜNE wollen das Fundament für eine nachhaltige Wirtschaft legen, die sparsamer mit den kostbaren Ressourcen umgeht und neue Beschäftigung schafft – keine Billigjobs, sondern Arbeitsplätze mit Zukunft. Dazu brauchen wir kluge Innovationen – nicht nur technologische, sondern auch soziale und kulturelle. Den Mix von Kultur, Weltoffenheit, Wissenschaft und Wirtschaft, der eine der Stärken gerade des Rhein-Main-Gebietes ist, werden wir als Chance für Darmstadts Entwicklung nutzen.

Gutes Klima für helle Köpfe

Verstärkte Wertschöpfung durch Wissen

Ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum erfordert meist nicht ein Mehr an Rohstoffen oder Energie, sondern eine verstärkte Wertschöpfung durch Wissen. Mittlerweile ist lebensbegleitendes Lernen für weite Kreise der Bevölkerung selbstverständlich geworden. Der leichte Zugang zu Aus- und Weiterbildung ist ein zukunftsweisender Aspekt, gerade für Kommunen wie die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Darmstadt hat bereits heute eine gute Angebotsvielfalt. Nur ist der Zugang zu den bestehenden Angeboten in Darmstadt noch viel zu schwerfällig.
Ein Ausbau durch spezialisierte Angebote von öffentlichen und privaten Schulen sowie im Bereich „Weiterbildung" ist erforderlich. Kurse, die nutzbare Zusatzqualifikationen für Jugendliche, junge Erwachsene, Erwachsene und Best Agers ermöglichen, sind dringend erforderlich.
Wir wollen, dass sich öffentliche und private Bildungsträger zu einem lokalen „Bündnis für Bildung" vernetzen und gemeinsame Kampagnen gestalten. Ein Internetportal für den Zugang zu lokalen Bildungs- und Weiterbildungsangeboten ist zeitgemäß und muss aufgebaut werden. Für eine Wissenschaftsstadt ist dies mehr als adäquat. ***> Bildung***

Wir brauchen neue Angebote, die den Darmstädterinnen und Darmstädtern ermöglichen, sich gegenüber anderen Städten und anderen europäischen Regionen zu differenzieren. Es braucht neue Ausbildungsberufe, es braucht neue Angebote im Bereich der internetbasierten Weiterbildung.

Flexible Innovationsnetzwerke, die Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen eng miteinander verknüpfen, sind die Modelle der Zukunft. Wir GRÜNE wollen daher die bestehenden Kooperationen mit den Darmstädter Hochschulen ausbauen und vertiefen. Gemeinsame Projekte mit unterschiedlichen Fachbereichen ermöglichen eine Annäherung an die Darmstädter Stadtverwaltung und Stadtwirtschaft. Wir wissen, wie wichtig Wissenschaft und Lehre für den Standort Darmstadt sind.

Vernetzung von Stadt/Stadtwirtschaft und Wissenschaft

Laufende und abgeschlossene Projekte wie z.B. Solver (ENTEGA und h_da), INDAGO (Darmstadt Marketing, HEAG mobilo und TU Darmstadt) oder das Symposium „Stadtleben" der HEAG Holding zeigen erste Früchte unseres Engagements für die Vernetzung von Stadt/Stadtwirtschaft und Wissenschaft.

Wirtschaftsförderung neu denken

Wir wollen die Darmstädter Unternehmen dabei unterstützen, in der Region, in Deutschland und in Europa erfolgreich zu sein. Speziell der Ausbau und die Anwendung von Umwelt- und Informationstechnologie sowie die Kreativwirtschaft können neue Märkte erschließen und zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. An unseren Hochschulen in Darmstadt gibt es viele Studierende, die den Schritt in die Selbständigkeit wagen. Wir suchen die Zusammenarbeit mit den Hochschulen, damit Ergebnisse aus Forschung und Entwicklung in der Praxis Form annehmen können.

Unternehmensgründung unterstützen

Viele Unternehmensgründerinnen und -gründer haben gute Ideen, aber auf dem Weg von der Idee bis zur Umsetzung müssen viele Fragen, beispielsweise zur Finanzierung und zur Vermarktung, geklärt werden. Wir möchten ein lokales Netzwerk aufbauen, um Gründerinnen und Gründer – unabhängig von Geschlecht und Herkunft – bei ihren Vorhaben der Unternehmensgründung zu unterstützen.
Das Netzwerk soll Forum für Gründerinnen und Gründer sein, um sich untereinander auszutauschen. Wir werden ein Business Angels Konzept für nachhaltige Unternehmen aufbauen – kombiniert mit Mikrokrediten von der Sparkasse und der Begleitung durch die HEAG Holding sowie anderer Unternehmen der Stadtwirtschaft. Besonders am Herzen liegt uns die Ansiedlung von Unternehmen, die durch ihre Produkte und Dienstleistungen den ökologischen Wandel aktiv unterstützen.

Mit diesem Konzept ist Darmstadt federführend in Deutschland. Unser Engagement versteht sich dabei als Ergänzung der bestehenden Angebote von Verbänden und Kammern. Unternehmen wie Alnatura oder AKASOL zeigen, dass Darmstadt bereits heute ein beliebter Standort für nachhaltige Unternehmen ist.

Zurzeit gibt es in Darmstadt viele Unternehmensgründungen in der IT-Branche, die wir bei der Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen unterstützen möchten. Ein gutes

Beispiel für die Förderung junger, innovativer Unternehmen ist beispielweise die Beauftragung der jungen „wer denkt was GmbH" mit der Kommunikationsplattform für den Bürgerhaushalt, von der auch die Bürgerinnen und Bürger profitieren. Des Weiteren wurde der „Webmontag Darmstadt", ein Forum für den Austausch der lokalen Webszene, durch die Stadt Darmstadt gefördert.

Wirtschaftsförderung bedeutet nicht nur die Förderung der Unternehmen. Dies bedeutet auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Möglichkeit zu geben, einer Tätigkeit nachzugehen. Es sollen Ganztagsschulen und Betreuungsangebote ausgebaut werden, um ein Nebeneinander von Beruf und Familie zu ermöglichen. ***> Soziales, > Bildung***

Internationalität stärken

Studierende aus aller Welt kommen nach Darmstadt. Internationale Forschungseinrichtungen prägen unsere Forschungslandschaft. International tätige Unternehmen haben Niederlassungen in Darmstadt. Die Stadt soll die ausländischen Neubürgerinnen und Neubürger beim Ankommen in Darmstadt unterstützen. Alle Bürger-Dienste und Informationen, die über das Internet verfügbar sind, müssen mehrsprachig sein. Formulare darf es nicht nur in deutscher Sprache geben. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Darmstadt werden ausgebildet, um Beratungsgespräche auch auf Englisch führen zu können. ***> Interkulturelles***

- Erfolgreiches wirtschaftliches Handeln erfordert eine schlanke und effiziente Verwaltung. Wir GRÜNE wollen die wichtigsten Prozesse für die lokalen Unternehmen weiter beschleunigen und entbürokratisieren. Dazu zählen die Anmeldung / Ummeldung von Firmen, die Transparenz über bestehende Fördermittel, die Beantragung von Bauanträgen, insbesondere von solchen zum Zwecke der ökologischen Gebäudesanierung.
- Wir wollen, dass jedes Unternehmen in Darmstadt eine Klimabilanz erstellt. Die Stadt wird bei der Erstellung die notwendigen Werkzeuge und Vergleichsdaten zur Verfügung stellen. Mit der Erhebung der Daten hat jedes Unternehmen seine aktuelle Situation im Blick und erhält wertvolle Maßnahmen vom neuen Nachhaltigkeits-Dezernat kostenfrei präsentiert. ***> Umwelt***
- Nachhaltiges Wirtschaften erfordert einen nachhaltigen und schonenden Umgang mit Ressourcen – wir werden die ökologischen und die sozialen Folgekosten des Wirtschaftens stärker transparent machen und auch Mittel und Wege für die Darmstädter Wirtschaft aufzeigen, diese weiter zu reduzieren.

JUGEND

Für alle, die in Darmstadt den Altersdurchschnitt senken.

GRÜNE Konzepte für mehr Beteiligung von Jugendlichen

Wir GRÜNE räumen Kindern und Jugendlichen eigenständige Rechte ein. Wir wollen sie gezielt fördern und schützen sie, wo Familien dies nicht leisten. Wir nehmen Kinder und Jugendliche mit ihren Anliegen ernst und setzen auf eine Jugendpolitik, die sie ermutigt und es ihnen ermöglicht, ihre jeweils eigene Identität zu entwickeln.
Eine kinder- und jugendgerechte Stadtentwicklung bezieht Kinder und Jugendliche aktiv ein und berücksichtigt ihre Bedürfnisse. Dies ist bei der Förderung von Stadtentwicklungsprojekten zu berücksichtigen.

Mitwirkungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche

Wir GRÜNE wollen flächendeckend echte Mitwirkungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Deshalb fördern wir verstärkt alternative Organisationsformen wie beispielsweise Jugendparlamente und Jugendbeiräte. Diese müssen mit einem Antrags- und Stimmrecht für politische Entscheidungen ausgestattet sein. Für uns gilt: Alle Jugendlichen, egal ob mit oder ohne Behinderung, mit oder ohne Migrationshintergrund, gleich welcher sexuellen Identität gehören dazu.
Wir stehen für eine emanzipatorische Jugendpolitik. Das bedeutet ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit, Selbstverantwortlichkeit und Eigenständigkeit für Jugendliche.
Die heutige Jugendgeneration ist zutiefst gespalten: Während viele mit Optimismus in die Zukunft schauen, sind andere schon in jungen Jahren davon überzeugt, auf der Schattenseite des Lebens zu stehen. Eine von Geburt an gegebene Chancenungleichheit, die auch durch ein leistungsschwaches Bildungssystem nicht ausgeglichen werden konnte, verbaut ihnen die Zukunft. Hier muss kontinuierlich gestützt und gefördert werden.

Freiräume eröffnen

Gerade junge Menschen brauchen Freiräume, um sich auszuprobieren. Wir GRÜNE wollen ihnen diese Freiräume wieder eröffnen und streben dazu eine dringend notwendige gesellschaftliche Auseinandersetzung an.

Beteiligung von Jugendlichen
Wir wollen Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Studierende und junge Erwachsene in die Stadtpolitik einbeziehen. Dies muss auf verschiedenen Ebenen geschehen:

a) Allgemein
Wir wollen ein mit den Jugendlichen abgestimmtes Beteiligungsformat etablieren. Ein sinnvolles Modell muss gemeinsam gefunden und entwickelt werden. Über das gefundene Beteiligungsformat sollen die Jugendlichen Antragsrecht in allen Ausschüssen der Stadt und einen beratenden Sitz in allen kommunalen Fachausschüssen bekommen.

b) Schülerinnen und Schüler
Der StadtschülerInnenrat muss ausgebaut werden.
Er soll einen beratenden Sitz im Schulausschuss und erweiterte finanzielle Mittel erhalten. Um die Vertretungsstruktur zu stärken, muss eine Geschäftsführung eingeführt werden.

c) Studentinnen und Studenten
Wir GRÜNE nehmen die einzigartige studentische Kultur ernst und erkennen sie als gleichberechtigten Partner an. ***> Kultur***
Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) zwischen den Campussen Lichtwiese und Stadtmitte muss weiter ausgebaut werden.
Es bedarf mehr studentischen Wohnraums, wobei der Bau von überteuerten privaten Studentenwohnheimen eingeschränkt werden muss.

Politische und kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche
Um das politische Bewusstsein zu stärken, soll das Angebot an altersgerechter politischer Bildung mit Unterstützung des Jugendbildungsreferenten erweitert werden.
Es muss an den Schulen Workshops zur politischen Bildung sowie außerschulische Bildungsarbeit geben, um Jugendliche zu fördern und sie bei der Entwicklung von Kompetenzen zu unterstützen.
Wir wollen in kulturellen Einrichtungen gezielte Angebot für Jugendliche schaffen und vorhandene weiter ausbauen (z. B. besondere Aufführungen im Staatstheater).
Studentische Kooperationen mit kulturellen Einrichtungen gilt es zu fördern. ***> Kultur***

Sozialpolitik für Kinder und Jugendliche
Kinder und Jugendliche sind von Armut stärker und häufiger betroffen als Erwachsene – auch in Darmstadt. Kinderarmut zeigt sich bei uns durch eine eingeschränkte materielle Grundversorgung, verminderte Bildungschancen, eine schlechtere Gesundheit und geringere sozialer Teilhabe.

Dies gilt es, als Stadt zu bekämpfen und die Situation durch niedrigschwellige Angebote zu verbessern. Mit der Einführung der Teilhabecard der Stadt Darmstadt wurde das Bildungs- und Teilhabepaket unbürokratisch umgesetzt und über den gesetzlichen Anspruch hinaus Angebote zur Chancenverbesserung geschaffen. Wir wollen diese Maßnahmen weiter ausbauen und für staatliche Kultureinrichtungen kostenlosen Eintritt für benachteiligte Kinder und Jugendliche möglich machen.
Ausgrenzung beginnt in den Köpfen – deshalb ist es wichtig, Jugendliche in der Bildungsarbeit für soziale Ausgrenzung zu sensibilisieren und Vorurteile abzubauen.
Die Stadtteile Arheiligen, Eberstadt, Wixhausen und Kranichstein haben in Darmstadt den höchsten Anteil an Minderjährigen. Um sie zu erreichen, ist es wichtig, vor Ort gezielte Projekte wie beispielsweise offene Sportangebote anzubieten und zu fördern.

Subkultur und Freiräume für Entfaltung

Jugendbewegungen als Bereicherung für unsere Gesellschaft

Wir GRÜNE erkennen und akzeptieren temporäre Jugendbewegungen und sehen neue Interpretationen von vorherrschender Kultur als Bereicherung für unsere Gesellschaft an. So leistet beispielsweise die Oetinger Villa für Darmstadt seit mehr als zwanzig Jahren wichtige Jugend- und Kulturarbeit. Uns GRÜNEN ist es wichtig, dass diese eigenständige Subkultur Teil der Darmstädter Kulturlandschaft bleibt und auch weiterhin einen Kontrapunkt zu den etablierten Kultureinrichtungen der Stadt bietet. ***> Kultur***

Mobilität für junge Menschen

Wir stehen für sichere Fuß- und Fahrradwege im näheren Umfeld von und insbesondere vor Schulen sowie eine direkte Fahrradverbindung zwischen den Campussen Lichtwiese und Stadtmitte. Das Fahrradverleihsystem soll erhalten und das Stationensystem erweitert werden. ***> Stadtentwicklung und Mobilität***
Unser Ziel ist die Einrichtung eines solidarisch finanzierten Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) mit möglichst geringen Kosten für die Darmstädter Bevölkerung. Deshalb setzten wir uns dafür ein, dass eine Machbarkeitsstudie durchgeführt wird, die die Weichen für eine grünere und mobilere Stadt stellt.

NETZPOLITIK

Für alle, die nicht nur analog unterwegs sind.

GRÜNE Konzepte für die Netzwelt

Das Internet und der digitale Wandel betreffen unterschiedliche Politikfelder und gehen uns alle an. Wir wollen „den digitalen Wandel GRÜN gestalten". Dabei sind bewährte GRÜNE Grundsätze unsere Richtschnur: Transparenz, Teilhabe, Offenheit, Nachhaltigkeit und Freiheit.
Im Rahmen dieses Programms gehen wir ausschließlich auf die kommunal unter unserem Einfluss stehenden Aspekte ein. Wir Darmstädter GRÜNE stehen zusätzlich hinter den Positionen der Bundespartei, insbesondere

- zu Bürgerrechten als der Mittelpunkt unserer Netzpolitik
- zu Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit, die auch im Internet gelten müssen
- zum Schutz privater Daten und zum Recht auf öffentliche Informationen im Netz
- zur Informationsfreiheit, die ebenso Teil des Grundgesetzes werden sollte wie der Datenschutz
- zur Zugangs- und Teilhabegerechtigkeit
- zur klaren Positionierung pro Netzneutralität
- zur Änderung von § 8 des Telemediengesetzes (auch nicht-klassische Provider – wie Betreiberinnen und Betreiber privater öffentlicher WLANs und Freifunk sollen unter den Haftungsausschluss des § 8 des Telemediengesetzes fallen)
- und zur nachhaltigen Förderung von Forschungsvorhaben, die sich darauf richten, die informationelle Selbstbestimmung und den Schutz der Privatsphäre im Internet zu stärken

Medienkompetenz ausbauen

Medienkompetenz ist in der heutigen „digitalen" Gesellschaft eine Schlüsselqualifikation, die frühzeitig erworben werden sollte, die wir vor allem in der Schul- und Erwachsenenbildung fördern wollen und die es lebenslang fortzuentwickeln gilt. Medien sind oftmals aber auch Berührungspunkte mit jugendgefährdenden, problematischen

Medien-
kompetenz

Seite 143

Inhalten. Daher ist Medienkompetenz auch Voraussetzung für einen wirksamen Kinder- und Jugendmedienschutz. ***> Soziales***

Was wir schon erreicht haben:

Mediendiplom
Das Mediendiplom Darmstadt richtet sich vorrangig an Kinder und Jugendliche, da in dieser Altersgruppe wichtige und prägende Erfahrungen im Bereich der digitalen Kommunikationsmedien gemacht werden. Gleichzeitig wird es auch ergänzende Angebote für Multiplikatoren und Eltern geben. Das Mediendiplom regt die Teilnehmenden dazu an, Probleme, mit denen sie durch die Nutzung von digitalen Kommunikationsmedien täglich konfrontiert sind, mit medienpädagogischer Begleitung kritisch zu reflektieren und das eigene Verhalten zu hinterfragen. ***> Soziales, > Bildung***

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Wir wollen das Mediendiplom fortführen, mit anderen Projekten zur Medienkompetenz und zum Jugendmedienschutz vernetzen und weiterentwickeln und durch Angebote in der Erwachsenenbildung ergänzen.

Mehr digitale Angebote und digitale Teilhabe
„E-Government" bedeutet „Stadt und Verwaltung im Netz" und bietet viele Möglichkeiten für einfache und schnelle Dienstleistungen. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, diese Möglichkeiten noch stärker dafür zu nutzen, die Distanz zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Verwaltung zu verringern. Dabei müssen Datenschutz, Datensparsamkeit und BürgerInnenfreundlichkeit gesichert werden, um einer digitalen Spaltung entgegen zu wirken. Den Bürgerinnen und Bürgern muss aber auch zukünftig jede unverzichtbare Behördendienstleistung ohne Internetzugang nutzbar bleiben.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Um den Zugang vor allem zum mobilen Internet in Darmstadt für alle selbstverständlich zu machen, setzen wir uns für mehr mobile Web- und App-Angebote von Stadt und öffentlichen Unternehmen ein.

Folgendes wollen wir GRÜNE voranbringen:
- die Einrichtung der einheitlichen Rufnummer 115 fur Verwaltungsdienstleistungen
- die Realisierung von Darmstadt Open Data, das bedeutet, die freie Verfügbar- und Nutzbarkeit von Daten aller Verwaltungsebenen der Stadt Darmstadt etwa

zur Bevölkerung, zur Anzahl der Autos, zu allem eben, was Verwaltungen erfassen und weitergeben können, ohne dass die Privatsphäre von Menschen verletzt wird (kompatibel zu GovData und damit zukunftssicher).

- die Umsetzung von mehr digitalem Bürgerservice wie beispielsweise die Verfügbarkeit und Buchung städtischer Einrichtungen in Darmstadt auch an Wochenenden
- die Ausstattung aller Schulen mit Internetzugang für Verwaltung und Pädagogik sowie mit passender Hardware – ein Rechner je Kind bzw. Jugendlichem/r (z. B. eine auf Rasperry Pi beruhende Lösung)

Zugang zur digitalen Welt

Wir GRÜNE wollen, dass alle Menschen die Vorzüge der Digitalisierung nutzen können. Der Internetzugang außerhalb der eigenen Wohnung darf nicht vom Geldbeutel abhängen und zum Luxusgut werden.

Freie, öffentlich zugängliche WLAN-Netze

Wir GRÜNE wollen dezentrale sowie durch Bürgerinnen und Bürger entwickelte und betriebene freie, öffentlich zugängliche WLAN-Netze unterstützen.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Der Zugang zur digitalen Welt ist für uns GRÜNE auch ein Teil demokratischer Grundrechte. Wir möchten den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt vor allem im Bereich der Innenstadt und an belebten Plätzen freien Internetzugang ermöglichen und verfolgen das Ziel eines freien Netzes in der gesamten Stadt. Eine rechtssichere und kostengünstige Möglichkeit ist dabei die Zusammenarbeit mit Freifunk e.V., die wir ausdrücklich unterstützen, um das Ziel eines stadtweiten, freien WLAN-Netzes zu erreichen. Wir möchten daher u.a. städtischen Institutionen, wie z. B. Jugendzentren und Feuerwehren, die Nutzung von Freifunk-Routern ermöglichen. Der Zugang zum Internet soll ohne Einschränkungen – wie Kosten, Registrierungen, Filter und sonstige technische Gängelung – gewährt werden.

Darmstadt als Forschungshauptstadt der Cyber-Sicherheit und des Privatsphärenschutzes noch heller leuchten lassen

In Darmstadt befindet sich mit dem Fraunhofer-Institut für Sichere Informationstechnologie, der Technischen Universität Darmstadt, der Hochschule Darmstadt (h_da) und dem Fraunhofer-Institut für Graphische Datenverarbeitung die europaweit größte Allianz von Forschungseinrichtungen im Bereich „Cybersicherheit und Privatsphärenschutz". Die Allianz gründete 2015 das gemeinsame „Center for Research in Security and Privacy" (CRISP) in Darmstadt, das von der Bundesregierung und der hessische Landesregierung unterstützt wird.

Vor dem Hintergrund massenhaften, anlasslosen Abhörens ist es sehr erfreulich, dass mehrere Darmstädter Forschungsprojekte von CRISP darauf hinarbeiten, Optionen auf-

Schutz der Privatsphäre im Internet

zuzeigen, wie die informationelle Selbstbestimmung und der Schutz der Privatsphäre im Internet gestärkt werden können.

Wir GRÜNE wollen diesen Leuchtturm in der überregionalen Wahrnehmung durch eine strategische Kooperation der Stadt mit CRISP noch heller leuchten lassen. Die Kooperation soll sowohl den Darmstädter Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommen, indem sie z. B. als erste von den Ergebnissen der Cybersicherheitsforschung profitieren, als auch die Attraktivität von Darmstadt als Wissenschaftsstadt weiter steigern.
Beispielsweise möchten wir den Einsatz der am Fraunhofer SIT entwickelten Volksverschlüsselung zur sicheren Kommunikation von Darmstädter Verwaltung zu Bürgerinnen und Bürgern forcieren. Damit würde Darmstadt zum Vorreiter in Sachen Vertraulichkeit, Dokumentenechtheit und Rechtssicherheit in eGovernment-Anwendungen werden.

OV EBERSTADT

Für alle mit einem Platz an der Düne.

GRÜNE Konzepte für Darmstadt-Eberstadt

Eberstadt ist ein wachsender Stadtteil und erfreut sich großer Beliebtheit. Neue und alte Eberstädterinnen und Eberstädter schätzen die Mischung aus urbanem und ländlichem Flair sowie die nahe Lage sowohl an der City als auch an Odenwald, Bergstraße und Ried.
Wir GRÜNE wollen die Vorzüge des größten Darmstädter Stadtteils erhalten und weiter ausbauen. Dafür machen wir uns in unserem Ortsverband stark.
Eberstadt ist der einzige Darmstädter Stadtteil, der über einen eigenen GRÜNEN Ortsverband verfügt.
Unser Wahlprogramm zeigt bereits Erreichtes, aktuelle Fragestellungen sowie Ziele für die Zukunft auf. Nichts entsteht alleine durch eine Gruppierung. Erfolg hat viele Mütter und Väter. In diesem Sinne arbeiten wir an den Eberstädter Themen.
Aufgrund der im Folgenden aufgezeigten vielen Notwendigkeiten setzen wir uns für die Erarbeitung eines städtebaulichen Gesamtkonzeptes für Eberstadt ein. Zur Finanzierung regen wir die Nutzung entsprechender Landesprogramme an.

Städtebauliches Gesamtkonzept für Eberstadt

Was wir schon erreicht haben:

Bürgerbeteiligung in Eberstadt
Die Stadt hat unter Führung der Koalition aus Bündnis 90/DIE GRÜNEN und CDU eine Bürgerbefragung und eine Bürgerversammlung zu Eberstädter Ortsthemen umgesetzt. Eine Planungswerkstatt wurde begründet.
Alle Treffen des GRÜNEN Eberstädter Ortsverbands sind öffentlich. Die Bürgerinnen und Bürger beteiligen sich regelmäßig und rege. Das ist GRÜNES Programm.
Darüber hinaus lädt unser Ortsverband jährlich zu einem Frühlingsspaziergang ein, bei dem Wünsche und Probleme geäußert und erörtert werden können.

Planungswerkstatt

Auch die öffentliche Diskussion um die Situation von Flüchtlingen muss von Bürgerbeteiligung begleitet werden. Der GRÜNE OV Eberstadt hat dazu eine Solidaritätsveranstaltung für syrische Flüchtlinge veranstaltet.

Seite 147

Kinder und Jugendliche in Eberstadt

Die Kinderbetreuung hat in Eberstadt, wie in der ganzen Stadt, eine vorbildliche Entwicklung genommen. Die U3-Betreuung wurde ausgebaut. Neue Kindergärten, z. B. die Kindertagesstätte Thomasstraße, und Spielplätze sind entstanden. Kinderbetreuungsangebote mit innovativen Konzepten, wie z. B. der Naturkindergarten in den Streuobstwiesen, sind qualitativ aufgewertet worden.

Die Schulkindbetreuung an den Grundschulen wurde mit großem Engagement ausgeweitet, dies soll auch in Zukunft fortgeführt werden. Unsere weiterführende Stadtteilschule, die Gutenbergschule, ist mit Erfolg qualitativ weiterentwickelt worden, sodass sie steigende Schülerinnen- und Schüler-Zahlen verzeichnen kann. Mit Hilfe von städtischer Jugendarbeit und freien Trägern wurde die Schulsozialarbeit für alle Schulen eingerichtet.

Mit aufsuchender Sozialarbeit (Streetwork) an Treffpunkten von Jugendlichen tagsüber sowie in den Abendstunden wurde begonnen. Projekte wie Zirkus Waldoni und andere Kooperationspartner im Creativhof Grenzallee fördern junge Menschen in ihren Fähigkeiten, ihrem Selbstwertgefühl sowie im sozialen Miteinander. Für uns GRÜNE ist das gelebte Bildungspolitik, die es zu unterstützen und zu erhalten gilt.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

Angenehme Aufenthaltsmöglichkeiten in Eberstadts Mitte für alle schaffen

Ortskern gestalterisch aufwerten und Verkehrsfläche neu ordnen

Der Ortskern zwischen Wartehalle und Oberstraße ist stark vom motorisierten Verkehr dominiert und lädt wenig zum Verweilen ein. In das äußere Erscheinungsbild ist viele Jahre nicht investiert worden. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, den Ortskern gestalterisch aufzuwerten und die Verkehrsfläche neu zu ordnen.

Die Diskussion um einen Einkaufsmarkt auf der Fläche des ehemaligen Geschäfts Radio Wilms ist uns zu kurz gedacht. Es gehört mehr zu einer attraktiven Ortsmitte. Unser improvisiertes Straßencafé in den Jahren 2014 und 2015 zwischen der Bäckerei Hofmann und der Kaffeebar erstreckte sich bis zur Mitte der Straße, trotzdem war genug Platz für alle da. Straßenbahnen, Busse, Autos und Fahrräder konnten problemlos die Fahrbahn nutzen. Es gab viel mehr Platz für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Kinderwagen – und vor allem Raum zum Verweilen und Genießen. Wie beabsichtigt, mussten alle Fahrzeuge die Geschwindigkeit etwas drosseln und größere Umsicht walten lassen.

Wichtigstes Ziel unseres GRÜNEN Ortsverbands Eberstadt ist es, den öffentlichen Raum im Ortskern Eberstadts umzugestalten und die Verkehrsfläche neu zu ordnen, um den Verkehr zu entschleunigen und eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität zu erreichen. Wir arbeiten kontinuierlich an der Umsetzung.

Umweltschutz in Eberstadt
Umweltschutz ist ein GRÜNES Kernthema. Im städtischen Raum wird es durch urbane Themen bestimmt. Begrünte Gleisanlagen, bestenfalls sogenannte Sedumgleise, und ein attraktiver Verkehrsknotenpunkt für die Ortsbusse und Straßenbahnen schonen Ressourcen und schaffen Mobilität. Die Förderung von Fahrradverbindungen und eine verkehrsberuhigte Ortsmitte sind ebenso umweltverträgliche Maßnahmen wie die Entsiegelung von Flächen und die Begrünung im städtischen Raum. ***> Umwelt***

Erhalt der Streuobstwiesen

Der Erhalt der Streuobstwiesen und des Vereins Freundeskreis Eberstädter Streuobstwiesen ist fester Bestandteil GRÜNER Ortspolitik.

Seniorinnen und Senioren brauchen Sicherheit
Um die Leitlinien der Darmstädter Altenhilfeplanung „so lange wie möglich – so selbstständig wie möglich" zu realisieren, brauchen wir in Eberstadt einen integrativen Ansatz. ***> Soziales*** Kern des Ansatzes ist die Möglichkeit, Betreutes Wohnen, eine Alten- und Pflegeeinrichtung, eine offene Tagesbegegnungsstätte für Jung und Alt und einen Raum für öffentliche Veranstaltungen unter einem Dach zu vereinen. Als Ort bietet sich das ehemalige Klinikgelände an. Der „Runde Tisch für ein seniorengerechtes Eberstadt", Forum für frühzeitige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, soll bei der Planung beratend einbezogen werden.

„Runder Tisch für ein seniorengerechtes Eberstadt"

Im Sinne einer „besitzbaren" Stadt sollen seniorengerechte Bänke in der Ortsmitte und an Wegen und Plätzen aufgestellt werden.

Stadtteilentwicklung in Eberstadt
Zur Entwicklung des Stadtteils gehören Wohnungsbau, Freizeit- und Sozialplanung.

Was wir schon erreicht haben:

Bei der Gestaltung des neuen Wohngebietes am Steigertsweg, am Standort der ehemaligen Werkzeugfabrik Press, ist unter GRÜNER Beteiligung ein neues Wohngebiet entstanden. Dabei wurde bezahlbares Eigentum ermöglicht.
In Eberstadt-Süd konnten die Ergebnisse des Städtebauförderprogramms „Soziale Stadt" gesichert und die Stadtteilwerkstatt fortgeführt werden. ***> Soziales***
Das „Tor des Südens" bleibt unverbaut.

Ehemaliges Klinikgelände

Die Planungen für das ehemalige Klinikgelände erfolgen unter nachbarschaftlichen Aspekten und sehen sowohl höherwertigen als auch sozialgebundenen Wohnraum vor.
Der Eberstädter Kreisel ist nach zehnjähriger Diskussion Wirklichkeit geworden und sichtbares Zeichen GRÜNER Entscheidungskraft.

Was wir GRÜNE noch erreichen wollen:

An der Modaupromenade setzen wir uns für einen „Mehrgenerationengarten" ein. Ein generationenübergreifender Treffpunkt für Jung und Alt soll entstehen. Die Eberstädter Kunstszene bereichert diesen Ort. Zur Förderung von Mehrgenerationenspielplätzen wollen wir vorhandene Spielplätze mit Fitnessgeräten für Ältere ergänzen.

Zur weiteren Feinerschließung von Wohngebieten durch den öffentlichen Nahverkehr soll der vorhandene Ringverkehr (EB-Bus) ausgeweitet werden. Kurze Wege zur nächsten Haltestelle bauen Barrieren ab und sorgen für mehr Teilhabe von Kindern, Familien, Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit Beeinträchtigung am öffentlichen Leben. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass der vorhandene EB-Bus auch am Wochenende und in den Abendstunden in angemessenem Takt fährt, um mehr Mobilität zu schaffen. Den Einsatz von Bürgerbussen werden wir unterstützen.

EB-Bus am Wochenende und in den Abendstunden

Wir GRÜNE treten für ein lebenswertes, liebenswertes und weltoffenes Eberstadt ein und entwickeln konkrete Schritte dafür. Am liebsten gemeinsam mit den Eberstädterinnen und Eberstädtern.

INHALT

Vorwort 3

Stadtentwicklung und Mobilität 7

Wohnen 23

Umwelt 29

Soziales 45

Die Herausforderung des Jahrzehnts 71

Interkulturelles 77

Queeres Darmstadt 85

Die GRÜNEN Alten 87

Frauenpolitik 89

Bildung 93

Kultur 107

Sport 119

Wirtschaft und Finanzen 127

Jugend 139

Netzpolitik 143

Ortsverein Eberstadt 147